

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verzins-Anzeigen
für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Die nächste Arbeitslosenzählung ist Sonnabend, den 29. Mai; niemand darf sich dieser Pflicht entziehen!

Der Arbeitsnachweis im Maurergewerbe.

Ueber den Nachweis in Lübeck wird berichtet: Der hiesige Arbeitsnachweis ist ein Produkt der Lohnbewegung im Jahre 1898. Bei der Einrichtung hatten auch wir ein Wort mitzureden, denn in der Geschäftsordnung hieß es:

„Der Arbeitsnachweis arbeitet selbständig und unabhängig von den Innungen bzw. Vereinen. Der Vorstand desselben besteht aus zehn Personen, fünf aus dem Arbeitgeber- und fünf aus dem Arbeitnehmerstande.“

Doch schon damals kam es sehr oft vor, daß sich die Unternehmer die ihnen genehmen Leute ansahen, und unser Einspruch hatte nur wenig Wirkung. Einmal ist allerdings ein Beamter des Nachweises auf unsre Beschwerde hin wegen Befehlsgewalt entlassen worden. Als im Jahre 1905 der Arbeitgeberbund gegründet wurde, war es mit unserm wenigen Einfluß völlig vorbei. Aber auch die Bedeutung des Nachweises sank nun. Denn während juristisch das halbparitätische Nachweises das Umschauen streng verboten war, wird heute die Arbeitsvermittlung auch außerhalb des Nachweises vorgenommen, sowohl auf den Bauten wie in den Geschäftsräumen der Unternehmer. Der Eingestellte hat sich dann nur nachträglich den üblichen Schein vom Nachweis zu holen. Maßregelungsfälle lassen sich zwar nicht direkt nachweisen, aber es sieht fest, daß die Kollegen, die die Interessen der Allgemeinheit vertreten, vom Nachweis schlechter behandelt werden als andere. Sie werden zwar eingestellt, aber dann auch bald wieder entlassen, wie das das Vorstandsmitglied Görner offen zugegeben hat. Wenn die Arbeiter irgendwo bei Arbeitsfreistellungen aufhören, so wird ihnen bis zur Beilegung des Streitfalles keine andre Arbeit vermittelt. Manchmal werden auch fremde Maurer angestellt, während anständige Arbeitslos bleiben.

Von dem Nachweis in Frankenberg i. S., den die Unternehmer mit aufführen, ist unsern Kollegen nichts bekannt.

Eine ganz schlimme Maßregelungsbude muß der Arbeitsnachweis der Unternehmer in Regensburg sein. Es wurde uns von dort ein Vorfall geschildert, der allein schon beweisen würde, welche scharfmacherische Anflug von den Unternehmern bzw. dem Verwalter des Arbeitsnachweises dort getrieben wird. Um jedoch nicht allzu weitläufig zu werden, mag diese Feststellung genügen.

Der Nachweis in Elmshorn führt das Dasein eines Nachweises im Verborgenem; die Kollegen wurden wohl erst durch unsre Anfrage gewahrt, daß sie eine solche Einrichtung haben. Die Stadtverwaltung will jetzt einen Nachweis, also paritätischen Nachweis errichten.

Von Stettin wird berichtet, daß der dortige Nachweis bis jetzt noch keinen Grund zur Klage gegeben habe. Das ist um so wunderbarer, als es gerade ein Stettiner Unternehmer war, der auf der Generalversammlung des Bundes in Cassel eine fulminante Scharfmacherrede für die allgemeine Einführung der Arbeitsnachweise hielt.

Dowohl der Nachweis in Nürnberg noch nicht sehr alt ist, hat er sich doch bereits das Mißtrauen aller Kollegen angeeignet. Aber nicht allein die Arbeiter hassen ihn, sondern auch viele Unternehmer, weil sie mit Recht annehmen, daß sich einige Unternehmer durch den Nachweis immer die besten Kräfte zu sichem perziehen. An Maßregelungen hat der Nachweis schon allerlei geleistet, wenn

es die leitenden Unternehmer auch immer abstreiten. Da sie keine Kontrolle ihrer Listen zulassen, so kann man ihnen allerdings nichts beweisen. Die Ungenauigkeit der Unternehmer mit dem Nachweis hat dazu geführt, daß sich jetzt ein großer Teil der Arbeitsvermittlung wieder auf den Bauten abspielt.

In Greifswald besteht entgegen den Behauptungen des Arbeitgeberbundes kein Nachweis. Man hat es zwar einmal mit einem solchen versucht, aber die Arbeiter haben sich energisch dagegen gewehrt, so daß nichts daraus geworden ist.

Beim Nachweis in Cuxhaven geht man besonders ungeniert vor. Von einer Arbeitsvermittlung, wie sie ordnungsmäßig sein müßte, kann überhaupt nicht die Rede sein. Wenn ein Unternehmer Leute braucht, läßt ihm der Nachweisverwalter der Reihe nach die Namen vor, und der Unternehmer wählt sich dann die Leute aus, die er haben will. So kommt es häufig vor, daß Arbeiter wochenlang nach ihrer Anmeldung auf Arbeit warten, während andre, die später als sie zum Nachweis gehen, gleich eingestellt werden. Als neulich einige Kollegen bei einem Unternehmer ordnungsmäßig aufhörten, sagte er ihnen, sie brauchten erst gar nicht zum Nachweis zu gehen, er werde schon telefonieren, so daß sie keine Arbeit bekommen. Und so ist es auch geschehen.

In Halle a. d. S. hat der Nachweis keine größere Bedeutung erlangt. Nach dem Streik im Jahre 1907 wurde er zwar von den Unternehmern allgemein benutzt, d. h. sie schickten die Arbeiter, die sie an den Bauten einstellen, zum Nachweis, wo diese in eine Liste eingetragen würden. Heute tut das nur noch der Vorstand des Arbeitgeberbundes, die andern Unternehmer kümmern sich nicht mehr um die Einrichtung.

Ungefähr daselbe läßt sich von Erfurt sagen. Auch dort ist der Nachweis nach dem Streik im Jahre 1907 eingerichtet, hat einige Zeit auch Arbeit vermittelt, jetzt aber ist man wieder zu der alten Methode der Einstellung auf dem Arbeitsplatz zurückgekehrt.

In Breslau hat der Nachweis wenig Bedeutung, was schon daraus hervorgeht, daß rund 98 pZt. aller Kollegen auf der Arbeitsstelle eingestellt werden. Es gibt einige Unternehmer, die von den Arbeitern verlangen, sich nachträglich einen Schein vom Arbeitsnachweis zu holen, aber das kommt sehr selten vor.

Es ist jetzt in den letzten Tagen erhielten wir eine Schilderung über den Nachweis in Nordenham. Dieser Nachweis gehört dem Bauarbeiterverein und dem Verein der Arbeitgeber, die ihn durch einen Sekretär verwalten lassen. Er ist den Lesern des „Grundstein“ nicht unbekannt; denn erst in den letzten Nummern des vorigen Jahrgangs mußten wir uns mit ihm beschäftigen, und zwar anlässlich des Streiks auf dem Metallwerk Unterweser, wofür der Nachweis Streikbrecher vermittelte, obwohl der Streik die Durchführung eines Vertrages zum Zweck hatte, der mit dem Bauarbeiterverein abgeschlossen ist. Er unterstützte also den Bruch des von ihm selbst abgeschlossenen Vertrages. Dieser Nachweis hat sich zu einer wahren Landplage entwickelt. Der Beschäftigung suchende Arbeiter muß auf dem Nachweise Invalidentversicherungskarte und den Entlassungsschein vom letzten Unternehmer abgeben. Wer keinen Entlassungsschein hat, wird einfach zurückgewiesen, er bekommt keine Arbeit. Die andern erhalten einen Zettel, mit dem sie sich bei dem Unternehmer melden, der Bedarf an Arbeitskräften angezeigt hat. Werden sie eingestellt, so

muß der Unternehmer die Einstellungsbescheinigungen zum Nachweis zurückschicken. Unterläßt er dies, so hat er eine Strafe von M. 6 für jeden Fall verwirkt. Stellt der Unternehmer einen Arbeiter ohne Nachweis ein, so muß er ihn zum Nachweis schicken. Dann liegt es ganz im Ermessen des Beamten, ob der Arbeiter in Arbeit bleiben darf oder nicht. Paßt ihm etwas an dem Arbeiter nicht, so bekommt dieser keinen Zettel und er schickt ihn seiner Wege. Schnoddrig und brutal ist der Ton, in dem man mit den Arbeitern verkehrt. Die ganze Arbeiterchaft Nordenhams hat ein Grauen vor dem Nachweis. Kein Arbeiter darf sagen, ich möchte da und da hin. „Wo Sie hingehst, werden da gehen Sie hin!“ tönt es dann über den Schalter. Gibt ein Arbeiter seinen Arbeitsplatz auf, ganz gleich aus welchen Gründen, so ist es sicher, daß er keine Arbeit vom Nachweis bekommt. Natürlich wird das bei den Leuten, die als Organisationsleiter Konflikte bekommen, erst recht scharf geübt. Kürzlich hatte unser Kollege Busse Differenzen mit seinem Unternehmer. Als er zum Nachweis kam, sagte der Sekretär: „Sie bekommen keine Arbeit wieder in Nordenham; reisen Sie man ruhig ab.“ Unser Berichterstatter selbst hat es erst kürzlich nach der Maßfeier erfahren müssen, daß ihm keine Arbeit vermittelt wurde, obwohl sein früherer Unternehmer ihn wieder einstellen wollte. Ein Unternehmer Buscher wollte ihn gerne einstellen, aber er sagte zu den andern Maurern: „Ich möchte ihn wohl einstellen, aber der Nachweis leidet es nicht!“ Den Unternehmern wird vor ihrer eigenen Schöpfung angst. So ist dieser Nachweis eine wahre Schreckensherrschaft über die Nordenhamer Arbeiterchaft aus.

Das wäre das Ergebnis unserer Umfrage. Wir nehmen an, daß sie noch kein vollständiges Bild von den Unternehmernachweisen im deutschen Maurergewerbe ergibt. Einmal haben acht der von uns befragten Vereine nicht geantwortet, was vielleicht nicht in allen Fällen darauf zurückzuführen ist, daß die Nachweise jeder Bedeutung ermangelten. Außerdem dürften auch noch in einigen andern Orten Nachweise bestehen. Immerhin hatte die Arbeitsnachweisfrage für die Gesamtheit des Maurergewerbes bis zur letzten Generalversammlung des Bundes wenig Bedeutung. Durch die dortigen Verhandlungen und den darauf gefassten Beschluß hat sie jedoch ein ganz andres Gewicht erlangt. Jetzt sollen die Nachweise der Unternehmer auf das ganze Land ausgedehnt werden.

Nach den bisherigen Erfahrungen möchte man zunächst geneigt sein, nicht allzuviel auf die Beschlüsse der Unternehmer zu geben, zumal da sie sich ja schon oft auf früheren Generalversammlungen für Arbeitsnachweise ausgesprochen haben. Aber wenn man auch früher leicht darüber hinweggehen konnte, heute kann man es nicht mehr. Dazu sind wir uns zu nahe auf den Leib gerückt. Und darum wollen wir auch vollste Klarheit über die Absichten der Unternehmer in der Frage der Arbeitsnachweise verbreiten.

Diese Absichten sind sehr deutlich zu erkennen aus den Ausführungen des Referenten auf der letzten Generalversammlung des Bundes, Herrn Maurermeister Klein-Stettin. Er sagte dort:

„Die große Bedeutung, die die Arbeitsnachweise haben, ist den Mitgliedern des Arbeitgeberbundes erst in den letzten Jahren zum Bewußtsein gekommen. Es bestehen noch heute relativ wenige Einrichtungen dieser Art. Es dürfte aber eine der wichtigsten Aufgaben mit sein, die Arbeitsnachweise in allen Orten einzuführen. Die örtlichen Arbeitsnachweise für die einzelnen Bezirke müssen enger zusammengefaßt werden, denn ein Zusammenwirken ist dringend erforderlich. Der Arbeitgeber-

und muß dabei den Grundlag vertretend, daß die Verwaltung der Nachweise allein in den Händen der Arbeitgeber sein muß, paritätische Arbeitsnachweise sind nicht zu bekämpfen. Die Arbeitsnachweise, die in neuerer Zeit von den Kommunen in größerer Zahl errichtet sind, sind mit allen Mitteln zu bekämpfen, sie können keineswegs die berechtigten Wünsche der Arbeitgeber erfüllen und die entsprechende Wahrung ihrer Interessen bringen. Der herrschende sozialpolitische Zug der Zeit übt einen starken Einfluß auf diese Arbeitsnachweise aus. Notwendig ist selbstverständlich, daß alle Bundesmitglieder verpflichtet werden, nur ihre Arbeiter durch den Arbeitsnachweis zu beziehen. Mit der Errichtung der Arbeitsnachweise muß die Einführung der „Entlassungsscheine“ eingeführt werden. Beide zusammen organisch ausgebaut und gut organisiert, bilden eine wirksame Waffe in den Händen der Arbeitgeber. Die Arbeitgeber erhalten eine gute Waffe, um Ordnung auf ihren Arbeitsplätzen zu halten, und für die Arbeiter haben unsere Nachweise eine erzieherische Wirkung.

In demselben Sinne, nur seinem Wesen entsprechend noch größer und tolpatschiger, äußerte sich der Rikter von Bremerhaven:

„Die Arbeitsnachweise geben den Arbeitgebern genaue Auskunft über die Fähigkeiten der Gesellen. Sie erhalten eine zuverlässige Kontrolle über deren moralische Verhältnisse und zeigen uns genau, mit wem wir es zu tun haben. Auf die Arbeiter müssen wir damit eine hohe erzieherische Wirkung erzielen.“

Es dürfte aber höchste Zeit sein, daß wir mit der Errichtung der Arbeitsnachweise in ganz Deutschland beginnen. Wenn wir ein Jahr später damit kommen, ist es zu spät, dann haben wir es wieder mit der Tariffrage zu tun, die Durchführung ist dann bedeutend schwieriger. Sind sie eingeführt, dann läßt sich nichts mehr ändern, die Arbeiter müssen dann damit rechnen. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst!

Nachdem dann noch andre Koryphäen des Bundes ihren Segen gegeben hatten, wurde einstimmig beschlossen:

1. den dem Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe angeschlossenen Verbänden erneut zu empfehlen, bis zum 1. Januar 1910 für ihren Bezirk eine unparteiischen Arbeitsnachweis für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter — in Orten, wo gemeindliche Arbeitgeberverbände bestehen, einen solchen für alle Gewerke — zu errichten.

Verbände, welche nicht in der Lage sind oder zu sein glauben, obige Einrichtungen zu treffen, haben dieses bis zum 1. Juli 1909 dem Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes unter Angabe der Gründe mitzuteilen;

2. ferner soll den dem Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe angeschlossenen Verbänden ebenfalls erneut empfohlen werden, ihre Mitglieder zu verpflichten, jedem Arbeitnehmer bei seinem Abgang einen Entlassungsschein nach dem von der Bundesleitung ausgearbeitetem Schema auszuhändigen und spätestens vom 1. Januar 1910 ab nur noch Entlassungsscheine nach dem Muster der Bundesleitung zu benutzen. Die Anfertigung derselben soll jedoch den Lokalverbänden überlassen bleiben.

Diesem Beschlusse hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriebezirken bereits Folge gegeben. In einem vertraulichen (vertraulich, damit wir davon Kenntnis erhalten) Rundschreiben teilte die Geschäftsleitung den Mitgliedern mit, daß die Einrichtung des Arbeitsnachweises am 26. April vor sich gehen solle. Nach den uns vorliegenden Satzungen soll eine Zentralstelle mit dem Sitz in Essen gebildet werden, der 18 Zweigstellen in den Orten Essen, Mülheim, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herford, Lippstadt, Lünen, Münster, Plettenberg, Recklinghausen, Umma, Wesel, Wrensberg und Rheine angegliedert werden sollen. Der Zweck des Arbeitsnachweises, heißt es im § 2 der Satzungen, sei, eine sachgemäße und unparteiische Vermittlung auszuüben. Es ist eine hanebüchene Unverschämtheit, nach all den vorausgegangenen Debatten, womit die Einführung der Arbeitsnachweise begründet wurde, noch von einer unparteiischen Arbeitsvermittlung als Zweck der Einrichtung zu reden. Natürlich liegt darin eine Berechnung. Man sagt sich bei den Scharfmachern ganz richtig, daß sich die Arbeiter jedenfalls höchlich zur Wehr setzen werden, wenn man ihnen bei den nächsten Verhandlungen die Anerkennung der Maßregelungsbureaus abverlangt. Um dann im Brustton der Überzeugung die Arbeiter schmähen zu können, daß sie einer im Interesse der Volkswirtschaft liegenden Einrichtung widerstreben, muß man jetzt schon anfangen, die Maßregelungsbureaus als unparteiische Vermittlungsstellen zu charakterisieren, und darum muß man auch in den Satzungen dieser verlogenen Phrasen haben. Damit sollen die Unternehmer jedoch kein Glück haben. Durch die Praxis der bestehenden Nachweise ist der wahre Charakter dieser Unternehmerrichtungen offenbar geworden, und diese Praxis stimmt mit dem überein, was man jetzt wieder in Cassel zur Begründung der Arbeitsnachweise sagte.

Es kann für uns gar kein Schwanken geben, wie wir uns in dieser Frage zu verhalten haben. Die unparteiischen Nachweise lehnen wir ein für allemal ab. Sie

sind als Kampfmittel gedacht und müssen Kampfmittel werden, da in ihrer Verwaltung das Element fehlt, das den Vergewaltigungsgelüsten der Unternehmer entgegenwirken könnte. Ein solches stetig wirkendes Kampfmittel paßt aber nicht in das Verhältnis, wie es durch das Vertragswesen zwischen uns und den Unternehmern geschaffen worden ist. Für die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern im Baugewerbe darf nur der Tarifvertrag maßgebend sein, wenn man nicht das Vertragswesen alles dessen entkleiden will, was es für uns akzeptabel macht. Genauso wenig wie wir Arbeitsordnungen dulden dürfen, die gegen den Inhalt und die Grundsätze der Tarifverträge verstoßen, weil sie dergestalt einen Fremdkörper in dem gegenseitigen Verhältnis darstellen, dürfen wir die unparteiischen Arbeitsnachweise dulden, die ihrem Wesen nach außerhalb des Vertragswesens stehen. Der unparteiische Arbeitsnachweis gibt den Unternehmern eine Waffe, mit der sie uns bekämpfen könnten, ohne formell vertragsbrüchig zu werden. Sobald sich unsere Kollegen aber gegen die Maßregelungsbureaus wehren, schreit das Unternehmertum über Vertragsbruch. Das ist aber unvereinbar mit der Vertragsidee, und darum, steht die Frage so: entweder Verträge und Verzicht auf die unparteiischen Arbeitsnachweise, oder diese Nachweise und Verzicht auf die Verträge; dazwischen hat der Arbeitgeberbund zu wählen.

Ist es den Unternehmern im Ernst um eine unparteiische Arbeitsvermittlung zu tun, haben sie das Bedürfnis, in das heutige planlose und kräfteverwendende Hin- und Herziehen der Arbeitssuchenden regelnd einzugreifen, so bezeugen sich unsere Wünsche. Daran haben auch die Arbeiter ein hohes Interesse, und sie würden durch ihre Organisationen gern dabei helfen; sie würden ihren Teil der daraus entfallenden Lasten gern und willig tragen — aber nur für eine wirklich unparteiische Arbeitsvermittlung, die keinen andern Zweck als diesen hat. Ein gemeinsames Arbeiten beider Teile in der Arbeitsvermittlung entspräche dem Geiste des Vertragswesens, wie es sich auch in dessen Rahmen organisieren ließe.

Politische Umschau.

Der vertagte Reichstag. — Fortdauer der Finanzreform-Arbeit. — Die Ungewißheit und Verwirrung hält an. — Krach in der Finanzkommission. — Bälou wartet auf den Kaiser. — Agrarische Sonderinteressen. — Politik im Reichstage. — Das Urheberrecht. — Der Kaiser und der Friede. — Generalstreik in Frankreich.

Der Reichstag ist in die Pfingstferien gegangen, ohne daß die Finanzreformfrage auch nur die geringste Milderung, geschweige denn die von einigen Seiten erhoffte Lösung gefunden hätte. Sie hat vielmehr noch eine ganz eigenartige Verschärfung erfahren durch einen sehr charakteristischen Zwischenfall in der Steuerkommission. Gelegenheit der Beratung über die Wertbesteuerung des Tabaks übte das Zentrum im Bunde mit den Konservativen wieder eine starke Obstruktionstaktik. Der Vorsitzende der Kommission, Abg. Paasche, wollte nach Schluß der Generaldebatte über die Vanderslootsteuer und über einige neue Vorschläge die ausgesetzte Abstimmung vornehmen. Dem widersetzten sich die Konservativen und das Zentrum sowie die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung. Sie glaubten nunmehr die günstige Gelegenheit zu haben, es zu dem offenen Bruch mit den Freisinnigen und den Nationalliberalen zu bringen. Durch ihren Widerspruch wurde die Weiterberatung unmöglich gemacht. Der Abg. Paasche zog die nach Lage der Sache ganz richtige Konsequenz; er legte den Vorsitz nieder, den nunmehr der Zentrumsabgeordnete Spahn übernahm, während Nationalliberale und Freisinnige unter Protest gegen die Vergewaltigung der Geschäftsordnung den Sitzungssaal verließen. Die Entscheidung in der Tabaksteuerfrage ist auf diese Weise vertagt worden. Die Verwirrung hat damit natürlich nur eine weitere Steigerung erfahren.

Nationalliberale und Freisinnige beschlossen sodann in gemeinsamer Fraktions Sitzung, feiner durchaus „gemeinsam handeln“ zu wollen. Sie wollen der Finanzkommission einen Vorsitzenden nicht mehr stellen, sondern diese Aufgabe den Konservativen und dem Zentrum überlassen. Es fragt sich jetzt nur, was denn die „geeignigten Liberalen“ jetzt „gemeinsam“ zu tun gedenken. Wie es heißt, wollen sie unbedingt an der Erbschaftsbesteuerung festhalten.

Es kann jetzt keinem Zweifel mehr unterliegen, daß der Bloß wirklich aufgehört hat zu existieren — der Bloß, dieser jämmerliche Bastard einer ebenso törichtsten wie verderblichen Zweckmäßigkeitssucht. Wie stellt sich die Reichsregierung dazu? Hilflos und ratlos sitzt sie da wie auf dem Dach der Greis, der sich nicht zu helfen weiß. Fürst Bälou, der verantwortliche leitende Staatsmann, muß nun wohl oder übel, wie schwer es ihm auch werden möge, sich entscheiden, ob er „von der Enken sich umgarnen“ lassen, oder mit der Rechten gehen will. Von verschiede-

nen Seiten wird glaubwürdig versichert, daß er allen Ernstes daran denke, mit dem Zentrum und den Konservativen gegen Liberale und Sozialdemokraten die Finanzreform zu machen. Andererseits wird mitgeteilt, daß er die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben habe, die Freisinnigen und Nationalliberalen mit den Konservativen wieder hübsch zusammenzubringen. Das dürfte ihm aber schwerlich gelingen. Vorläufig hat Herr Sydow den Versuch gemacht, auf den Führer der Nationalliberalen, Herrn Passermann, dahin einzuwirken, daß seine Fraktion sich der konservativ-liberalen Koalition anschließe. Wir halten es gar nicht für ausgeschlossen, daß trotz der „Verbrüderung“ der Nationalliberalen mit den Freisinnigen, der von Sydow gewünschte Anschluß doch noch zustande kommt.

Es ist zu beachten, daß die Konservativen und das Zentrum mit den Polen und den Antisemiten eine, wenn auch nur geringe Mehrheit, bilden können. Von den Polen sind wir es ja gewöhnt, daß sie jede Reaktionspolitik, die sich nicht gegen ihre Sonderinteressen richtet, mitmachen. Gerne nehmen sie die Unterstützung der Sozialdemokraten und der entschiedenen Liberalen, wenn es gilt, Ungerechtigkeiten wider sie abzuwehren. Im übrigen aber sind sie eine geradezu hässlich reaktionäre Gesellschaft, die wahrlich keine Sympathie verdient.

Fürst Bälou glaubt, die Entscheidung vom Kaiser abhängig machen zu müssen. Der aber befindet sich auf Weisen und wird erst Ende dieses Monats nach Berlin zurückkehren. Die parlamentarischen Kreise hatten gewünscht, daß sich das Plenum des Reichstages noch vor Pfingsten bis zum Herbst vertage, die Finanzkommission aber ihre Beratungen auch noch nach Pfingsten fortsetzen möge. Der Reichsagspräsident, Graf Stolberg, hat diesen Wunsch dem Fürsten Bälou mitgeteilt; dieser aber ist darauf nicht eingegangen, er soll erklärt haben, auf der Erledigung der Steuerfragen noch bis zum Sommer bestehen zu müssen. Lebensfalls ist in seiner Zukunftsbildung der Kaiser der Letzte, aber auch ein völlig unsicherer Faktor. An eine Auflösung glaubt man in parlamentarischen Kreisen immer noch nicht.

Daß das Plenum des Reichstages unter dem Eindruck der kritischen Situation und nach nahezu siebenmonatlichem Tagungsabschnitt von einem starken Nihilismus beherrscht wird, ist erklärlich. Die Verhandlungen schleppen sich über völliger Teilnahmslosigkeit der Masse der Abgeordneten nur so hin. Beraten wurde zunächst ein agrarischer Antrag des Zentrums und der Konservativen, betreffend die Einführung einer kassellernen Umlagesteuer für Großmühlen. Diese Steuer soll vorgebildet dazu dienen, die kleinen und mittleren Betriebe gegen die Konkurrenz der großen zu schützen. In Wahrheit handelt es sich, wie der sozialdemokratische Abgeordnete Wollenstein behauptete, um ein den Interessen des Agrarismus dienendes Experiment, den Preis des Wehles und damit den Weizenpreis in die Höhe zu treiben. Die Großmühlen sollen durch steuerliche Belastung gezwungen werden, das Wehl teurer zu verkaufen, als sie jetzt tun. In demselben Sinne sprach sich auch der sozialdemokratische Abgeordnete Binder aus; er wies u. a. darauf hin, daß die Arbeiterverhältnisse in den Großmühlen besser sind als in den kleinen. Im Interesse der breiten Massen der Konsumenten muß man jeden Versuch, unter heuchlerischen Phrasen zugunsten des maßlos habgierigen agrarischen Großgrundbesitzes die unentbehrliche Volksnahrung, das Brot, weiter zu verteuern, energisch bekämpfen. Der neue Brotmehrantrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und einiger Nationalliberalen angenommen.

Dann kam das liebe Vieh an die Reihe, d. h. die zweite Lesung des Viehschuchengesetzes fand statt. Auch dieses Gesetz ist eine Ausgeburt der agrarischen Sonderinteressenpolitik. Es soll, wie der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann zutreffend darlegte, tatsächlich gar nicht der Bekämpfung der Viehsuchen dienen, sondern einzig und allein sich richten gegen die den Viehzüchtern verhasste ausländische Konkurrenz. Das liebe Vieh schützt man vor, um durch Grenzsperrern dem arbeitenden Volk das Viehfleisch zu verteuern zum Vorteil unfruchtbarer Viehhändler. Die Lebensmittelteuerungsmehrheit siegte auch in diesem Falle über die Opposition.

Der Reichstag nahm weiter eine Vorlage über die Werner Heberichsankunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst unberändert an. Zu dieser Sache hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Dieck eine vorzügliche Rede, in der er die Notwendigkeit betonte, die Schutzzeit für das Urheberrecht nicht übermäßig auszuwehnen. Er sagte u. a.: „Wenn die Schutzfrist bis zu 80 Jahren nach dem Tode des Verfassers dauert, so ist allen billigen Wünschen der Hinterbliebenen Rechnung getragen. Dann hat die Nation ein Recht auf den ungeschmäleren Besitz der geistigen Werte ihrer Schriftsteller, Gelehrten und Künstler, die das, was sie geworden sind, in den meisten Fällen doch nur durch die Nation haben werden können. Ein sozialempfindendes Volk — und das

wollen die Deutschen doch sein — darf die Schutzbestimmungen nicht überspannen gegen das Interesse weiter Volksmassen, die nach den geistigen Schätzen ihrer Großen durstig geworden sind. Die Aufgabe der Gesetzgebung ist hier, befreiend, nicht hindernd einzugreifen.

Nun wird nach Pfingsten der Reichstag nochmals zusammenzutreten. Wie sich die Situation bis dahin und von da an gestalten wird, das ist eine Frage, auf die niemand eine Antwort geben kann. Wer weiß, was für Entschlüsse der Kaiser von seiner Reise mitbringt. In Wien hat er, als Gast des österreichischen Kaisers, wieder eine Friedensrede gehalten. Im Bunde mit Oesterreich und Italien hofft er ganz Europa den Frieden zu erhalten. Wenn nur endlich einmal die Katastrophe der Abrüstung bezwungene Befindungen rechtfertigen würde! Aber leider ist von einer Abnahme des Weltfriedens noch nichts zu bemerken. Steht auch eine Kriegsgefahr gegenwärtig nicht unmittelbar bevor, so muß man doch immer mit ihr rechnen. Ein einziges unvorhergesehenes Ereignis kann sie jederzeit in nächste Nähe rücken.

Der große soziale Konflikt in Frankreich, über dessen Ausprägung wir in letzter Nummer berichteten, hat im Laufe der verfloffenen Woche seine kritische Entwicklung weiter genommen. Am 11. Mai beschloßen die Pariser Postbeamten und mehrere Organisationen der Postbeamten in der Provinz, den Generalstreik. In der betreffenden Umgebung heißt es:

Die Beamten, Unterbeamten und Arbeiter, die sich versammelt haben in demselben Gefühl der Unabhängigkeit und der Empörung über die Illiberalität der Regierung, die ihrem Versprechen dadurch untreu geworden ist, daß sie gegen kämpfende Postbeamten vorgegangen ist, weil diese frei ihre Meinung geäußert haben, verpflichten sich, die Arbeit niederzuliegen und zu kämpfen, bis ihnen vollständige Genugtuung geworden ist; sie fordern laut das Syndikatsrecht, das sie um jeden Preis erlangen werden, rufen den Postbeamtenverbände ihren Gruß zu und trennen sich unter dem Rufe: Es lebe der Ausstand!

Zug darauf nahm die Deputiertenkammer eine Tagesordnung an, in der der Streik der Postbeamten verurteilt und der Regierung das Vertrauen der Kammer ausgesprochen wird. Die bei Abstimmung vorausgehende Debatte nahm einen so hitzigen Verlauf, daß der Präsident die Sitzung aufhob und die Tribünen räumen ließ.

In einer sehr scharfen Rede führte der sozialdemokratische Abgeordnete Jaurès u. a. aus, daß ein Sieg der Regierung gar leicht eine Niederlage für die Republik sein könnte. Zahlreiche Arbeiterorganisationen haben die Streikenden ihrer Sympathie versichert. Die Regierung ließ bekanntmachen, daß durch den proklamierten Generalstreik eine Störung im Dienste nicht verursacht worden sei, da nur ein kleiner Teil der Beamten streike und im übrigen für Ersatz sorgte sei. Bereits Donnerstag, den 13. Mai, berichteten bürgerliche Blätter, daß der Generalstreik gescheitert sei. Das Streikkomitee in Paris hat die Zahl der Ausständigen auf 8000 angegeben, während die Regierung sie auf ungefähr 2000 schätzte.

Wie zur Stunde liegen uns genau informierende Mitteilungen nicht vor. Nur das eine möchten wir als Tatsache hervorheben: daß die Bergarbeiter die Proklamierung des Generalstreiks abgelehnt haben.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hausastädte:
Hamburg (Streik der Betonarbeiter und Sperrung über die Schornsteinbaufirma Diedrich);

Schleswig-Holstein:
Pinneberg (partieller Streik);

Mecklenburg:
Sülze (Sperrung über Holdorf), Lütheen (Sperrung über das Kaliwerk);

Brandenburg:
Bad Schönlass (Aussperrung), Lehnh-Gammen-Gross-Krenz (Abwehrstreiks);

Pommern:
Pyritz, Regenwalde, Richtenberg-Franzburg (Streiks), Wolgast, Neustettin (Aussperrungen), Treprow a. d. Rega (Sperrung über Paul Wittke), Rügenwalde (Schirmer und Leichter, Sperrung), Borgen a. R. (Sperrung über Rudolf Wahl in Binz);

Ost- und Westpreußen, Posen:
Pillkallen (Streik), Nakel (Aussperrung), Konitz, Vandsburg, Marlowwerder, Lissa (Differenzen);

Königr. Sachsen:
Leipzig (gesperrt sind: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Mülsen (Sperrung über E. Meier, Oertmannsdorf und F. Döhm, Mülsen-St. Niklaus), Franken-

berg, Falkenstein (Streiks), Schkenditz (Sperrung über Reiwand in Cursdorf), Borsdorf (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Paritsch), Freiberg (Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Merseburg (Sperrung über den Schulneubau in Schafstädt b. Lauchstädt), **Weissenfels** (Sperrung über die Unternehmer Menzel und Schiedt); **Halle** (Sperrung über Ifland in Passendorf), **Aken** (Sperrung über Karl Karthäuser), **Dessau** (Abwehrstreik), **Coswig, Halberstadt, Wettin a. d. S.** (Streiks), **Salzwedel** (Aussperrung);

Schlesien:

Bunzlau (Sperrung über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.), **Friedrichsberg** (Streik), **Märzdorf** (Sperrung über Schneider in Peiskerau und Scheundel in Grebelwitz);

Thüringen:

Saalfeld a. d. S. (Differenzen wegen Nichtinhaltung des Vertrages), **Ronneburg** (Sperrung über Kretschmar), **Arnstadt** (Sperrung über O. Gressler);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg:

Ahlten b. Lehrte, Münden, Walsrode Neuhaus a. d. Elbe (Streiks), **Sulingen** (partieller Streik), **Hannover** (Sperrung über die Firma Berger & Comp. aus Bromberg), **Nordenham** (Sperrung über die Bauten des Metallwerks), **Schneverdingen** (Streik), **Landkreis Linden** (Aussperrung), **Vechta** (Differenzen);

Westfalen und Rheinland:

Beunat (Streik), **Gütersloh** (Aussperrung), **Oeynhausen** (Sperrung über das Eisenwerk „Weserhütte“), **Haspe** (Sperrung über das Eisen- und Stahlwerk), **Minden** (Sperrung über Alkman in Obernkirchen), **Siegen** (Sperrung über den Bau der Irrenanstalt in Herboren), **Düsseldorf** (Sperrung über Riese), **Rheinhausen** (Differenzen auf dem Kruppischen Werk);

Hessen-Waldeck:

Büttelborn (Sperrung über Kuhlmann und Kraus), **Ems, Eibesheim, Nieder-Ramstadt, Bad Orb** (Streiks), **Bad Soden** (Sperrung über den Unternehmer Christian);

Bayern:

Ansbach, Heilsbrunn (Streiks);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Pforzheim (Streik);

Fliessenleger:

Strassburg i. Els. (Streik), **Mülheim-Ruhr** (Sperrung über Möhlenbruck & Matheis), **Cöln** (Sperrung über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), **München** (Aussperrung).

Isolierer und Steinholzer:

Leipzig (Sperrung über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 23), **Cöln** (Sperrung über die Korkelithwerke), **Chemnitz** (Sperrung über Ziegner & Fritsche), **Hamburg** (Aussperrung), **Berlin** (Sperrung über die Filiale der Gesellschaft „Fama“).

Oesterreich:

Asch, Klösterle, Pardubitz, Pisock (Streiks).

Schweiz:

Zürich (Streik der Fliesenleger).

Maurer werden gesucht am Fabrikneubau in Stabtilm, Lohn 45 bis 50 A. Ebenso werden in **Waldleben** ein einige Maurer gesucht, Lohn 40 A. Außerdem sucht Baunternehmer **Schacht** in **Parachim i. Mdlg.** mehrere Maurer auf dauernde Arbeit.

Gau Berlin.

Aus dem Streikgebiet **Lehnh-Gammen** wird berichtet, daß einige Unternehmer bewilligt haben; mit ihnen ist ein zehnjähriger Vertrag abgeschlossen worden. Aber eine ganze Anzahl von Unternehmern sieht noch mit uns im Streik, weshalb der Zugang nach wie vor ferngehalten werden muß.

Gau Breslau.

Der Stand der Lohnbewegung in den Orten **Laskowitz, Neu-Bornert, Binkel, Kraus, Söhne, Matzow, Janowitz, Groß-Näditz und Jäckowitz**, Zweigverein **Breslau** ist gut. Geipert sind bis heute die Unternehmer **Karl Gerlach** in **Laskowitz**, **Max Biering** und **Josef Scheler** in **Binkel** und **Franz Schmidt** in **Janowitz**. Von einer neuemünderten Organisation konnte hier bisher nicht die Rede sein. Dies Gebiet war sehr schwer zugänglich. Durch die neue Bahnhütte, die jetzt im Bau begriffen ist und am 1. Oktober eröffnet wird, herrscht dort eine gute Bautätigkeit. Der Stundenlohn betrug bisher 30 bis 37 Pf., nun vereinigt wurden 40 Pf. gezahlt. Die Arbeitsszeit beträgt 10½ bis 11 Stunden, dazu kommen Wege von und zu der Arbeitsstelle bis zu je zwei Stunden. Bemerkenswert ist, daß diese Orte nur drei Meilen von der Großstadt **Breslau** entfernt liegen. Unsere Forderung ist zehnjährige Arbeitsszeit und 40 Pf. Stundenlohn. In Frage kommen bis jetzt 61 beschäftigte Kollegen, davon haben bisher 35 die Arbeit eingestellt. Die Unternehmer sigen jetzt bei ihren ausgesprochenen Arbeiten, die sie aus Mangel an Arbeitskräften nicht anfangen können. Die Unternehmer spielen sich als Herren der Situation auf, und der Herr **„Gendarm“** unterstützt sie dabei. Auch die Bevölkerung ist gegen die Streikenden, und die **Konjunktur „Lumpen“**, **„Faulenzer“** sind oft zu hören. Die Gastwirte weisen uns aus ihren Lokalen, und man versucht, die Streikenden aus ihren Wohnungen auszutreiben. So sieht die christliche Nächstenliebe in dieser Formung aus. In den neun Orten stehen uns nur zwei Lokale zur Verfügung. Die Streikbrecher werden wie Schafe von dem Unternehmer **Franz Gerlach** und nach der Baustelle begleitet. Dem Unternehmer **Franz Schmidt** zahlt seinen Streikbrechern 40 A.

Der Herr will sich Streikbrecher aus Oberschlesien holen. Daß ihm dies nicht gelingt, dafür werden unsere ober-schlesischen Kollegen wohl sorgen. Wie die Behandlung der Kollegen durch die Unternehmer ist, geht daraus hervor, daß der Bruder **Schmidt** unsere Verhandlungsstellen mit dem **Gauleiter** erschlagen und der Herr **„Baumeister“** selbst uns „mit Dreck in die Fresse schmeißen“ wollte. Es wird nun an den freiesten Kollegen liegen, diesen Herren eine andre Gemüthung und mehr Lebensart beizubringen.

Gau Cöln.

Aus **Düsseldorf** wird uns berichtet: Der Streik in **Ceresheim** ist erledigt, die Unternehmer haben sämtlich den Tarif anerkannt, der Lohn ist dadurch um 4 bis 8 A erhöht worden.

In **Kaiferswerth** ist die Bewegung ebenfalls beendet, dort haben die Unternehmer den Tarif anerkannt; es kamen nur zehn Kollegen in Betracht. Einestheils hat sich auch der Unternehmer **Hellmann** besonnen, den wir im vorigen Jahre bereglichen acht Wochen gesperrt haben; wahrheitsgemäß ist ihm die Sperrung nicht angenehm gewesen, denn in diesem Jahre hat er, ohne daß es zur Arbeitseinstellung kam, den Tarif anerkannt, obgleich er vor dem Einigungsamt, wo die Sache am 5. Mai zur Verhandlung kam, erklärte, daß er nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes sei.

In **Verath** dauert der Streik fort, zwar haben zwei Unternehmer, die 70 Maurer beschäftigen, den Tarif anerkannt, aber vier kleine Unternehmer, die nur wenig Arbeit haben, können sich hierzu noch nicht entschließen. Die Streikenden sind bis auf acht Kollegen in Arbeit.

Zur Arbeitseinstellung dürfte es in den nächsten Tagen in **Eller** kommen, falls die dortigen Unternehmer den Tarif nicht gutwillig anerkennen. Gesperrt sind die Neubauten des Unternehmers **Riese** von **Hilden** in **Düsseldorf**. Riese hat auch in **Verath** zwei Bauten und weitest sich hartnäckig, den Vertragslohn zu zahlen.

Gau Danzig.

In **Winkallen**, Zweigverein **Königsberg**, haben die Kollegen am 10. Mai einmütig die Arbeit eingestellt. Auf die Forderung: elfstündige Arbeitszeit und 42 A Stundenlohn; haben die Herren gar nicht geantwortet. In **Stuningsgebiet** **Stutberg**, das an **Winkallen** grenzt, haben wir vertraglich die zehnjährige Arbeitszeit und 48 A Stundenlohn. In **Winkallen** arbeitete man bisher elf bis zwölf Stunden; dabei wurden Stundenlöhne von 27 bis 42 A gezahlt. Die Unternehmer glaubten die Kollegen dadurch unzeitig zu machen, daß sie einzelnen Kollegen den Lohn erhöhten; auf diese Weise trübte die Kollegen jedoch nicht. In der Umgebung ist ziemlich viel Arbeit, so daß die Kollegen bis auf einige, die den Zugang abhalten, halb alle zu besseren Bedingungen in Arbeit kommen dürften. Die Hoffnung der Unternehmer, daß die Streikenden in einigen Tagen widerkommen würden, wird aufgehoben werden. Die Speisewagen sind in großer Aufregung, und verabschiedlich wird der Wunsch laut, es müsse eigentlich eine halbe Kompagnie Soldaten kommen, damit die Bürger ruhig schlafen könnten. Inwiefern man sie kommen; aber sie werden nichts zu tun haben. Die Besorbe arbeitet auch mit Hochdruck; aus allen Wirtschaften wurden die Kollegen infolge des beherrschenden Druckes hinausgewiesen, so daß sie gezwungen waren, in Scharen durch die Stadt zu ziehen. Nachdem Kollege **Krieke** mit dem Bürgermeister und dem Landrat gesprochen hatte, erklärten die Herren, daß sie den Beamten Anweisungen zu foretrem Verhalten geben würden. Wir werden ja sehen, ob es helfen wird. Kollege **Krieke** wurde auch aus dem Hotel, wo er wohnte, hinausgewiesen, auch aus anderen Lokalen, so daß er als Leiter des Streiks obdachlos war und den Kollegen auf dem Markt und in den Straßen Informationen geben mußte. Die Kollegen sind über diese Behandlung empört und haben gelobt, trotz aller Schikanen nicht früher anzufangen, als bis ihre Forderung bewilligt ist.

Der Streik in **Graudenz** ist beendet. Uns wird darüber vom Zweigverein geschrieben:

Am 9. Mai tagte im Gewerbehause eine gut besuchte Versammlung, die sich mit dem Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern beschäftigte und auch gleichzeitig zu dem Angebot der Unternehmer Stellung nahm. Der Referent, Kollege **Meudowski**, beendete nochmals das ganze Treiben der Unternehmer. Bei den fast vier Monate hindurch geführten Verhandlungen war es uns nicht möglich, von den Unternehmern irgendwelche Zugeständnisse zu erreichen. Die Parole der Unternehmer war: Lohnmäßige und weitere bedeutende Verschlechterungen um jeden Preis. In der letzten Verhandlung vor dem Streik, am 17. April, boten die Vertreter der drei Berufs alle auf, um den Frieden zu sichern. Aber eher hätte sich ein Stein erweichen lassen, als hier die **Graudenz** Unternehmer. In dieser Sitzung fielen die bemerkenswerten Worte des **Maurermeister Butke**: Wir geben fremden Arbeitskräften noch einmal soviel als sie fordern, und wenn wir 4.000 und mehr in diesem Jahr zusehen. Wir bestehen auf der Lohnmäßigkeit! Kein Wunder, daß bei solcher Stimmung der Unternehmer der Kampf ausbrechen mußte; denn sie konnten nicht einmal die Verhandlungen abwarten, sondern nahmen schon, während wir noch in Verhandlungen waren, Lohnfragen vor. In größterem Umfange ist dieses namentlich bei den Bauarbeitern geschehen. Die Unternehmer haben am 20. April, an dem Tage des Streikbeginnes, die Provinzialblätter im ganzen Osten, bis nach **Berlin**, in Bewegung gesetzt. **Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer** in **Kolonnen**, bei hohen Löhnen und Alfordpreisen, freiem Logis usw., wurden nach **Graudenz** gesucht. Durch diesen großen Krauch der Unternehmer in der Presse hatten wir denn auch unter einem ziemlich starken Zugang zu leiden, besonders die Bauarbeiter. Die Streikenden haben aber ihre Pflicht erfüllt. Alles wurde abgelehnt. Wenn einmal irgendwo mehrere solche Helfer der Unternehmer durchschlüpfen, da dauerte es nicht lange, daß unsere Kollegen sie aufgespürt und nach dem Streikbureau geführt hätten, und dann ging es unter scharfer Verwendung meistens über die Weichselbrücke zur nächsten Eisenbahnstation. Richtig war es anzusehen, wie Arbeiter und Unternehmer zusammen auf dem Bahnhof die einlaufenden Züge erwarteten. Die Polizei wurde zu verschiedenen Malen von den Unternehmern um Hilfe angefordert; aber sie kam nicht. Die **Graudenz** Polizei weiß zur Genüge, daß die **Graudenz** Arbeiter vernünftige Leute sind, die nur für ihr gutes Recht kämpfen. Die Streikenden haben auch allein unter sich für Ordnung gesorgt. Als nicht die genügende Anzahl Streikbrecher zur Stelle war, kam ein anderer Mann an die Reihe: Die Innungsmeister verlagten alle bei ihnen beschäftigt gewesenen Arbeiter auf Entschädigung für die aus-

geblich nicht innegehaltenen vierzehntägige Arbeitsfrist. Aber auch hiermit hatten sie wenig Glück; von 161 Beschäftigten haben nur 16 eine Ruhe von 4 bis 8 zu zahlen, die sie aber in Wirklichkeit nicht zahlen werden. Trotz all dieser Schikanen der Unternehmer suchten wir nachmalig um Verhandlungen nach. Zu diesen nun folgenden Verhandlungen wurden endlich auch die Bauvorstehenden hinzugezogen, die bis dahin von allen Verhandlungen systematisch ferngehalten wurden. In der ersten Verhandlung, am Anfang dieses Jahres, erklärten die Unternehmer, sie seien ausnahmsweise Willig zu den Verhandlungen nicht hinzu, um so mehr, da ja auch die Vertreter der Unternehmer vom Bundesvorstand nicht zugelassen seien. Wörtlich sagte ein Herr: Wenn von unsern Vertretern jemand kommt, kann er sich auf den Kopf schlagen. (Eine schöne Würdigung der Bundesvorstandsmitglieder.) In der Verhandlung am 3. Mai hatten dann auch die Unternehmer noch den traurigen Mut, den Bauhilfsarbeitern noch weitere Lohnforderungen zu bittern. Derselbe sollte ihnen der Lohn von 37 auf 34 \mathcal{A} und von 34 auf 30 \mathcal{A} gekürzt werden; am 3. Mai sogar bis auf 27 \mathcal{A} pro Stunde. Den Maurern und Zimmerern wurden 1 \mathcal{A} Lohnherhöhung zugesprochen, wenn sie dafür eintraten, daß die Bauarbeiter die Lohnkürzung annehmen. Es verriet sich von selbst, daß dies von den Vertretern der Maurer und Zimmerer mit Entrüstung zurückgewiesen wurde. Noch an demselben Tage haben dann die Unternehmer auf der ganzen Linie die Lohnherbühung zurückgezogen. Streben den Beschäftigten unserer Verwaltungen, mit allen Mitteln für eine Lohnherbühung einzutreten, erklärten die Vertreter der drei Berufe, unter allen Umständen eine Lohnherbühung zu verlangen. Inzwischen hatte sich, bei den Bauarbeitern namentlich, eine ziemlich große Zahl Streikführer eingebunden; auch in unsern Kreisen gab es schon Wandlungsbewegungen. Die Arbeiter der Unternehmer, die unsre Forderung anerkannt haben, gingen zur Meile, in höchstens 8 bis 14 Tagen mußten auch wir wieder mindestens 100 Kollegen mehr auf der Straße haben. Die Unternehmer boten nun jedem Beruf 1 \mathcal{A} Lohnzulage, ebenfalls zogen sie alle weiteren Verschlechterungen, wie 25 Pfl. Lohnzuschlag bei nichtorganisierten Unternehmern, die Leistungsklausur, nach der jeder Maurer 1200 Steine täglich vermauern sollte, den angebotenen Betrag von 5 \mathcal{A} Lohngehalt pro Stunde usw., zurück. Alles dies mußten die Unternehmer fallen lassen; dieselben Herren, die noch drei Wochen alles in Grund und Boden reinen wollten, haben vor den Organisationen ihre Waffen strecken müssen! Sie haben zugesehen müssen, wie sie sich mit aller Gewalt gewehrt haben. Wir haben gesagt, daß heute die Arbeiter sich keine Verschlechterungen gegen ihren Willen aufhalten lassen. Die Zeitung war nach reichlicher Überlegung zu der Ansicht gelangt, den Kollegen die Annahme des Angebots der Unternehmer zu empfehlen. Bauarbeiter und Zimmerer haben ihm bereits zugestimmt. Nach dem Bericht des Kollegen Wendowski entspann sich eine sehr lebhaft diskutierte. Verschiedene Kollegen, wohlgerichtet solche, die in Arbeit fanden und nicht einmal ihre Streikbeiträge bezahlt haben, haben in recht unschöner Weise ihre Meinung zum Ausdruck gebracht. Der Kollege Gehl, der auch anwesend war, wurde von einem „Kumpfer Junge“ bezeichnet. Der Herr, Streikführer und weitere Namenamen wurden laut. Und die alles von Kollegen, die bisher nicht das geringste für die Arbeiterbewegung getan haben. Nachdem noch einige Redner dafür und dagegen gesprochen hatten, wurde eine Resolution angenommen, die besagte, daß wir wohl nicht betrieblieh sein mit dem Resultat, daß wir aber nach Lage der Sache das Angebot abgelehnten und treu und fest zur Organisation halten und nicht früher ruhen wollten, bis wir in der Zukunft unser Ziel erreichen. 95 Kollegen stimmten für Annahme des Angebots, 33 Kollegen dagegen. Darauf wurde die Versammlung vom Kollegen Bauer mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation geschlossen.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen: Kollegen! Es gilt nun, mit erneuter Kraft an die Arbeit zu gehen. Das Jahr 1910 heißt vor der Tür, dann soll unter Umständen der große Prozentanbruch, und hierzu gebrauchen wir auch den letzten Kollegen. Niemand darf fehlen, jeder muß seinen Mann stellen. Wenn das geschieht, werden wir bald das einholen, was wir in diesem Kampfe nicht erreichen konnten. Aber dann muß jede Quartiererei fortfallen, der persönliche Haß, den einzelne Kollegen gegen, muß schwinden; sind wir uns nicht einig, dann werden wir es bald alle am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Bisher ist es uns fast gelungen, in allen drei Lohnbewegungen, die die Graubauer Kollegen geführt haben, die Unternehmer zu schlagen, und zwar immer auf der ganzen Linie. Wehe uns, wenn wir uneinig werden! Dann werden wir den Unverstand der einzelnen Kollegen schwer büßen müssen. Kollegen! Wir haben nun wieder einen Vertrag erreicht, erreicht durch einen ziemlich scharfen Kampf; wenn er auch nicht jeden befriedigt, im Interesse der Allgemeinheit war es aber geboten, ihn anzunehmen. Darum, Kollegen, hüten wir uns vor Feilschen, die wir später bitter bereuen würden. Sorgen wir dafür, daß unsre Organisation nicht zerfällt, worauf die Unternehmer warten wie der Wolf auf seine Beute, sondern sorgen wir, daß wir aus diesem Kampfe gestärkt und gehärtet zum Wohle unsrer Organisation und unsrer Familien hervorgehen werden. Sorgen wir dafür, daß wir auch in der Zukunft dem zu früh dahingegangenen Organisator des Ostens, dem Kollegen, Carl Schwarz alle Ehre bewahren. Darum, auf zur Arbeit, aus der der Sieg erhellen muß!

In **Okerode i. Ostpr.** sind die Bemühungen der Unternehmer, die Löhne bei der dort herrschenden schlechten Konjunktur von 44 auf 42 \mathcal{A} zu reduzieren, glücklicherweise abgelehnt worden. Es kam ein Tarif (Muttertarif) mit den alten Löhnen zu Stande, der am 10. Mai einstimmig angenommen wurde.

Die **Ausperrung in Ratel**, die am 1. Mai erfolgte, besteht weiter. Die Unternehmer machen bezweifelnde Anstrengungen, um fremde Maurer nach Ratel zu bekommen, sind jetzt freilich ohne jeden greifbaren Erfolg. Nur fünf Streikbrecher haben sich von außerhalb angefangen, die unter polizeilichem Schutz vom Bahnhof zur Wohnung des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes gebracht wurden. Zu jedem Zuge sind die Unternehmer an der Bahn und späher, scheinbar nach dieser elenden Menschensware. Von den Ausgesperrten sind nur noch wenige am Orte, der überwiegende größte Teil ist bereits abgereist. Da die Unternehmer auf Zugang von Maurern von auswärts nicht mehr rechnen können, so versuchen sie, die Ausgesperrten zu begünstigen, daß sie sich ihnen zur Verfügung stellen. Daß sie sich in erster Linie an die ausgesperrten Poliere wenden würden, war vorauszu sehen. Sie luden diese Leute zu einer Sitzung ein und überredeten sie, die Arbeit aufzunehmen, einen

Polierverein zu gründen und von den ausgesperrten Kollegen solche Elemente für ihre Zwecke anzuwerben, die eitel genug sind und nach den Polierbetrieben streben. Mit diesen Elementen will also der Arbeitgeberverband in Ratel die Arbeiterbewegung niederzupflügen. An den Kollegen in Ratel wird es liegen, auch diese Absicht der Unternehmer zu durchkreuzen. Leider haben sich noch neun Poliere sechs bereit erklärt, die Arbeit aufzunehmen, und diese sechs agileren fleißig unter den Ausgesperrten. Wenn die Rateler Kollegen diesen Vorkurs nicht folgen und weiter festhalten, so wird auch dies letzte Mittel der Unternehmer scheitern, und der Sieg wird sich auf unsre Seite neigen.

Durch den **Zimmererstreik in Thurn** sind unsre Kollegen stark in Mitleidenchaft gezogen. Ein Ende des Kampfes ist noch nicht abzusehen.

Gau Dresden.

Der Streik in **Freiberg i. S.** dauert fort. Von den 155 Streikenden sind nur noch 70 vorhanden. Die Abrigen, außer zwei, die zu Streikbrechern geworden sind, sind zu den neuen Bedingungen bereit, aber sind abgereist. Außer diesen zwei Streikbrechern haben die Unternehmer noch von den 26 Zugereisten einen behalten. Somit haben sie nur 21 Arbeitswillige für Freiberg eine sehr gute Situation. Die Unternehmer haben nichts unterlassen, Freunde heranzuziehen. Sogar einige Agenten haben sie nach Wömsen geschickt. Einen davon hat die Polizei eingekerkert, aber nach Feststellung der Personalien wieder freigelassen, worauf dieser Herr mit Polizei-Eskorte an die Grenze gebracht wurde.

In **Lehrte i. S.**, Gebiet **Pirna**, mußten wir das Baugeschäft Teich aus Baugen sperren, weil man hier die einstündige Arbeitszeit einführen wollte.

Die **Sperrung der Wärblich in Wittmannsdorf bei Rössen** ist durch Vergleich erledigt.

In **Kanera**, Zweigverein **Dresden**, nicht Baugen, wie man uns berichtete, müßten die Unternehmer für dieses Jahr 30 \mathcal{A} bei zehnteilhalbstündiger Arbeitszeit und für nächstes Jahr 40 \mathcal{A} bei zehnteilhalbstündiger Arbeitszeit geboten, was unsre Kollegen angenommen haben. In **Neustadt** hat der Baumeister Anton den noch anwendenden Kollegen 43 \mathcal{A} zugebunden. Diese haben sich dadurch bereiten lassen, die Arbeit ohne feste Abmachungen aufzunehmen. Die Bauarbeiter haben sie auch draußen gelassen, obgleich diese die Arbeit mit untergeleitet hatten. Die abgereisten Kollegen betrauten daher die Sache noch nicht für erledigt. Ob noch etwas herauszuholen ist, ist allerdings unter diesen Umständen eine andere Frage. Bei der überaus guten Baukonjunktur, besonders in der Umgebung, war es leicht, etwas Festes zu schaffen.

Gau Frankfurt a. M.

Die Verhandlungen mit den Unternehmern in **Bad Orb** führten bis jetzt noch zu keinem Resultat. Auf die ablehnende und provozierende Haltung besonders des Unternehmers Schneeweis beschlossen unsre Kollegen in einer Versammlung, am 11. Mai einstimmig ihre Kündigung schriftlich einzureichen und nach deren Ablauf am 18. Mai in den Streik einzutreten, falls bis dahin keine Einigung erzielt werden sollte. Die Konjunktur ist gut und die Stimmung der Kollegen ist dem Kampfe sehr günstig. Wir bitten die Kollegen aus der nähere und weiteren Umgebung, besonders die von **Limpar**, sich nicht nach **Orb** locken zu lassen, um unsre Bewegung zu einem günstigen Ende führen zu können.

In **Gießen** kam es am 10. Mai bei dem Unternehmer Stein zur Arbeitsvermittlung. Stein war am 8. Mai nicht in der Lage, den Lohn auszahlen zu können. Als er nun das energische Eingreifen sah, war er gezwungen, wenn er die Leute behalten wollte, Gehl herbeizuschicken. Es gelang ihm auch, bis Mittag so viel zusammen zu bringen, daß er die Leute auszahlen konnte. Stein ist ein sogenannter Strohmann, der andere Weiler die Arbeit abnimmt und sie dann im Eiltempo hindrückt. Stein gehört dem Unternehmerverbande nicht an, deshalb war er der Meinung, er brauchte auch die am 1. April fällige Lohnherbühung nicht zu zahlen. Es wurde ihm nun von der Organisationsleitung ein Vertrag vorgelegt und ihm erklärt, daß die Arbeit nicht eher aufgenommen würde, bis er die Erhöhung zahlte. Wohl oder übel mußte er dem nachkommen. Auch die verbleibende Zeit für den halben Tag mußte gezahlt werden. Obwohl nun die Sache erledigt ist, wäre unsren Kollegen doch zu raten, sich, wenn irgend möglich, dort Arbeit zu suchen, wo der Unternehmer auch zahlen kann. Stein wohnt in Steinbach bei Gießen und führt Arbeiten in Gießen aus.

Gau Götting.

Ueber die Lohnbewegung in **Götting** wird uns vom Zweigverein berichtet: Im Januar hielt unser Vorstand eine Sitzung ab, wozu die Bauarbeiter und die Christlichen eingeladen und auch ergriffen waren. In dieser gemeinschaftlichen Sitzung wurde das Schreiben an die Unternehmer beraten und auch von allen drei Organisationen unterschrieben. Bei einer erneuten schriftlichen Eingabe an die Unternehmer im März erschien der Vorsitzende der Christlichen und erklärte, daß sie nicht mehr mitmachen. Als Grund gab er an, daß alle Schreiben durch uns verfaßt würden, daß wir sie nicht als gleichwertig ansehen und verschickten andere wichtige Gründe. Auf Grund des ersten Schreibens fand am 2. Mai eine mündliche Verhandlung zwischen dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes und den Vorsitzenden der Maurer und Bauhilfsarbeiter statt. In dieser Verhandlung erklärten die Unternehmer, für dies Jahr habe die Abschließung eines Vertrages wenig Zweck, die Zeit sei schon weit vorgeschritten; übrigens sei ein neues Vertragsmuster in Ausarbeitung und an eine Lohnherbühung sei in diesem Jahre überhaupt nicht zu denken. Es hätte ihnen Mühe gemacht, gegen den letzten Lohnsatz den Behörden und Privatien gegenüber zu vertreten. Die städtischen Behörden hätten ihnen Vorschläge gemacht, daß sie den Lohn im Jahre 1908, trotz der schlechten Konjunktur, um 2 \mathcal{A} erhöhen hätten. (Das ist ja eine nette Stundverwertung!) Auch seien sie an der Grenze angelangt, um mit der Umgebung konkurrieren zu können. Diese Ausreden wurden von unsern Vertretern als nicht haltbar zurückgewiesen. Uebrigens wurde uns das feste Versprechen gegeben, mit uns für 1910 einen Vertrag abzuschließen. Auf unsre Vorschläge, daß der Lohn von 46 \mathcal{A} nicht gezahlt werde, gaben die Herren uns den Rat, es solle jeder Kollege selbst an seinen Weiler herangehen und die 46 \mathcal{A} verlangen. Von 240 Kollegen erhalten nur 98 den Lohn von 46 \mathcal{A} . Ohne Lohnherbühung werden wir kein Vertragsverhältnis eingehen. — Am 18. Mai soll eine öffentliche „Christliche“

Versammlung stattfinden. Von uns wird kein Kollege fehlen. Wären sich die dazu vorgesehene zwei Referenten untereinander noch so große Mühe geben, um das Verhalten ihrer Leute zu beschönigen.

Die Sperrung über die **Lehrte** von Hoffmann & Co. in **Bunzlau** besteht weiter. Drei Streikbrecher, die kein anderer Unternehmer in Arbeit nehmen möchte, haben dort angefangen. Bisher waren dort 14 Maurer beschäftigt.

Gau Hamburg.

Wie schon in der letzten Nummer berichtet wurde, sind die **Detonarbeiter in Hamburg** am 10. Mai in einen Lohnkampf eingetreten. Nachdem es der Lohnausperrband der Betonbauunternehmer abgelehnt hat, mit der Section zu verhandeln, blieb nichts weiter übrig. Die Lohnbewegung trägt einen allgemeinen Charakter, doch soll sie partiell durchgeführt werden. — Am 10. Mai stellten zunächst bei den Firmen: Aktiengesellschaft für Beton- und Betonwerke, Knechtbauer & Schöblich, Müste & Spengler und Hagemann rund 300 Mann die Arbeit ein. Am 11. Mai folgten die Kollegen bei der Firma Knechtbauer. Abgesehen von der Firma Hagemann erfolgten die Arbeitsvermittlungen einmütig. Am 10. und 12. Mai, abends, waren sämtliche bei der Firma Sachs beschäftigte Maurer und Betonarbeiter zu einer Versprechung eingeladen. Diese Firma hatte es im Laufe des Winters verstanden, an ihren Bauten die wirbsten Verhältnisse, die wohl jemals in Hamburg bestanden haben, einzuführen. Die Jugarbeit am Wierhaus hatte der Vorsitzende der Christlichen Maurer, Wucherpernig ist sein Name, übernommen. Außer circa 50 bis 60 Christen waren 20 bis 30 Verbandsmitglieder beschäftigt. In der zweiten Versprechung am 12. Mai wurde gegen eine Stimme beschlossen, die Arbeit einzustellen. Diesem Beschlusse sind circa dreieiertel der dort Beschäftigten nachgekommen. Die Christlichen in ihrer Gesamtheit und noch einige Hosenfische sind stehen geblieben. Die Handlungsweise der Christlichen ist um so verwunderlicher, da am 12. Mai einer ihrer Vertreter in einer öffentlichen Versammlung der Betonarbeiter die volle Solidarität der Christlichen aufrief. Die gesamten Stellenvermittlungsbureau sind in Bewegung gesetzt, um Streikbrecher anzuwerben. Agenten und auch einige Poliere durchziehen die Straßen und suchen Arbeitswillige. Im ganzen sind 646 Streikbrachen ausgeföhrt. Am 15. Mai meldeben sich noch 418 Streikende zur Kontrolle. Circa 130 Kollegen bei 3 Unternehmern arbeiten zu den neuen Bedingungen. Streikbrecher sind an 5 Baustellen circa 60 bis 70 vorhanden. Das Streikbrecherlohn ist in der Mecklenburger 37 eingekerkert, wo früher einige Zentralorganisationen ihren Verkehr und die Arbeitsnachweise hatten, jetzt sind die Sozialorganisationen dort eingekerkert. Am 17. Mai sind circa 40 bis 50 Mann in fünf geschlossenen Wagen nach mehreren Baustellen gebracht worden. Hoffentlich gelingt es noch, sie wieder aufzulösen.

Gau Hannover.

Der Streik in **Lengau** ist beendet. Durch Vertrag ist an Stelle der früheren zehnteilhalbstündigen Arbeitszeit die zehnteilhalbstündige gesetzt worden. Der Lohn erhöht sich sofort von 40 auf 48 \mathcal{A} und am 1. Oktober d. J. auf 44 \mathcal{A} . Die Arbeit ist, soweit das möglich war, am 17. Mai wieder aufgenommen worden.

Gau Leipzig.

Die diesjährige Baukonjunktur in **Wittha** und Umgebung ist, so wird von dort berichtet, verhältnismäßig gut. Das erkannten auch die Bauarbeiter und laudien am 21. April den Unternehmern ihre Forderungen, die in der Hauptsache in einem Stundenlohn für Maurer und Zimmerer von 50 \mathcal{A} , für Bauhilfsarbeiter von 44 \mathcal{A} gipfelten. Weiter wollte man den leibigen und unrenten Zustand abschaffen, wozu die Unternehmer im Sommer nach Belieben den Lohn erhöhen, ihr im Herbst und Frühjahr aber auch nach Belieben kürzen. Dadurch wurde eine Differenz bis zu 6 \mathcal{A} pro Stunde herbeigeföhrt. Der als Noem geltende jetzige Lohnsatz betrug 43 resp. 33 \mathcal{A} . Es machten sich zwei Verhandlungen notwendig. In der zweiten Verhandlung einigte man sich auf folgende Vereinbarung:

Die Arbeitszeit beträgt pro Tag 10 Stunden und dauert von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Als Überstunden gilt die Zeit von 6 bis 8 Uhr abends und von 5 bis 6 Uhr morgens. Als Nacharbeit gelten die Stunden von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr, als Sonn- und Feiertagsarbeit alle an diesen Tagen geleisteten Stunden. Der Stundenlohn beträgt für Maurer und Zimmerer 47 \mathcal{A} , für Bauhilfsarbeiter 37 \mathcal{A} . Im Zuschlagen werden bezahlt: für Überstunden 5 \mathcal{A} , für Nachtarbeit 10 \mathcal{A} , für Sonntags- und Wasserarbeit nach freier Vereinbarung, jedoch nicht unter 10 \mathcal{A} . Ziegel- und Kalkträger in Tagelohn erhalten Maurerlöhne. Außerdem wurden die Arbeitszeit erstreckt sich auf die Orte: Wittha, Blaue, Ober- und Niederleisa, Bernsdorf, Güldenberg und Falkenan. Diese Vereinbarungen treten am 5. Mai 1909 in Kraft und haben Gültigkeit bis zum 31. März 1910. Die ganze Bewegung dauerte genau 14 Tage. Im großen und ganzen dürften beide Kontrahenten zufrieden gestellt sein, da der Vertrag ohne irgend einen Verlust zustande kam. Leider ist es nicht ausgeschlossen, daß es noch nachträglich um Streit kommt, da bei der ersten Lohnzahlung ein Unternehmer nur den wenigsten Leuten den Mindestlohn zahlte, vielmehr die Gesellen und Hilfsarbeiter in der Mehrzahl als Mindestbesoldigte betrachtete.

Aus **Salle a. S.** wird über **Wetlin** berichtet: Der Streik der Kollegen geht nunmehr schon in die dritte Woche, ohne daß sich eine Aenderung eingetreten wäre. Die Hälfte der Streikenden hat den Ort verlassen oder ist anderweitig untergebracht worden. Der Arbeitgeberverband hat durch bezahlte Subjekte 19 Zuziener, zwei Arbeitsschürzen und eine Kochraue anwerben lassen, die für den Unternehmer Groß arbeiten müssen. Diese „nützlichen Elemente“ sind auf dem Mittergute Deulbeben untergebracht, wo sie natürlich eine beamtete Ehrengarde als Wache haben. Auch in Wetlin sind die Unternehmer bis auf die Knochen „national“. Nichts davor weniger denken sie nicht daran, ihren eignen Landsleuten einen auskömmlichen Lohn zu zahlen. Viel lieber werden sie den Ausländern einen Lohn in die Hände, den die hiesigen Arbeiter nicht einmal verlangen; während diese 42 \mathcal{A} Stundenlohn beanspruchen, erhalten die Stallener 46 bis 48 \mathcal{A} und obendrein freies Boils, alles zur höheren Ehre des „Deutschtums“. Aber die braunen Schenkel des Südens verdienen eigentlich noch mehr, als sie schon bekommen, wenn man den — Versicherungen des Unternehmers Große trauen dürfte. — Sie sind fleißig, nüchtern, anständig,

nigig usw., kurz Mitternachten, gegen die sich die Einzelmeister...

Die Veranstaltung ausländischer Arbeiter, Italiener usw., hat sich als ein mangelhaftes Mittel erwiesen...

Sie die Orte Numendorf, Woosen, Madewell, 20 Gar und Umgebung hat am 11. Mai im 'Vorkriegslohn'...

Die Chemnitzer Kollegen, so berichtet der Zweigverein, haben am 12. Mai-Abend über die Einreichung von Lohnforderungen...

In Crimmitschau haben die Kollegen am 11. Mai in einer sehr stark besuchten Versammlung beschlossen...

In Werda haben die Kollegen einmütigen den Streik...

In Hütten beschäftigen sich die Kollegen am 15. Mai mit der Lohnfrage...

Nach mehrmaliger Verhandlung ist der Streik in Dargun mit vollem Erfolg für unsere Kollegen beendet worden...

Gau Lübeck.

Die Halberstädter Unternehmer haben ein Lebenszeichen von sich gegeben...

Gau Magdeburg.

In den Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Halberstadt...

Nachdem Sie in Ihrem Blatte Nr. 19 vom 8. Mai bekannt gegeben haben, daß der größte Teil der Maurer Halberstadts...

Wir sind nicht gewillt, den ganzen Sommer resp. das ganze Geschäftsjahr durch den uns furchtbar aufgedrängten Streik...

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes.

Otto Meinel, Vorsitzender.

Die gewünschte Antwort ist den Herren mündlich bahngehend...

Infolge dieser unerbittlichen Ausdrücke findet nunmehr Montag, den 17. Mai, eine offizielle Verhandlung statt...

In Salzwedel sind die Bauhilfsarbeiter Montag, den 10. Mai, in den Streik eingetreten...

Salzwedel, den 18. Mai 1909.

den Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Salzwedel...

Da der Arbeitgeberverband entgegen den Zusicherungen seines Vorstehers gegenüber unseren Kollegen...

Anden wir Ihnen von den Beschlüssen unserer Versammlung Kenntnis geben, teilen wir auch gleichzeitig mit...

Sochachungslohn

Der Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Salzwedel...

Die Unternehmer in Goswig machen alle Anstrengungen, um 'Arbeitswillige' herbeizuschaffen...

Gau Mannheim.

Die Forstheimer Unternehmer bemühen sich nach wie vor, auf alle mögliche Art und Weise, Streikbrecher heranzubekommen...

Die Situation sieht für die Streikenden äußerst günstig, was nicht nur aus den wüsten Schimpereien der Unternehmer...

Von den Streikenden sind 188 abgelehnt und 23 arbeiten zu neuen Bedingungen...

Die Firma Paul Schmidt in Worms, die zurecht den Mooschen Fabrik-Neubau in Speyer ausführt...

In Ansbach traf ein, was bereits in der letzten Nummer des 'Grundstein' ausgesprochen ist...

in Afford gearbeitet wird. Nach telephonischer Verständigung mit dem Unternehmer Schmidt gab der Bauleiter...

Gau München.

In Dilling fanden am 7. Mai Unterhandlungen statt, die mit zwei Unternehmern auch zu einer Einigung führten...

Am 13. Mai fanden in Ostermünchen Unterhandlungen statt...

In Erding stehen unsere Kollegen seit dem 11. Mai im Streik, nachdem wider Erwarten die Unterhandlungen...

Gau Nürnberg.

In Ansbach traf ein, was bereits in der letzten Nummer des 'Grundstein' ausgesprochen ist...

In Ansbach traf ein, was bereits in der letzten Nummer des 'Grundstein' ausgesprochen ist...

Unternehmer in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter unterliegen. In Ansbach gehören die Unternehmer dem Bunde nicht an, sondern haben nur eine lokale Vereinigung, weshalb der Bezirksverband Nürnberg auf die Ansbacher Herren nicht auf zu sprechen war. Erst gab man seiner Freude um gegenüber Ausdruck, wenn wir Maurer es den dortigen Unternehmern einmal gründlich besorgten, wobei allerdings eine andre Absicht mitspielte. Trotz dieser Auslassungen mußten wir aber erleben, daß gleich nach Beginn des Streiks der Unternehmer-Arbeitsausschuss in Nürnberg Streikbrecher nach Ansbach sandte. Hier ließ man so recht den doppelten Waden der Unternehmer moral.

In Oberkochen a. N., Zweigverein Hof, haben unsere Kollegen bereits im vorigen Jahre eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen versucht, was aber an dem Startforn der Unternehmer scheiterte. Wohl sprachen die Unternehmer dem Wunsch aus, daß man im nächsten Frühjahr möglichst bald mit Forderungen an sie herantreten sollte, damit sie sich bei ihren Submissionen darauf einrichten könnten; als jedoch unsere Kollegen dies taten, erhielten sie nicht einmal eine Antwort. Erst auf ein zweites Schreiben ließen sich die Unternehmer auf Unterhandlungen ein, boten aber nur 1-3 Lohnerhöhung pro Stunde, was unsre Kollegen ablehnten. Wenn sich die Unternehmer in Oberkochen keines besorgen, so wird auch hier der Kampf die unausweichliche Folge sein.

In Würzburg fand eine Unterhandlung statt, die aber keine Einigung zeitigte. Die Unternehmer lehnten jede Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ab, weshalb eine Versammlung aller drei Organisationen den Beschluß faßte, die Lohnkommission möge die Bewegung im Auge behalten und ihr zur gegebenen Zeit den nötigen Nachdruck verleihen. In der Versammlung, die sehr stark besucht war, machte sich große Begeisterung für die sofortige Arbeits einstellen geltend. Die Zeitung mußte aber aus tatsächlichen Gründen davon abraten, weshalb kam es zu obigem Beschluß.

Gau Stettin.

Von **Wirtz** wird berichtet, daß der Stand der Lohnbewegung unverändert ist. Bei sechs Unternehmern arbeiten 44 Kollegen zu neuen Bedingungen. Abgereist und anderweitig untergebracht sind 46. Gestreikt wird noch bei drei Firmen. Zugang fremder Kollegen ist bis jetzt immer noch vermindert worden; wo sie die Arbeit aufgenommen hatten, ist es uns geblieben, sie zur Arbeit zu bewegen. Den in der Fremde weilenden Kollegen rufen wir zu: Haltet dort aus und kommt zum Fest in e. h. nach Hause bis der Sieg entschieden ist! Wenn jeder seine Pflichten tut, kann der Erfolg nicht fehlen, denn ein jeder weiß, was seiner wartet, wenn wir unterliegen. Wir kämpfen für uns, wir kämpfen für unsre Familie. Also nicht verzagt!

Gau Stuttgart.

Von den Lohnbewegungen im Zweigverein Stuttgart ist die in Ehlingen durch nachstehenden Beschluß vorläufig erledigt: „Die am 12. Mai im Clubhaus „Zum Schützen“ tagende Maurerverammlung ist nicht in der Lage, zu den seitens der Unternehmer gestellten Bedingungen ein Vertragsverhältnis einzugehen. Die Verhandlung wird beantragt, dem Bauingenieurverein die Vertretung zu übertragen, unter Berücksichtigung unserer im vorigen Jahre aufgestellten Wünsche in mündliche Verhandlungen zwecks Abschluß eines Arbeitsvertrages einzutreten. Des weiteren wird die Organisation beantragt, mit den Unternehmern, die den Beschluß der Meisterschaft auf Lohnerhöhung noch nicht befolgt haben, Rücksprache zu nehmen und dafür zu sorgen, daß die Lohnerhöhung in allen Geschäften durchgeführt wird.“

In **Urbisburg** haben die Kollegen beschlossen, an die Unternehmer Forderungen einzureichen. Gefordert wird ein Stundenlohn von 50 A für Becken nach vollendetem 19. Lebensjahre, prozentuale Zuschläge für Wasser, Nacht-, Sonntagarbeiten und Überstunden, sowie Regelung aller Spezialfragen durch Vereinbarung. In **Ludwigsburg** hat eine Lohnbewegung noch nicht stattgefunden. Die einzelnen Unternehmer wurden bei der Überzeugung unserer Wünsche gebeten, uns die Bereitwilligkeit zu mündlichen Verhandlungen bis 18. Mai mitzuteilen. Von Herrn **Chr. Hauser** wurde uns im Auftrag die Nachricht, daß die Angelegenheit nur durch den Deutschen Arbeiterbund, Landesverband Württemberg, geregelt werden kann. Dem Arbeiterbund ist Mitteilung zugegangen und ist abzuwarten, ob nun auch der Landesverband Württemberg bereit ist, auf der Grundlage des Normaltarifs Verträge abzuschließen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Arbeitslosenabrechnung. Das Material zur Aufnahme der Arbeitslosenabrechnung am 29. Mai wird in dieser Woche versandt. Zweigvereinsvorstände, die bis Sonnabend, den 22. Mai, nicht im Besitz des Abrechnungsmaterials sind, wollen dies gefälligst angeben an den Verbandsvorstand melden.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen: a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbenkunde.

Nebenbei sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszugeben ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 10. bis 15. Mai für folgende Mitglieder erteilt:

- Carl Schwarz-Hamburg, Verb.-Nr. 62916; Karl Schwarz-Münster, 92154; H. Grebesmühl-Schönbürg, 125152; Ferd. Wolfenbüttel-Berlin, 2896; Aug. Mann-Rittau, 382786; M. Schulz-Griener i. Schiefel, 224696; Osk. Bryde-Flensburg (Franz), 68384; R. Beck-Barnten (Franz), 52377; P. Seizolowski-Promberg (Franz), 457353; Friz Hoyer-Zürgerleeben (128201); Emil Mühl-Friedrich (Franz), 68076; Gust. Bürger-Berlin, 502801; C. Kachel-Berlin, 5277; Ceim. Burg-Görsen, 289783; R. Göber-Görsen (Franz), 289676; J. Reimner-Münster, 290089; Jos. Weber-Strasbourg (Franz), 857821; E. Raab-Friedrich (Franz), 67952; Andr. Weig-Mann, 198425; M. Schenke-

- Driesen (Franz), 104782; Joh. Buchholtz-Elbing, 395666; Aug. Gähler-Soran (Franz), 380454; G. Haag-Frankfurt a. M., 191703; Rud. Behr-Frankfurt a. M. (Franz), 305616; Aug. Grath-Berger a. N. (Franz), 53144; M. Schneider-Bielefeld (Franz), 142477; P. Schönwälder-Böhlmann, 224689; August Lange-Braunshweig (Franz), 12128; Chr. Schmeers-Bremen (Franz), 18680; Albert Herz-Brandenburg, 144211; Albert Fischer-Leipzig, 37014; Albert Speckhals-Garbelegen (Franz), 70883; Guh. Meyer-Dresden (Franz), 232257; Paul Mattheus-Essen, 289772.

Geldleistungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **J. Köber, Hamburg 1, Befensbinderhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 9. bis 15. Mai 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.**
Annaburg A. 72,70, Alfeld 80,44, Altenburg 600, Barth 50, Bergedorf 113,96, Bremerhaven 800, Burgfahl 150, Bitterfeld 600, Borsdorf 60, Brunsbüttelkoog 150, Grimmitzschau 200, Gundersdorf 316,84, Gochfeld 100, Dödelshof 77,95, Dessau 200, Döbeln 200, Eilenach 900, Eilenburg 200, Erfurt 400, Eilenrode 1,16, Flensburg 400, Frankenburg 100,25, Frankfurt a. M. 422,25, Gelsenkirchen 800, Guben 200, Gütrow 100, Grünberg i. S. 200, Grotz 9,50, Heilsberg 400, Hedderg 41,88, Hohenfals 49,01, Langenlusa 100, Lindenwalde 200, Lüneb. 7,22, Mähon 88,40, Marzahn 160, Marlow 40, Mienken 18,24, Mügeln 7, Reuthal i. Oberfischl. 5,04, Pössa 94,68, Pössa 32,82, Rawitzsch 57,38, Rühlfors 13,20, Schmöln 100, Seebauhen b. Bangl. 100, Sulingen 5,84, Sandau 200, Schwargenberg 87,83, Seebauhen i. d. Alt. 78,84, Schmieds 54,16, Swinemünde 188,91, Sulzgen 104,40, Sulzb. 8,64, Strasburg i. d. Ucker. 82,74, Sumbach 3,64, Sommerfeld 131,96, Trachenberg 32,66, Tudel 23, Kritian 10, Leipzig 22,80, Woldegt 60, Jäbern 2,08, Zittau 675,40, Zeitz 500.
- b) Für Futtern.**
Gundersdorf M. 5, Marzahn 1,50, Mienken 1.
- c) Für Protokolle.**
Lindenwalde M. 2.
- d) Für „Berufsvereine“ von B. Aufmann.**
Frankfurt a. M. 10, Mannheim 20, Swinemünde 10.
- e) „Die freien Gewerkschaften“ von Hirschfeld.**
Mannheim M. 18, Swinemünde 9.
- f) „Die christliche Arbeiterbewegung“ von H. Erdmann.**
Mannheim M. 15, Swinemünde 5.
- g) „Correspondenzblatt“.**
Frankfurt a. M. 14,50, Mannheim 14,50.
- h) Für Anzeigen im „Grundstein“.**
Berlin (Seefahr.) M. -90, Elbing -45, Lychen -30, Schwiebus -45, Zittau 2,75.

Marken-Versand. Vom 6. bis 15. Mai sind Marken versandt worden (B = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Kolportagemarken, L = Lokal-fondsmarken):

- Arnsdorf 100 B à 45 A, Appenrade 600 L à 10, Auma i. Th. 15 E à 50, 5 E à 150, 150 B à 40, 50 A à 25, 20 B à 50, Aue 40 E à 50, Anklam 15 B à 40, Walfahnen 400 B à 40, 1280 B à 50, Annaberg 100 A à 25, Arensdorf 50 B à 50, Blüdnitz 50 B à 60, Böhlingen 400 B à 45, Blützingen 10 E à 50, 800 B à 35, 200 L à 10.
- Briffow 100 B à 40 A, Bitterfeld 2000 B à 45, 500 A à 25, Bredstedt 50 K à 25, Bielefeld 400 B à 35, Breslau 100 E à 50, 100 E à 150, Bargtheide 50 B à 75, 50 K à 25, Belgern 100 B à 40, Bergen 10 E à 150, 10 E à 50, Borsdorf 200 B à 40, Borsdorf 200 B à 50, 10 E à 50, Bodnitz 100 B à 35, 10 E à 50, 6 E à 150, Burgdorf 400 B à 55.
- Coburg 100 B à 45 A, Chemnitz 400 B à 45, 400 B à 40, 400 A à 25, 1000 L à 10, Coblenz 20 E à 150, 1000 A à 25, Epenfeld 300 A à 25, Gassel 10 E à 150, 5 E à 800, 50 E à 50, Coburg 20 E à 50, 10 E à 150, Gamburg 300 B à 50, 20 E à 50, 10 E à 150, Grimmitzschau 3000 B à 45, 3000 A à 25, Großh. 10 E à 50, 100 A à 25, Danzig 4000 A à 25 A, 20000 K à 10, Dessau 20 E à 50, 10 E à 150, Dresden 200 E à 50, 100 E à 150, Dörfel 10 E à 50, 100 A à 25, Demmin 200 A à 25, Deutsch Eylau 800 A à 25, Dirfel 1000 L à 10, Delmenhorst 10 E à 50, Düsseldorf 50 E à 150, Donauerschlingen 50 E à 50, 400 B à 50, 200 B à 55, 50 A à 25.
- Eisleben 30 E à 50 A, 20 E à 150, Erner 100 A à 25, Eydshagen 100 A à 25, Eifer 100 B à 40.
- Freiburg i. Br. 80 E à 150 A, 2000 B à 55, 2000 A à 25, Friedberg 8 E à 50, 6 E à 150, 100 A à 25, Gallenstein 20 E à 150, 20 E à 50, 200 A à 25, Friedrichshafen 80 E à 50, 50 A à 25, 400 B à 50, Freyhau 4000 B à 40, 1000 A à 25, Friedland 5 E à 150, Freudenau 400 A à 25, 100 E à 40, 100 E à 35, 200 B à 55, 2 E à 150, Falkenstein 600 E à 35, 50 A à 25.
- Greifswald 400 A à 25 A, Güttele 25 E à 50, 200 A à 25, Göttingen 50 E à 50, 5 E à 150, 100 A à 25, Groß-Möden 400 B à 40, Gießen 400 B à 45, 300 A à 25, Glaucha 600 B à 40, 10 E à 50, 5 E à 150, Goslar 1200 B à 45, Gredemühlchen 400 L à 10, Gelsenkirchen 400 A à 25, Großhagerdorf 200 B à 40, 160 B à 50, Glindfeld 5 E à 150, Graudenz 2000 B à 50, 500 A à 25, 75 E à 50, 20 E à 150, Gassen 200 B à 35, 50 A à 25, Golben 30 E à 50, 10 E 150, Glat 200 B à 35, Großenhain 10 E à 150, 1600 B à 45.
- Gernigsdorf 4 E à 150 A, 200 K à 10, Gamm 50 E à 50, 300 B à 55, Gemündendorf 20 E à 150, 20 E à 50, 50 B à 65, Gohlfenstein 200 B à 35, Görlitz 2000 B à 80, 50 E à 50, Sammelhall 2 E à 150, Gohlfenstein 10 E à 50, Gosselste 20 E à 50, 200 B à 35, Gohlfals 200 B à 40, 200 A à 25, 20 E à 50.
- Jechnitz 500 B à 40 A, 300 B à 45, Ingolstadt 1200 B à 40, 800 K à 10, Jessee 200 B à 55, 200 A à 25, Jaspitz 5 E à 50, 5 E à 150.

- Kirchwarder 100 B à 70 A, 100 A à 25, Kropfenhüt 20 E à 50, Reglin 10 E à 50, 100 B à 45, 50 B à 80, 100 A à 25, Rorbach 50 L à 10, 800 B à 35, 20 E à 50, Romig 500 A à 25, Rühnsberg i. Br. 100 E à 50, 1200 A à 25, Saage 10 E à 50 A, Simbach 300 A à 25, Landsberg 500 B à 50, 1000 L à 10, Rindow 200 B à 40, Riegnitz 50 E à 50, 400 A à 25, 8200 B à 50, 800 B à 40, Rangen-bielau 1600 B à 40, 200 A à 25, Rühnberg 50 A à 25, 200 B à 45, 10 E à 50, Rühnberg 10 E à 50, Rühnschick 100 E à 50, 50 E à 150, 100 A à 30, Rumburg 50 E à 50, 25 A à 25, 200 B à 40, 400 B à 45, Rabe 100 A à 25, Rauda 15 E à 50, Rudenwalde 2000 B à 50, 400 A à 25, Rühed 10000 B à 70, Rügen 100 A à 25.
- Moortrup 10 E à 50 A, 100 A à 25, 100 B à 65, 200 B à 70, Welle 10 E à 50, Witzow 100 A à 25, 5 E à 50, 2 E à 150, 400 B à 40, Wittich 200 A à 25, Wartenberg 200 A à 25, 500 L à 15, Wittweiba 200 A à 25, Weiersberg 1 E à 300, Wemmening 400 B à 35, 100 K à 10, Wartenhüt 800 B à 45, Wüthen 2000 B à 75, 5000 A à 25, 30000 B à 65, 500 B à 30.
- Neustein 6 E à 70 A, 4 E à 150, Neustettin 100 B à 35, Neustadt i. H. 200 B à 45, 10 E à 50, 5 E à 150, Neungamme 400 B à 50, 100 A à 25, Neife 100 A à 25, Neustädt 400 B à 40, 8 E à 50, 100 A à 25, Nürnberg 2000 B à 45, 800 A à 25, Neuhaus 1 E à 25, Neustadt b. Xrenja 100 B à 35.
- Osch 100 B à 50 A, 100 A à 25, Osterwed 50 B à 50, 100 B à 35, Ostersee 50 A à 25, Ostjens 50 B à 75, Osnabrück 100 A à 25, Osterholz 400 B à 75, Obojsch 10 E à 300 A, 400 B à 50, Plauen i. B. 20 E à 300, Reine 100 B à 30, Röhlfchen 5 E à 150, Rordum 100 E à 25, Rerkeberg 600 K à 10, 1200 B à 45, Rortzheim 5000 B à 25, Passau 20 E à 50, 15 E à 150, Rals-walk 400 A à 35.
- Quadenbrück 100 A à 25 A, Rühna 20 E à 50 A, Riefa 10 E à 150, Regis 95 E à 50, 50 B à 25, 200 B à 40, Rathor 5 E à 150, 100 A à 25, Rodewisch 300 B à 35, 150 A à 25, Rathenow 10 E à 150, 5 E à 300, 800 B à 55, 400 B à 45, Rühnschick 800 B à 45, Neppen 200 B à 35, 100 A à 25, 4 E à 150, 800 B à 45, 10 E à 150, Rotenburg (Saunbor) Rotenburg 1200 B à 50, 10 E à 150, Rotenburg i. B. 10 E à 50 A à 25, 600 B à 45, 20 E à 50, Reidenbach i. B. 10 E à 150, 3000 B à 45, Rawitzsch 200 B à 35, Reindorf 400 B à 70, 20 E à 50, Raba 50 A à 25, Rafenburg 10 E à 150, 200 B à 40.
- Strasbourg i. Westpr. 10 E à 150 A, 200 B à 40, 20 E à 50, Stolp 15 E à 50, 5 E à 150, Straßburg 2000 B à 50, Salzweil 5 E à 150, 400 A à 25, Schwargenfel 2 E à 150, Sonnenberg i. Th. 1000 B à 45, 300 A à 25, Salzfussen 25 E à 50, Schwib 100 A à 25, Scharnau 10 E à 50, 5 E à 150, Sternberg 10 E à 50, 50 A à 25, Steinau 200 B à 35, 20 E à 50, 50 A à 25, 50 K à 10, Seebin 100 A à 25, Schöningen 800 B à 35, Straubing 200 A à 25, 200 L à 5, Schleswig 200 B à 55, 100 A à 25, Seydel 12 B à 50, Siegen 800 B à 45, 400 B à 40, Sonnenberg i. b. N. 200 B à 35, Sülze 5 E à 50, 300 B à 40, Schwana 200 A à 25, 200 L à 15, 800 B à 40, Sallgall 400 B à 40, Swinemünde 1000 B à 45, 400 B à 30, 500 K à 10, Sarfstedt 3 E à 150, Sebnitz 50 B à 40, Staßfurt 20 E à 50, 150 A à 25, Stöhring 100 A à 25, Stoupen 6 à 45, 1000 B à 40, Stadhagen 200 A à 25, Suttigart 800 A à 25, Sdmaltfaden 10 E à 50, 200 B à 45, 200 B à 40, 100 B à 35, Schläme 1000 B à 40, 20 E à 50, 10 E à 150.
- Thorn 5 E à 150 A, 3 E à 300, 500 A à 25, Tzudern 50 E à 50, Trachenberg 15 E à 150, 200 L à 10, 50 A à 25, Tzudern 1200 B à 50, Tzudern 800 B à 50, 10 E à 150, Tzudern 600 B à 40, Tangemünde 10 E à 50, 10 E à 150, Tempin 100 A à 25, 100 B à 30, 40 B à 40, Trabenmühl 50 L à 50, Tzudern 100 B à 35.
- Uckermark 3 E à 150 A, 200 A à 25, Uetersen 20 E à 50, Umma 800 B à 55.
- Waldau 5 E à 50 A, 100 A à 25, Wolfsdorf 50 B à 50, 100 B à 50.
- Wittenhausen 500 B à 40 A, 10 E à 150, 100 A à 25, Wabdenburg i. S. 10 E à 50, Werbau 3000 B à 45, 40 A à 50, 200 A à 25, Wiefensfeld 10 E à 150, Waffenburg 400 B à 35, 200 L à 10, Wreiden 100 A à 25, Wredel 600 B à 75, Wreider 50 E à 150, 500 L à 10, Wredel 400 B à 55, 100 L à 10, Wreider 600 B à 50, 2 E à 800, Wreiden 100 B à 65, Wreiden 20 E à 50, 200 A à 25, 200 B à 35, 800 B à 40, Wroßhagen 400 A à 25, Wreiderburg 40 B à 30.
- Zedden 100 B à 35 A, Zwidau 200 B à 40, 400 B à 50, 50 E à 50, 25 E à 150, Zabern 100 B à 45, Zersb. 10 E à 50.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen **Karl Burg-Bielefeld** (Verb.-Nr. 8614), **M. Ruccew-Berbau** (483452), **Andr. Barlo-Bromowitz** (496080), **Heim. Daniel-Rattowit** (443980), **Aug. Gahn-Mittweida** (442871), **F. Löffelut-Lüdenscheid** (422852), **S. Cristl-Bera** (417138), **Ed. Ronger-Neife** (378515), **Joh. Janegfo-Doppeln** (365291), **Frdr. Heider-Schwabach** (804834), **M. Walter-Sommerfeld** (276798), **Kurt Kraft-Neuig** (216339), **Joh. Wogricke-Wschaffenburg** (218968), **Ed. Walter-Welzen** (202011), **Frdr. Genel-Pöswall** (98403), **B. Schöpfung-Esslin** (143038), **S. Wittmann-Freiburg i. S.** (166382), **Frd. Wiegand-Waldau** (160225), **Joh. Roter-Schwib** (179658), **Otto Rastor-Göln** (146476), **Peter Schön-Thorn** (280842), **R. Gortelmann-Bremen** (14558), **G. Seefeld-Berlin** (502982), **Walter Conrad-Berlin** (446512), **Heim. Erlinhaus-Werda** (410), **M. Schreiber-Breslau** (01803), **J. Rattner-Darmstadt** (367649), **Joh. Misst-Augsburg** (323698), **Heim. Deudler-Wodum** (224011), **G. Wrisch-Strasbourg i. E.** (176202), **Rudw. Reichert-Frankfurt a. M.** (306299), **Rob. Steiger-Stuttgart** (348958), **Frd. Strauß-Münster** i. Br. (31188), **R. Meyn-Leipzig** (36389), **Willy Gemlich-Chemnitz** (33165), **Emil Schön-hamburg** (38971), **Alw. Rudolf-Zittau** (382856).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 87 a des Statuts vom Zweigverein **Arnsdorf**: **Hermann Hoffmann** (Verbands-Nr. 422956).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen nicht fränkiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Gefunden ist das Mitgliedsbuch des am 10. April 1887 zu Kronheide geborenen Kollegen Carl Krüger. Dasselbe kann bei uns abgefordert werden.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Cassel: Georg Otto, geboren am 15. Mai 1888 zu Niedermeyer (Kreis Soligsdamm), eingetragen am 6. Nov. 1907 zu Cassel (Kreis Nr. 461 677); Deyhhausen: Otto Schenk, geboren zu Galberstadt (1870 154); Düsseldorf: Louis Henne, geboren am 2. November 1889 zu Hannover'schen Münden (1887 084). Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen. Der Verbandsvorstand.

Carl Schwarz.

Unser Verband wird alt. Man merkt es sehr, wo der Tod bei denen anklopft, die den Verband mit schufen. Vor drei Monaten senkten wir Johann Stanning in die Erde, nun, am 14. Mai, gingen wir denselben Weg, um einen Kollegen zur ewigen Ruhe zu bestatten, der zwar um zehn Jahre jünger als Johann Stanning war, der aber doch zu jenen Kollegen gehörte, die in den achtziger Jahren ihr tüchtig Stück Pionierarbeit verrichteten und dann bei dem, eine ganze Epoche der Gewerkschaftsbewegung abschließenden Werke der Verbandsgründung mitwirkten. Seine Kollegen sind noch immer zahlreich in unserem Verbands, aber sie werden allmählich weniger. Carl Schwarz gehörte dazu. Er ist verhältnismäßig jung gestorben, im Alter von 47 Jahren. Am 28. April 1862 wurde er zu Goldberg in Mecklenburg geboren und erlernte dort das Maurerhandwerk. Der bei den Söhnen des deutschen Nordens besonders ausgeprägte Wandertrieb führte ihn im Jahre 1886 nach Hamburg, schon damals der Brennpunkt des gewerkschaftlichen Lebens der Leute vom Bau und das Meißel der latenten Jugend. Hier schloß sich Carl Schwarz sofort, am 8. Juli desselben Jahres, dem Fachverein der Maurer und ebenso der sozialdemokratischen Partei an. In beiden Organisationen hat er sich durch Eifer und Pflichttreue hervorgetan. Nach der Verbandsgründung war Carl Schwarz, ein überzeugter Anhänger der Zentralisationsbestrebungen, in demselben Sinne in der Hamburger Verbandsratsstelle tätig und bald wählten ihn die Kollegen zum zweiten Bevollmächtigten. Diese Jahre gehörten zu jenen schweren Zeiten, die der jungen Organisation die Feuerprobe auferlegten. Besonders in Hamburg, dessen Erwerbsleben durch die Choleraepidemie und deren Folgen schwer gelitten hatte, sah es mit dem Verbands trübe aus, und es ist ein Zeichen großer Ueberzeugungstreue für die Kollegen, die damals allen Anfechtungen gegenüber fest blieben. Zu ihnen gehörte auch unser Carl Schwarz.

Bald trat Carl Schwarz auch in den Hauptvorstand des Verbandes ein. Der Verbandsrat im Jahre 1894 wählte ihn zum Revisor der Hauptkasse und der Verbandsrat von 1897 zum Beisitzer im Verbandsvorstande. Hier war ihm bald die Aufgabe zugefallen, die Agitation in den Gefilden des ostdeutschen Junterparadieses zu betreiben, und seine Erfolge waren derart, daß man, als im Jahre 1902 die Waue eingedrückt wurden, keinen bessern Agitator für den Gau Osten, heute Gau Danzig, finden konnte, als gerade ihn. Oft hat er scherzhaft von seinem Amte als von einer „Verbannung“ gesprochen, aber er hatte sich in dieser „Verbannung“ doch schnell zurechtgefunden. Die Ausbreitung der Organisation in Ost- und Westpreußen war eine Aufgabe, die einen ganz en Mann erforderte, und wir dürfen es ausprechen: Carl Schwarz war ihr gewachsen. Der Kampf mit junkerlicher Unterdrückung und Vergewaltigung und mit jenem finsternen Fanatismus, der sich in den Mantel der Religion hüllte, war gerade im Osten schwer, aber er war nicht so schwer, als daß er Carl Schwarz die Schaffenslust hätte nehmen können. Viele, die Gelegenheit hatten, seine Tätigkeit zu verfolgen, haben sich oft darüber gewundert und ihm freudige Anerkennung gesollt. Was heute im Osten vorhanden ist, das ist unter seiner regen Mithilfe entstanden, aber er hatte doch den Grund dazu gelegt. Und wenn unsere Brauburger Kollegen in dem Bericht über ihre jetzt abgeschlossene Bewegung in der heutigen Nummer bei dem Namen Carl Schwarz zu unablässiger Arbeit für die Organisation aufgerufen, so tun sie es, weil sie mit diesem Namen den Begriff der treuesten Pflichterfüllung verbinden.

Mitten aus dieser Tätigkeit rissen ihn die unerkennbaren Anzeichen eines weitvorgeschrittenen Lungenscheidens. Am Einverständnis mit dem Verbandsvorstande trat er im Frühjahr 1908 von seinem Amte zurück. Er suchte in verschiedenen Heilanstalten Genesung, jedoch vergeblich. Wohl schien es manchmal so, als ob es besser mit ihm geworden sei, und dann arbeitete er wieder auf dem Bureau des Hauptvorstandes, doch, wie immer bei dieser Krankheit, lehrten die Symptome des unaufhaltbaren Verfalls bald zurück und zwangen ihn wieder aufs Lager. So ist er dann am 11. Mai dahingegangen. Er hat gestrebt und gekämpft in Taten und in Ehren. Ihre seinem Andenken!

Berichte.

Machen. Bei den Tarifverhandlungen im vorigen Jahre schien es einige Male, als ob die Verhandlungen an dem Wort „tüchtig“ scheitern sollten. Unse Vertreter, durch die Erfahrung geübt, wußten, was die Unternehmer mit dem harmlos scheinenden Begriff wollten. Und richtig heißt es in dem vom Vorstand herausgegebenen Buche: „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“, das Wort „tüchtig“ würde als Handhabe zur Einführung von Klassenlöhnen und zu unabsehbaren Lohnrückstellungen benutzt worden sein. Als ein Beweis der Richtigkeit des obigen Satzes können die Lohnverhältnisse in Machen gelten. Im Jahre 1907 schloß bekanntlich der „christliche“ Verband mit den Unternehmern einen „Tarif“ ab, worin es heißt, daß der Lohn der individuellen Leistungsfähigkeit für einen tüchtigen Maurer bis 1908 48 bis 47 $\frac{1}{2}$, im Jahre 1909 45 bis 49 $\frac{1}{2}$ und bis zum 31. März 1910 47 bis 51 $\frac{1}{2}$ betragen soll. Wer bestimmt nun den Lohn? Einfach der Unternehmer, ohne Rücksicht darauf, ob der Maurer früher schon mehr Lohn erhalten hat oder nicht. Bekanntlich gibt es Arbeiter, denen es, sobald sie auf einer neuen Stelle anfangen, so geht, wie den Schachspielern, wenn sie an einer fremden Bühne zum erstenmal auftreten müssen: sie kriegen das Kampenfever. Und steht der Unternehmer oder der Polier noch dabei, dann dauert es immer einige Tage, ehe der Maurer das Venglichtheitsgefühl abgestreift hat und man seine Leistung richtig schätzen kann. Für den Unternehmer ist aber von vornherein das Urteil gesprochen: „weniger leistungsfähig!“ Es kommt es, daß es in ganz Machen heute kein tüchtigen Maurer gibt, die den Lohn von 51 $\frac{1}{2}$ erhalten. Aber noch einen weiteren, die Arbeiterklasse schwer schädigenden Grund haben derartige Abmachungen. Durch die Zahlung der Klassenlöhne wird die Solidarität unter den Arbeitern schwer beeinträchtigt. An allen Bauten ist man heute über die Lohnzahlungsweise der Unternehmer erbittert, und die „christliche“ Organisation kriegt heute vor ihrem eigenen Mädel Angst. Es ist festgestellt, daß Kollegen, die im vorigen Jahre, ja selbst schon im Jahre 1907, 47 und 48 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn erhielten, heute bei einem andern Krainer wieder mit 47 $\frac{1}{2}$ abgepreßt werden. Zu irgend einer Aktion gegen diese niederrücklichen Zustände können aber die „Christen“ nicht kommen, weil der um 1, 2 oder 3 $\frac{1}{2}$ höher entlohnte Kollege nicht leicht zu veranlassen ist, für seine Mitarbeiter einzutreten. Weil nun unter der wachsenden Bauarbeiterklasse die Erbitterung gegen den famosen „Tarif“ mehr und mehr wächst, verjucht die Leitung des „christlichen“ Verbandes in echt jesuitischer Manier, die Verantwortung dafür von sich abzuwälzen und behauptet heute dreist und lähn, daß die Maurer selbst es gewesen seien, die eine Klassifizierung der Löhne verlangt hätten. Da ist es doch gut, noch einmal an einiges aus dem Jahre 1907 zu rufen und kommen der wachsenden Kollegen-schaft zu erinnern. Nachdem einige Wochen gestreift worden war, boten die Unternehmer eine Erhöhung des Lohnes um 2 bis 3 $\frac{1}{2}$ an, aber nur in Klassen. Die Kollegen lehnten dies Anerbieten einmütig ab, und die „christliche“ Leitung schrieb damals im „Vollstreub“, man lenne die Unternehmer (obgleich diese ja auch gut christlich sind), so gut, um auf deren Versprechen, dem wirklich leistungsfähigen Maurer den Höchsten Lohn zu zahlen, etwas zu geben. Und daß die Führer sich ihres verräterischen Treibens bewußt waren, charakterisiert ihre Handlungsweise beim Vertragschlusse. Am 15. August 1907 sollte morgens eine gemeinsame Sitzung beider Lohnkommissionen stattfinden. Als unsere Kollegen hinlamen, waren die Herren zum Rathaus zur Unterhandlung. Man an Log u n s o r, der Direktor des städtischen städtischen Amtes hatte erst morgens 10 Uhr telefonisch zu der Sitzung eingeladen, und deshalb sei keine Zeit gewesen, uns zu benachrichtigen. Der genannte Direktor sagte uns aber am andern Tage, daß die Einladung brieflich und mehrere Tage zuvor ergangen sei, was ja auch die Anwesenheit Wiebebergs und Langes bestätigte. Lange hatte noch die Kühnheit (um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen), zu behaupten, man hätte uns sonjense nicht gern auf dem Rathaus gesehen, wegen unserer politischen Ansicht. Aber auch dies bestritt der Direktor des städtischen Amtes, wie wir bei ihm vorbrachten. Warum denn nun der Verrat an den bisherigen Kampfgesossen? Weil Widler, Lange und Wiebeberg wußten, daß wir uns nie und nimmer dazu hergegeben hätten, die wachsende Bauarbeiterklasse um die Früchte des sieghaftigen Kampfes zu betrügen. Man wollte eben hülich unter sich sein, und den Arbeitern erzählte man nachher, daß die Unternehmer die Höchsten der Lohnklasse eigentlich als Mindestlohn betrachten. Was wir beim Abschluß des Kampfes sagten, ist eingetroffen: Der Vertrag ist ein Nachwerk, geschaffen im Interesse der Unternehmer, und kein Lohn ist es heute weg, daß die Widler, Lange usw. dieses Nachwerk den Arbeitern zu deren Schaden aufzotterten. Der Bauarbeiterklasse aber geben wir den guten Rat, sich vorzusehen, daß sie in Zukunft nicht wieder betrogen wird; denn gegen zentriert-jesuitischen Volksbetrug gibt es nur ein Mittel: die freie Gewerkschaftsbewegung, und auf politischem Gebiet die Sozialdemokratie.

Witterfeld. In unserer Versammlung am 4. Mai (Bericht ist eingegangen am 15. Mai) wurde der Kollege Hermann wieder als Mitglied aufgenommen, nachdem er sich bereit erklärt hatte, eine früher getane Ablehnung des Kollegen Schröder zurückzunehmen. Die Abrechnung vom ersten Quartal ergab einen Bestand der Lokalkasse von M. 880,70. Da die Richtigkeit der Abrechnung von den Revisoren bestätigt wurde, wurde der Kassierer entlastet. Auf Antrag des Kollegen Schröder soll am 27. Juni ein Sommerbergnigen stattfinden. Dann wurden Klagen vorgebracht über einige Mitglieder in Niemeß, Ramin, Tschheim, Kemmerich und Boud, die sehr lässig mit der Beitragszahlung sein sollen. Es soll dort nächstens eine Wächterkontrolle vorgenommen werden. Die Versammlung war sehr schwach besucht, so daß der Vorsitzende Veranlassung nahm, den Kollegen herzlich ins Gewissen zu reden.

Clebe (Niederbergen). In Weiburg bei Clebe herrscht seit dem Sommer 1908 eine rege Bautätigkeit. Dort wird eine Provinzialheil- und Pflegeanstalt errichtet. Die Arbeiten, die mehrere Jahre in Anspruch nehmen, werden von der Firma Biegler aus Wesel ausgeführt. Die Zahl der dort beschäftigten Maurer und Bauarbeiter beträgt 800 bis

400, die meistens in der von der Firma Biegler hergerichteten Baracke wohnen. Neben Staffenern, Desterreichern und Holländern bilden lippische Maurer das Gros der dort Beschäftigten. Ein Blick in die Baracken genügt, um zu erkennen, in welcher unwürdigen Weise dort die Arbeiter ihr Dasein fristen. Es ist keine Seltenheit, daß in einem Raum von 50 bis 60 cbm Luftinhalt 25 bis 30 Arbeiter eingepfercht sind, die nach tagelanger, harter Arbeit Ruhe suchend sich in einem solchen Raum zum Schlafen niederlegen. Daubuden, worin die einzelnen Maßzeiten gehalten werden könnten, glaubt die Firma nicht errichten zu brauchen. Alle übrigen Arbeiter, die in Privatlokalen wohnen, sind daher gezwungen, ihre Maßzeiten auf freiem Felde oder im nahen Walde einzunehmen. Aborte sind auf den meisten Arbeitsplätzen nicht in genügender Zahl vorhanden, so daß auch hier der nahe Wald oder sonst „Mutter Grün“ den „Abort“ darstellt. Und solche Zustände bestehen auf einer Baustelle, die unter staatl. Aufsicht steht! Hier, am gotterfassenen Niederbergen, glaubt man der Arbeiterklasse noch solche unwürdigen Behandlung bieten zu können. Unse dort beschäftigten Kollegen fordern wir auf, daß sie gemeinsam versuchen, diesen elenden Zuständen ein Ende zu bereiten. Nicht genug, daß man sie frechtet und ausbeutet und schlimmer als das Vieh behandelt, auch das Recht, der Organisation zuzugehören, soll ihnen genommen werden. Nachdem die Verwaltung sowie die Beauftragten der Firma es fertig gebracht haben, unsern Kollegen, der des Sonntags den „Grundstein“ dorthin trug, das Betreten der Baracken zu verbieten, ja, die Firma sogar so weit ging, den Kollegen zu maßregeln und zu entlassen, muß es Aufgabe der dortigen sein, mit Energie die Arbeit für die Organisation aufzunehmen, um zu verhindern, diese Scharte wieder auszuweichen. Laßt Euch nicht wie Gefangene behandeln, sondern fordert, daß jeder Freund und Kollege, der Euch in Eurer freien Zeit, besonders des Sonntags, auffuchen will, zu Euch kommen kann die Vorwissenisse der letzten Tage sollten Veranlassung sein, auch die letzten Unorganisierten dem Verbands zuzuführen, um dann gegebenenfalls durch Selbsthilfe dem unerhörten Vorgehen dieser Herren einen Dämpfer aufzusetzen. Alle Anfragen und weiteren Mitteilungen von dort ersuchen wir an unser Verbandsbureau, Duisburg-Beck, Feldstr. 10, gelangen zu lassen.

Dresden-Rößchenbroda. Für den hiesigen Bezirk fanden am 9. und 14. Mai zwei Versammlungen statt, in denen Kollege Falkenberg über: „Die Lohnbewegungen im Gau Dresden“ referierte. Die bessere Bautätigkeit hat in der ganzen Kollegen-schaft neues Leben geweckt; die vielen Lohnbewegungen, über die wir im „Grundstein“ fortlaufend berichtet haben, sind ein Beweis dafür. Im Verlaufe der Versammlung am 14. Mai kam zur Sprache, daß die Kollegen Großmann, Haase, Klingner, Haupt und Walter die Unforbarkeit forderten. Die also beschuldigten Kollegen machten geltend, daß nicht sie, sondern der Polier die Arbeit in Unfor übernommen hätte, sie hätten dann einen etwas höheren als den Vertragslohn erhalten. Die Versammlung sah hierin zwar nicht ausgesprochene Unforbarkeit, ließ jedoch keinen Zweifel darüber, daß sie solche Arbeitsweise nicht billigen kann. Die Kollegen versprachen, in Zukunft die gefassten Beschlüsse zu achten, sie kamen dann diesmal mit einer Misse davon. Auf Wunsch der Kollegen wurde eine Kommission zur Vorbereitung eines Vergnügens eingekleht.

Elsteben. (Folgen der Interesselosigkeit.) Unse Mitgliederversammlung am 4. Mai war von 91 Kollegen besucht. Zuerst gab der Kollege Lüders das Resultat der Arbeitslosenabfrage bekannt. Von 151 Mitgliedern wurden 124 befragt und von diesen waren drei arbeitslos. Der Bericht vom Gewerkschaftsrat bot keinen Anlaß zur Diskussion. Um so mehr aber die dann folgende Beratung der Lohnbewegung. Die Unternehmer haben am 7. Januar den Vertrag kündigen lassen, mit dem Bemerkten, daß sie den Lohn nicht mehr zahlen könnten. Das Vertragsverhältnis endete am 8. Mai. (Die Unternehmer haben inzwischen die Kündigung zurückgezogen.) Die Maßnahmen, die der Vorstand vorschlug, fanden viel Widerspruch, wurden aber, nachdem ein Antrag auf sofortiges Vorschlagen zurückgezogen worden war, gutgeheißen. Bei dem dann folgenden Vortrag des Genossen Graf aus Sangerhausen über die Wirtschaftslage erklärten einige Versammlungsbesucher, so etwas habe für sie keinen Zweck, sie wollten vom Beruf leben; darauf verließen die 44 das Lokal. So erfreulich das Wachstum unreser Zweigvereins ist, er hat in der letzten Zeit um 42 Mitglieder zugenommen, so traurig ist die Verfassung der großen Masse. Allem, was über die Massenpitze hinausgeht, stehen sie verständnislos gegenüber. Wir haben hier ein Schulbeispiel dafür, wie es oft in der Arbeiterbewegung zugeht: jahrelang bestimmen sich diese Leute um nichts, lassen sich die paar Pfennige Beitrag abholen und leben ohne Interesse darin. Natürlich lesen sie auch ihr Blatt nicht und haben darum von nichts Ahnung, was über das Alltägliche hinausgeht. In die Versammlung kommen sie nur, wenn es um Lohnfragen geht und dann spielen sie gewöhnlich die Rolle des Stieres im Korngellanaden. Was die Kollegen, die sich tagtäglich das Wohl der Gesamtheit angelegen sein lassen, aus guter Einsicht der Dinge vorzuschlagen, das bekämpfen sie. Diesmal konnte die Situation noch gerettet werden, aber schlimm bleibt es doch, unter solchen Umständen zu arbeiten.

Elbing. Am 28. April (Bericht eingegangen am 12. Mai) fand hier eine recht mäßig besuchte Versammlung statt, in der Kollege Gehl einen Vortrag über den 31. März 1910 hielt. Er hob unter anderem hervor, daß es nicht aus-geschlossen erscheint, daß die Unternehmer des Ostens für das nächste Frühjahr einen Kampf mit uns wagen wollen. Alle Angelegenheiten, die man aus ihren Zusammenkünften er-halte, ließen dies für möglich erscheinen. Die einzige Lehre, die unsere Kollegen im Osten und auch besonders im Elbing daraus ziehen müßten, sei die, die Organisation zu einem festen Bollwerk auszubauen, das jedem Sturm trohen könne. Es wurde dann noch des löblich verunglückten Kollegen Schwenzeger in ehrenvoller Weise gedacht. Besonders wurde das Baubelegererwesen hervorgehoben. Die Kollegen sollen auf allen Bauten Delegierte wählen, um so stets in allen Sachen miteinander Fühlung zu haben. Die Delegierten müssen alle Freitag nach dem Verbandslokal zur Besprechung kommen.

Juda. Das Vertragsverhältnis, das zwischen der christlichen Organisation und den vereinigten Unternehmern Judas seit 1904 bestand, erreichte am 31. März 1908 sein Ende. Da aber von keiner Seite eine Kündigung oder ein Antrag auf Erneuerung oder Abänderung kam, so lief der bisherige Vertrag stillschweigend ein Jahr weiter. In diesem Frühjahr wurde der Vertrag von der christlichen Bezirksleitung zu Frankfurt geändert. Der angelegte und auch wahrscheinlich Grund zu diesem Vorgehen soll die hier herrschende Interesslosigkeit an der Organisation sein. Leider ist diese traurige Erscheinung Tatsache. Die Gründe wurzeln in verschiedenen Ursachen: Zerfahrenheit, Mißtrauen, und Minderwertigkeit der ökonomischen Verhältnisse; doch der größte Gemütskur ist das Gängelband der falschen Arbeiterfreunde, in das sich der große Teil des wertigen Volkes hier verstrickt hat. — Die Baukonjunktur ist fast allgemein gerade nicht gut. Gegenwärtig sind 16 Neubauten, einige Abbrüche und Reparaturen im Bau. Die Zahl der ermittelten Maurer beträgt rund 120, der Lohn schwankt zwischen 30 und 39 S. Nach einigen Angaben scheint sich die Bauzeit wieder etwas zu heben. Die meisten Unternehmer haben sich fürzlich unter dem Vorwand des Unternehmens Ernst Krämmer dem mitteldeutschen Arbeiterverband für das Baugewerbe zu Frankfurt a. M. angeschlossen. Die hiesigen, fast durchweg ultramontanen Unternehmer scheinen keine Chance um ihr Seelenheil zu haben, wenn sie Schulter an Schulter mit den frankfurter Freidenkern zum Schutze des Mammons stehen. Wenn die Bauarbeiterschaft die richtigen Konsequenzen aus diesem Vorkommnisse zieht, dann bedeutet dieser Schritt für die Zukunft keinen Fehler. Diese Gestaltung der Dinge mögen die Kollegen in Erwägung ziehen, denn dürfte es bald einsehen, daß der bisherige Zustand so bald wie möglich geändert werden muß. Wenn sie den Gang der bisherigen Gewerkschaftsentwicklung vorurteillos betrachten, dann dürfte ihnen die Entscheidung nicht schwer fallen, welcher Organisationsform und Gewerkschaftsrichtung sie die Vertretung ihrer beruflichen Interessen anvertrauen sollen.

Salle a. d. S. Die am 5. Mai tagende Mitgliederversammlung besaß sich mit der beantragten Wiederaufnahme der Kollegen Wehl und Franz Denandt. Ersterer wurde wegen seines Verhaltens vor Gericht und bei der Sperre über Prinzlers Fabrik nicht aufgenommen. Die Aufnahme von Denandt wurde unter Zahlung der durch Beschluß festgesetzten Buße beschlossen. Sodann verlas der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug M 4393,85. Die Lokalasse hatte eine Einnahme von M 3281,67 und eine Ausgabe von M 2057,14, so daß ein Kassensaldo von M 1224,53 vorhanden ist. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt hatten, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Der Kollege Deege besprach dann die Lohnbewegungen von Landsberg, Pletleben, Dölau, Lettin, Bradsch, Friedrichsmeyer, Westau und Pfersden, welche zur Zufriedenheit der Kollegen erledigt sind. Nur die Kollegen in Weiden stehen zurzeit im Streit. Da die Unternehmer nicht das geringste Entgegenkommen zeigten, muß der Kampf geführt werden. Die Freitagslohnzahlung wurde einer eingehenden Erörterung unterzogen, zugleich wurden die Namen derjenigen Unternehmer verlesen, die sich nicht daran gewöhnen können, Freitags zu entlohnen. Die Verhandlung soll mit dem Vorstand der Bauhilfsarbeiter die nötigen Schritte einleiten. In nächster Zeit soll eine Statistik darüber erhoben werden, wer von den Mitgliedern der politischen Organisation angehört und das Parteibüro hält.

Ferne-Medlinghausen. Sie lügen wie die Teufel, und schwindeln aus Prinzip. Dieser Ausdruck des Dr. Sigl fällt einem unwillkürlich ein, wenn man in der Nr. 20 der christlichen „Baugewerkschaft“ die Notiz unter Medlinghausen zu Gesicht bekommt. — Wir hatten bekanntlich in Nr. 19 des „Grundstein“ auf den Tarifbruch einiger Unternehmer in bezug auf die Arbeitszeit hingewiesen und dabei auch das Verhalten der Christlichen gekennzeichnet. Diese getreue Kennzeichnung ist nun einem der Oberchristen recht unangenehm, so daß er versucht, in acht München-Gladbacher Act die Tatsachen zu verdrängen, indem er die Tarifvergehen seiner Kollegen den Mitgliedern unserer Organisation anhängen möchte. Der christliche Verdrängungskünstler nennt eine Reihe Firmen, bei denen angeblich unsere Kollegen länger arbeiten. Es soll dies bei den Unternehmern Bahmann aus Oberhausen und Weidmann aus Wösum in Datteln, Walter aus Köllinghausen, Willmann & Verbold und Wöhrberg aus Medlinghausen in Güls sein. Wer diese Unternehmer jedoch kennt, weiß, daß sie zu jenen gehören, die die Mitglieder des Zentralverbandes nur ungern nehmen, und vorwiegend christliche beschäftigen. In der „Baugewerkschaft“ wird nun zugegeben, daß die Christlichen bei einigen Unternehmern elf bis zwölf Stunden arbeiten. Diese Unternehmer sind die Odenangenen. Denn außer diesen läßt nur noch der Unternehmer Th. Köpfer in Datteln länger arbeiten, und zwar zehneinhalb Stunden. Auch bei Köpfer sind nur Christliche beschäftigt. Damit ist bewiesen, daß das, was wir darüber schreiben, zutrifft. Aber selbst dann, wenn auch unsere Kollegen länger arbeiten, würde die Schuld der Christlichen nicht geringer werden. Denn da sie bei diesen Firmen fast allein herrschen, liegt ihnen die Pflicht ob, geordnete Zustände zu schaffen und die dazu notwendigen Schritte zu unternehmen. Das ist bisher nicht geschehen. Wir konstatieren hier, daß sich die Schlichtungskommission Medlinghausen, in deren Gebiet diese Verhältnisse bestehen, nur einmal mit den genannten Zuständen beschäftigt hat, und dies einmal auf unsere Veranlassung. Weiter soll hier noch festgesetzt werden, daß sich unter Kollege Schade anfangs April an den christlichen Bezirksleiter Rogge wandte, mit dem Ersuchen, doch gemeinschaftlich gegen die Mißstände vorzugehen und zu diesem Zwecke gemeinschaftliche Bauvereinigungen abzuschließen. Dieser Vorschlag wurde von Rogge abgelehnt. Damit ist klar erwiesen, daß man von jener Seite die Vereitigung des Mißstandes nicht wollte. Die Gründe dafür sind wohl darin zu suchen, daß den Christlichen ein großer Teil Mitglieder verloren ginge, und in dem Haß gegen uns

im Tone der gekränkten Unschuld behauptet dann der Arbeitsfreier auch, bereits alle Hebel in Bewegung gesetzt zu haben, um die Lebensundenarbeit zu beseitigen. Wir haben ja oben bereits gezeigt, daß die einzige Maßnahme vor uns ausging. Wir möchten aber noch darauf hinweisen, daß der christliche Fr. Rogge, Obmann der Arbeitnehmer in jenem Schlichtungsgericht ist, und daß ihm daher die Pflicht obliegt, an erster Stelle über die Innehaltung des Vertrages zu wachen. An unsern guten Willen, ihm dabei zu helfen, hat es nicht gefehlt. Er hat es jedoch zurückgewiesen. Daher trifft ihn auch die Schuld an den traurigen Zuständen. Ueber diese Tatsachen hilft alles Geschimpfe nicht hinweg. Was nun die uns angebotene Diebesmoral anbelangt, so ist sie wohl auf jener Seite zu suchen. Daß die moralischen Eigenschaften dazu dort vorhanden sind, hat der Artikel in der „Baugewerkschaft“ gezeigt.

Königsberg i. Pr. Am 12. Mai hielt der hiesige Zweigverein eine gut besuchte Mitgliederversammlung im „Felsenkrug“ ab. Nach einem Vortrage des Genossen Krüger über: „Freie und christliche Gewerkschaften“ erläuterte Kollege Kriese einige Punkte des Vertrags und berichtete über die Sperren bei Sofau und Niemann, die beide zugunsten des Verbandes ausgefallen sind. Weiter teilte Redner mit, daß bis jetzt 200 Lebertritte zu verzeichnen sind, und daß allein am vorigen Sonntag im Zweigvereinsgebiet durch Lebertritte und Neuaufnahmen circa 100 Mitglieder gewonnen sind. Diese Mitteilung wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern betont, daß viele Kollegen, die auf den christlichen Verband nicht gut zu sprechen sind, dort noch immer Beiträge zahlen, weil sie von bestimmter Seite fortgesetzt in Angst gehalten werden. Man geht damit noch immer hausieren, daß, wenn die Kollegen sich nach ihrer Überzeugung organisieren, die Auspersung wieder eintreten werde, mindestens aber zum nächsten Frühjahr es wieder anders kommen könne. Diese ungläubige Agitationsweise wurde von allen Rednern scharf gebannt und darauf verwiesen, daß der augenblickliche Zustand sowohl von Unternehmern als von Arbeitern lange herbeigewünscht sei, daß es weiter einen Vertragsabschluss ohne Zentralverband der Maurer (als die maßgebende Organisation der Maurer) wohl nicht mehr geben werde. Daß den Christlichen dieser Zustand nicht gefällt — sie betrachten es als einen Idealzustand, daß die Unternehmer ihnen die Beiträge einzuliefern — könne man ihnen nachsichtigen. Es wurde dann weiter zur Sprache gebracht, daß die Christen damit hausieren gehen ein Betrügerhandwerk, namens Diebel, hätte ihnen Christlichen gelegentlich einer Debatte über die Organisationsform geschlagen und dieser Fall solle als Beweis für den angeblichen Zerkarismus dienen. Kollege Kriese stellte fest, daß dieser Fall vier Wochen zurückliege, Diebel damals aber noch Mitglied im christlichen Verbande war, so daß es sich um eine Schlägerei zwischen zwei Christlichen handle. Als Diebel vor 14 Tagen übergetreten sei, habe man ihm gleich gesagt, so etwas dürfe im Zentralverband nicht vorkommen, mit solchen Mitteln zu arbeiten, sei verwerflich und die Mitglieder des Verbandes seien so diszipliniert, daß sie sich zu solchen Handlungen nicht hinziehen lassen. Kollege Wiktum ging dann an der Hand des Protokolls (im „Grundstein“) auf die Ausführungen des Genossen Stoll auf dem Verbandstage der Zimmerer ein. Stoll habe — aus welchen Motiven heraus, wollen wir nicht untersuchen — dort behauptet, die Maurer verlangen von den Zimmerern überall, daß sie für die Maurer Vorteile herauszuholen sollen (allgemeines Gelächter). Es seien diese Ausführungen nicht dazu angetan, den Gedanken der Solidarität zu fördern. Alle Redner protestierten auf das entschiedenste gegen diese Ausführungen Stolls. Es wurde dann noch auf den Streik der Bäder und Arbeiter in der Ostpreussischen Fabrik und auf die Liste der organisierten Schuhmacher hingewiesen. Sodann wurde die gut verkaufte Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Börsenbez. i. Schl. Die Kollege beschlossen am 15. Mai, daß in Zukunft keine Fugarbeiten in Afford übernommen und ausgeführt werden dürfen. Da oft von fremden Fugern anders behandelt worden ist, so machen wir diesen Beschluß hiermit öffentlich bekannt, und raten zugleich den fremden Kollegen, überhaupt nicht als Fugern nach Börsenbez. zu kommen, da sie damit nur unsere Organisation schädigen.

Altenfeld. Am 9. Mai referierte der Vorsitzende des Zweigvereins, Kollege Weigel, in den Zahlstellen Altena und Werbold über das Thema: „Ist das Jahresertrömmen der Bauarbeiter in Betracht unserer Steuerpolitik ausreichend?“ Seine Rede mit historischen Beispielen durchgeführten Ausführungen gipfelte in dem Nachweise, daß der Bauarbeiter im hiesigen Bezirk noch viel zu schlecht bezahlt wird, um ein auch nur annähernd menschenwürdiges Leben zu führen und daß nur die gewerkschaftliche Organisation helfen könne, um es zu bessern. Der Vortrag wurde in beiden Versammlungen beifällig aufgenommen. Es sei noch bemerkt, daß der Versammlungsbesuch trotz des herrlichen Wetters sehr gut war, besonders in Werbold. Die Zuhörerlicher Kollegen könnten sich an dem regen Versammlungsbesuch der Kollegen in den Zahlstellen ein Beispiel nehmen; nötig wäre es wahrhaftig.

Neuhaldensleben. Am 8. Mai tagte eine gut besuchte Mitgliederversammlung, in der bekanntgegeben wurde, daß der Kollege Ribenau die Geschäfte des Zweigvereinsvorstandes wieder übernehmen hat. Kollege Ribenau hat am 9. März d. J. durch einen Unfall die drei Mittelfinger der rechten Hand verloren. Zur Verteilung der Agitationsnummer unter den nicht organisierten Kollegen in den Orten Ivenrode und Breitenfeld wurden zwei Kollegen bestimmt, die die Kollegen in ihren Wohnungen aufsuchen sollen, um sie dem Verband zuzuführen. Die Geschichte der Lohnbewegung 1908 soll für alle Mitglieder beschrift werden. Den Bericht von der Kartellfestung gab Kollege Ribenau. Die Abrechnung vom ersten Quartal ergab, daß durch die vielen Krankheitsfälle der Hauptkasse nur A 16,38 ausgeführt werden konnten. Alsbald wurde beschlossen, am 20. Juni ein Stiftungsfest zu feiern, fünf Kollegen wurden mit den Vorbereitungen dazu betraut. Wegen die Fußarbeit einzelner Kollegen nach Peterabend

und Sonntags sollen schärfere Maßnahmen getroffen werden. Da in mehreren Fällen nicht tariflich entlohnt wird, sollen am nächsten Sonntag die Lohnbücher eingesammelt werden; auch wurde Beschwerde geführt, daß ein Unternehmer das Vorhalten von Werkbüchern nicht bezahlt. Es soll demnächst Stellung dazu genommen werden. Die Arbeitslosenmärkte für den Monat März werden nur in den Verammlungen und nur bis spätestens zum 1. Juli auf Kosten der Lokalfasse verabsichtigt werden.

Notewiss. In unserer Verammlung am 9. Mai gab der Kassierer einen Lieberbrief über die Kassensverhältnisse von der Gründung des Zweigvereins (23. August 1905) an. Ingesamt wurden an die Hauptkasse A 137,84 gefandt; der Lokalfassenbestand beträgt A 24,43. Nachdem der Kassierer auch die Abrechnung vom ersten Quartal gegeben hatte, wurde er auf Antrag der Revisoren entlassen. Außerdem unterhielt man sich über eine wirksamere Agitation. In der nächsten Zeit soll ein Flugblatt verbreitet werden; den Gewandwerb will man um einen Referenten erlösen. Am 13. Juni soll ein Ausflug der Kollegen nach Widenau unternommen werden. Hoffen wir, daß dies alles uns die erwünschte Stärkung der Organisation bringt.

Weihenfels. (Niedrige Löhne — Lehrlingsgüterei en gros.) Eine am 7. Mai abgehaltene Maurerverammlung beschäftigte sich mit den jetzt von den Unternehmern gezahlten Löhnen. Der Tarif lief bis zum 31. März 1909; danach sollten 48 S. gezahlt werden. Trotzdem verlusten einige Unternehmer, und leider mit Erfolg, im Herbst vorigen Jahres den Lohn um einige Pfennige pro Stunde herabzudrücken. Hätten diese Kollegen, denen der Lohn damals gestürzt wurde; etwas mehr Rücksicht bezeugt, so wäre es nicht zu den Verhältnissen gekommen, unter denen wir jetzt zu leben haben. Es ist vom Zweigvereinsvorstand mehrmals versucht worden, mit den Unternehmern eine Regelung des Lohnes herbeizuführen, aber sie haben es noch nicht einmal für notwendig gehalten, uns eine Antwort zukommen zu lassen, und solange die Kollegen die Gleichgültigkeit behalten, die sie bis jetzt gezeigt haben, werden sich die Unternehmer auch zu keiner Lohnregelung herbeilassen. Eine am Ende voriger Woche vorgenommene Lohnstatistik ergab, daß kein einziger Kollege den tariflichen Lohn von 49 S. bekommt. Am meisten werden 46 S. gezahlt, in wenigen Fällen auch 47 und 48 S., daneben kommen aber auch Löhne von 40, 38, 35 und 33 S. vor. Es zeigt sich hier, wie durch die Gleichgültigkeit der Kollegen und durch die schlechte Bauwirtschaft verschiedene Unternehmer schnell dabei waren, um den Lohn herabzudrücken. Aber noch eigenartiger als die Lohnverhältnisse ist das Verhältnis zwischen der Zahl der Lehrlinge und der beschäftigten Gesellen. Es sind beschäftigt beim Unternehmer S. chiedi 13 Gesellen und 18 Lehrlinge, Horak 6 S. u. 7 L., Widig 5 S. u. 1 L., Fr. Sauer 8 S. u. 8 L., Hoffmann 48 S. u. 15 L., Menzel 18 S. u. 19 L., Zimmerling 8 S. u. 8 L., Ed. Sauer 2 S. u. 10 L., Hermann 11 S. u. 11 L., Mahler 2 S. u. 11 L., Günter 17 S. u. 2 L., Galt 8 S. u. 7 L., Gottschalk 9 S. u. 14 L., Menzberg 17 S. u. 9 L., Peuffer 1 S. u. 1 L. und bei Polster 8 Gesellen und 1 Lehrling. Also bei 181 Gesellen sind 135 Lehrlinge! Es find hier nur die Unternehmer angeführt, die überhaupt Lehrlinge beschäftigen. Ingesamt werden in Weihenfels 195 Gesellen und 135 Lehrlinge beschäftigt. Wahrscheinlich ein schönes Beispiel für die oft abgegriffene Lehrlingsgüterei! Wie es da auf manchen Bauten mit der Arbeit aussehe mag, darüber muß man schweigen; jedenfalls wäre es angebracht, daß der Lehrlingsgüterei bald ein Ende gemacht würde. Euch aber, Kollegen, muß man sagen: etwas mehr Interesse am Verband, mehr Rücksicht und bessere Versammlungsbesuch.

Fliesenleger.

Willeroß & Woch in Mailand. Von einem deutschen Kollegen wird uns aus Mailand berichtet, daß die Firma Willeroß & Woch in mehreren Orten Fliesenleger sucht für ihre Mailänder Filiale, deren Vertreter ein Giovanni Schmidt ist. Es sei den Kollegen geraten, ihre Arbeitsbedingungen, besonders die Vergütung der Eins- und Mehrreise, kontraktlich festzusetzen, um Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. Der Kollege, der uns dies schreibt, hat neben drei andern ein Vierteljahr lang klagen müssen, um zu seinem Rechte zu kommen.

Flolierer und Steinholzleger.

Chemnitz. Am 9. Mai hielten die hiesigen Flolierer ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher der Kollege Hermann Ediemann als neues Mitglied aufgenommen wurde. Ausgeschlossen wurden alsbald die Flolierer Max Drosche, Gellmer und R. Weise wegen rückständiger Beiträge; Max Schauer aus Dittersdorf und Glöckner aus Chemnitz wegen Streifbruchs bei Regner & Frische. Ferner wurde zur Sprache gebracht, daß sich der Werkführer von der Firma Westhof, bei der der Tarif anerkannt ist, schon wiederholt zu Kollegen gedrängt hat, sie sollen doch lieber aus dem Verband austreten, da er für sie doch etwas los sei; er würde im Falle eines nochmaligen Streiks der Firma soviel Leute herbeschaffen, wie sie brauchte und die Organisierten könnten sich dann anderwärts Arbeit suchen. Es wurde beschlossen, falls der Mensch seine Agitation gegen unsern Verband in dieser Weise fortsetze, bei dem Inhaber der Firma vorstellig zu werden.

Salle a. d. S. In der am 9. Mai abgehaltenen regelmäßigen Mitgliederversammlung der Flolierer, verlas der Vorsitzende zunächst ein Rundschreiben der Geschäftsleitung, das eine ausgedehnte Debatte hervorbrachte. Es würde von allen Rednern einstimmig zum Ausdruck gebracht, nachdem die Hamburger Unternehmer auch jetzt noch jede Verhandlung mit der Organisation der Flolierer abschroff zurückweisen und die bedingungslose Aufnahme der Arbeit, zu den in ihrem Sungenartarif festgelegten Arbeitsverlangen, unterseits den Kampf mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln weiterzuführen. Es wurde eine Resolution in diesem Sinne angenommen, worin es weiter heißt, daß die in dem Rundschreiben enthaltenen Mahnungen von allen unsern Kollegen strikte befolgt werden

wissen. Die nächste Versammlung findet am dritten Pfingstfeiertag, morgens 9 Uhr, statt.

Leipzig. Am 2. Mai (Bericht eingegangen am 11. Mai) hielten die Leipziger Mauerer ihre Versammlung ab. Vor der Versammlung wurde unser nach kurzem Prantenlager verlesener Kollege Fritz Brennide beerdigt. Die Beteiligung an dem Begräbnis war eine rege, fast alle an Blase weisenden Kollegen, auch einige auswärts wohnende, gaben dem Bestorbenen das letzte Geleit. In der Versammlung gedachte der Vorsitzende in kurzen Worten des Bestorbenen, und die Versammlung beschloß, der Wwe. Brennide M 50 als einmalige Unterstützung zukommen zu lassen. Auf eine Anfrage, wo unser vorleibter Bericht bleibe, erklärte der Schriftführer, ihn rechtzeitig geschrieben und durch eine zweite Person mit zur Post gegeben zu haben. Die Aufgabe sei jedoch vergessen worden. Später habe ihn die Redaktion des „Grundstein“ nicht mehr abgedruckt. Hervorzuheben wäre aus dem letzten Bericht, daß die Kollegen, die am 1. Mai gearbeitet haben, auch auswärts, laut Versammlungsbeschlusse die Hälfte eines Tagesverdienstes an die Verbandskasse abzuliefern haben; das Geld soll zugunsten der ausgesperrten Kollegen verwendet werden. In nächster Versammlung wird kontrolliert werden, in welcher Weise die nicht in Leipzig amwesenden Kollegen den 1. Mai gefeiert haben. Wir erlauben gleichzeitig hierdurch die nicht in der Versammlung anwesend gewesenen Kollegen; sich schriftlich an den Vorsitzenden zu dieser Sache zu äußern. Ebenso machen wir die Kollegen aufmerksam, daß die Zahlung der Extramarzen zugunsten der ausgesperrten Hamburger Kollegen regelmäßig, und zwar gleichlaufend mit den Wochenbeiträgen, zu erfolgen hat. Bis jetzt sind zu großen die Monate März und April und die nachfolgenden Wochen, bis eine Aenderung eintritt. Da sich die Arbeitswilligen der Firma Friedr. Wils. Krause, Wolltefr. 82, nach wie vor ihres Treibens rühmen, jedoch stets unter falscher Flagge handeln, geben wir hiermit ihre Namen bekannt. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß außerdem noch mehrere solcher Elemente vorhanden sind. Die Angegebenen sind der Stamm der Firma: Maurer Robert Schindler, Leipzig; Hermann Sommerlatte aus Knauthain bei Leipzig; Robert Fiedemirt, Leipzig; ehemaliger Zementarbeiter Jungmans, Leipzig; Lieberich, von Halle nach Leipzig verjogen; Maurer Schubert, Leipzig; Wilhelm Fuchs aus Störmthal bei Hieberrinoldshaus und Maurer Winkler aus Gauthitz. Letzterer rühmt sich, Koller gewesen zu sein, und weiß es jetzt mit seiner Etre zu vereinbaren, den gewiß schlecht bezahlten Mauerern ihre Arbeitsbedingungen verschlechtern zu helfen. Wir erlauben die organisierten Mauerer auf allen Bauten und Fabriken, die Mauerer nach ihrer Organisationszugehörigkeit zu fragen. Die einzig richtige Legitimation ist das Mitgliedsbuch oder die grüne Ausweiskarte. Ferner wollen wir uns bei nächster Gelegenheit an die organisierten Setzungsmonitore wenden. Selbige werden uns ihre Solidarität im Kampfe gegen die tarifschädliche Firma Krause gewiß nicht verjagen. Die nächste Versammlung findet am dritten Pfingstfeiertag statt. Mitgliedsbücher sind mitzubringen resp. einzuenden.

Oberhausen-Duisburg. Die Mauerer aus den beiden Industrieorten hatten zum 9. Mai eine Versammlung nach Duisburg einberufen, die aber leider sehr schwach besucht war; es ist dieses um so auffälliger, als eine frühere Versammlung am zweiten Osterfeiertag, wo einmündig der Beschluß gefaßt wurde, hier wiederum eine Organisation zu gründen, sehr gastreich besucht war. Wer nun aber die diesigen Verhältnisse kennt, der da weiß, wie feindlich die hiesigen Unternehmer der Arbeiterorganisation gegenüberstehen, der wird auch sofort wissen, worauf jetzt in der zweiten Versammlung dies Resultat zurückzuführen ist. Denn obwohl die Unternehmer hier fast ohne Ausnahme von ihrem Koalitionsrecht den ausgiebigsten Gebrauch machen und dem Verband der Mauerer Deutschlands angehören, drangalisieren und verfolgen sie den Arbeiter, der von diesem Recht Gebrauch macht, in der unerhörtesten Weise und üben einen ungeheuren Terrorismus auf alle Mauerer aus, von denen sie in Erfahrung gebracht haben, daß sie Mitglieder unserer Organisation oder gar irgendwie agitatorisch für diese tätig sind. Die sofortige Entlassung eines derartigen Sünders wäre ja noch nicht das Schlimmste, was ihm passiert; aber man sorgt auch durch das System der schwarzen Listen, daß ein solcher Arbeiter nicht nur hier im Industriegebiet, sondern in ganz Deutschland von der Arbeit im Beruf ausgeschlossen ist. Es wurde in der Versammlung sogar ein Fall vorgebracht, wonach ein Kollege, der sich feiner andern Schuld bewußt ist, als Mitglied unres Verbandes zu sein, der momentan bei der Filiale der Firma Rheinhold & Co. in Düsseldorf arbeitet, von seinem Unternehmer jetzt bereits während seiner Tätigkeit auf die schwarze Liste gebracht wurde. Sobald er also seine angefangene Arbeit fertig hat, dann schießt er, und weiß, daß er dort nirgend Arbeit finden wird, obwohl es hier nicht an Arbeit fehlt. Ein anderer Kollege von derselben Firma, der ebenfalls an der Osterversammlung teilnahm, wurde bereits entlassen und sein Name prangt ebenfalls auf der schwarzen Liste. Als er bei der Ausschädigung der Papiere nach dem Grunde dieser Maßregel fragte, gab ihm der Herr Vertreter zur Antwort, er sei mit seinen Leistungen sehr zufrieden, aber er müsse ihn entlassen. Dies besagt genug. Das aber geschieht bei einer Firma, deren Inhaber bekanntlich bei jeder Gelegenheit ihre Arbeiterfreundlichkeit herzuheben, und nach außen stets als Wohlthäter der bei ihnen Beschäftigten gelten möchten. Sie haben im vorigen Jahre in Witten a. d. Aller ein sogenanntes Erlöhsungsheim für die Kinder der bei ihnen tätigen Arbeiter errichtet, wo man die Kinder neben der Erholung das Vaterunser beten lehrt, wenn sie es bis dahin noch nicht gelernt haben. Wir möchten daher an alle Kollegen Deutschlands, denen das Bild beschiden ist, bei dieser Firma zu arbeiten, die Aufforderung richten, wenn man jetzt wieder mit der Zumutung an sie herantritt, ihre Kinder nach diesem Erlöhsungsheim zu senden, daß sie das einfach ablehnen. Die Herren Inhaber der Firma mögen erst einmal bei ihren Vertretern dahin wirken, daß verschiedene dieser Herren die Wäter der Kinder, erst einmal wie gleichwertige Menschen und nicht wie Sklaven behandeln. Bedankt euch vorläufig bestens für denartige zweifelhafte Wohlthaten, und tretet entschlossen damit ein, daß uns nicht fortgesetzt unres Rechte illusorisch gemacht werden von Leuten, für deren

Leibliches Wohlergehen ihr täglich bei schwerer, ungesunder Arbeit euer Leben aufs Spiel setzen und Mehrwerte schaffen müßt. Der einzige Zweck, den die Unternehmer aber bei dieser Maßregelung verfolgen, ist nur der, absehend von wirken auf die lauen und gänzlich indifferenten Arbeiter, was ihnen ja auch leider, wie der Versammlungsbesuch zeigte, gelang. Auf die Dauer aber werden sie auch hier mit dieser brutalen Kassa kein Glück haben; denn ihr jetziges Vorgehen, mit dem sie die Anerkennung ihres Missethatens bei den hiesigen Mauerern erlangen, hat manchen bereits zum Nachdenken gebracht. Das übrige aber werden jene zehn Mann besorgen, die sich am 9. Mai allen Söhnen der Unternehmer zum Trost in den Verband aufnehmen ließen. Diese Kollegen sind fest entschlossen, das angefangene Werk zu vollenden, und werden nicht früher ruhen, bis der letzte Mauerer der Organisation angeführt ist. Sie richten aber die Bitte an alle organisierten Maurer und Bauarbeiter, ihnen hierbei ihre Unterstützung zu leisten. Sie können ihnen in jeder Beziehung sehr gute Dienste erweisen, wenn sie jeden Mauerer, mit dem sie zusammentreffen, nach seiner Zugehörigkeit zur Organisation fragen. Auf dem Bau werden diese Leute jetzt noch mehr, als es der Fall war, auf die Gefälligkeit der andern Bauhandwerker angewiesen sein; denn in dem neuen Arbeitsjahr haben es die Unternehmer verstanden, die Vierung und Herbeischaffung des Baumaterials, wie auch der Leitern, Säbel und Eimer, von sich abzuwälzen und den Mauerern selbst zu überlassen. Daß aber der Mauerer bei diesen Abfordern noch Geld für diese Materialien ausgeben kann, ist gänzlich ausgeschlossen; die Preise sind im Gegenteil so gestellt, daß ein Mauerer auch bei der angestrengtesten Tätigkeit kaum soviel verdienen wird, um dafür nur das aller nötigste für sich und seine Familie zu bestreiten. Er ist also dann darauf angewiesen, sich dies alles auf dem Bau zusammen zu borgen oder gar zu stehlen. Wir richten deshalb nochmals die Bitte an euch, ihr organisierten Bauarbeiter, laßt euch in dieser Beziehung nicht vom falsch angebrachten Mitleid leiten, indem ihr solchen Leuten helft; denn ihr unterstützt dadurch nur den Indifferentismus. Mögen sich diese Leute der Organisation anschließen und mit ihren Kollegen gemeinsam gegen solche Mißstände zu Felde ziehen!

Internationale Mauererbewegung. Schweiz.

Wenn von Entwicklung einer Organisation die Rede ist, richtet man in der Regel seinen Blick auf äußere Wertmale, so da sind: Zunahme der Mitgliederzahl, der finanziellen Leistungsfähigkeit und auf den vermehrten Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die zum Interessentenkreis gehörenden Berufsangehörigen. Wirben wir uns darauf beschränken, nur in dieser Hinsicht zu berichten, so wäre die Angelegenheit mit wenigen Worten und noch wenigeren Zahlen abgetan und der Leser würde mit Recht sagen, der Verband der Maurer und Handlanger in der Schweiz habe sich nicht entwickelt. An Umfang hat er nicht zugenommen, es war im Gegenteil ein fortwährendes Auf und Ab, eine beständige Mitgliederbewegung, die dem Leser unbegreiflich erscheinen muß, wenn er die schweizerischen Verhältnisse für unsern Beruf nicht kennt. Unser Verband hat sich entwickelt; das ist nicht ziffernmäßig nachzuweisen, aber es ist aus seiner wenn auch kurzen Geschichte zu ersehen. Seine Entwicklung ist innerer Natur, nach außen hin nur dem Eingeweihten erkennbar. Es geht unsern Verbände ebenso, wie es andern zurzeit ihrer Gründung auch gegangen ist. Ist die Grundlage einmal geschaffen, auf der man weiter bauen kann, und ist der Weg, den man gehen will, allgemein als der richtige erkannt, dann wird man auch zweifellos marschieren, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Dem Anschein nach ist man diesem Zeitpunkt nahe, was aus dem Nachstehenden hervorgehen dürfte.

Die im Gründungsjahre 1908 schnell aneinander gefügten Glieder konnten sich einander viel zu wenig, als daß sofort von einem harmonischen Zusammenarbeiten die Rede sein konnte. War es doch schon ein großes Wagnis, Angehörige der verschiedensten Nationen in einem Verbande zu vereinigen, zu einer Zeit, wo sich in andern Ländern das bedauerliche Bestreben nach nationalistischen Verbänden geltend machte. Wenn dieser Wurf trotzdem gelang, so ist es nicht dem guten Willen zuzuschreiben, nationalistische Gegenstände zu beseitigen, sondern es ist in erster Linie auf die damalige gute Geschäftslage zurückzuführen, die es ermöglichte, mit wenigen Mitteln ziemlich leicht Vorteile zu erringen. Vorteile, die bekannst, daß man mit weniger kritischen Augen auf die jeweilige Organisationsform blickte.

Augenscheinlich ging alles gut; wie alles Neue, fand auch die Zentralorganisation, besonders unter unsern italienischen Kollegen, begeisterte Anhänger; tieferes Verständnis für den Wert des Zusammenarbeitens fehlte jedoch. In der Hauptsache zeigte sich das dort, wo verlangt wurde, daß man auf die Allgemeinheit Rücksicht nähme. Man hielt den Verband für einen Brunnen, aus dem man nach Belieben schöpfen könne, ohne an eine Zuleitung neuer Mittel denken zu müssen. Der 30 Centi Wochenbeitrag gezahlt hatte, der war der Meinung, daß er ungeheure finanzielle Opfer gebracht hätte.

Begeisterung und „Idealismus“ sollten den Verband groß machen, schöne Dinge, die aber jedesmal dann nirgend zu finden waren, wenn es galt, sie zum Nutzen des Verbandes anzuwenden. Schon nach kurzer Zeit war der Verbandsleitung klar, daß der Organisation die richtige und notwendige finanzielle Grundlage fehlte. Als nun auf Grund dieser Erkenntnis ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge gestellt wurde, da kam der erste heftige Sturm, der an dem schwachen Verbandsgedäude rüttelte. Auf dem Verbandsstag in Bern (1907) fand sich wohl eine Majorität, die für die Erhöhung der Beiträge stimmte, der Kampf gegen den Beitrag in der Höhe eines Stundenlohnes aber begann gleich nach dem Verbandsstake. Und unerwartet kam er von einer Seite, daß er dem Außenstehenden als etwas Unbegreifliches erscheinen mußte. Das eigene

italienische Verbandsorgan eröffnete den Kampf und führte ihn mit Mitteln, wie man sie höchstens in Oesterreich bei den Nationalistandalen findet. Der langgehaltene Groll gegen die Verbandsleitung, der sich während der ersten Begeisterung der italienischen Kollegen nicht hervormagen durfte, kam unversehens zum Ausdruck. In jeder Nummer der Verbandszeitung wurden die Kollegen aufs neue zur Insubilität aufgefordert und gegen die deutschsprechenden Kollegen aufgehetzt. Die Verbandsrichtungen wurden als aus Deutschland importiert und gegen das italienische Element gerichtet hingestellt, die Verbandsleitung in der unfähigsten Weise beschimpft. Und dies alles zu einer Zeit, in der die Krise im Wirtschaftsleben mit aller Wucht auch über die Schweiz hereingebrochen war. Was Wunder, wenn bei dieser Unterminierung die Agitation erlahmte und darum die Mitgliederzahl zurückging? Noch nicht genug damit, ganz offen wurde dem Chauvinismus das Wort geredet und ein „Konkret“ für die italienischen Mitglieder des Verbandes einberufen, durch den die Trennung des im Jahre 1906 zusammengeführten herbeigeführt werden sollte. Man sprach nicht mehr, sondern schrieb von einer Majorität, die mit dem Bestehenden nicht mehr einverstanden sei, mit andern Worten, die die beschlossenen Beiträge nicht bezahlen wollte.

Hierbei hat der Verband die Feuerprobe bestanden, nur ein ganz kleiner Teil der Mitglieder bot die Hand zu diesem frevelhaften Spiel mit der Organisation. Heute kann das Bestehen des Verbandes in seiner jetzigen Form als gesichert gelten, der zu Pfingsten stattfindende Verbandsstag wird es bestätigen. Vor wenigen Jahren noch wären Experimente, wie das von der italienischen Verbandszeitung angestrebte, noch mit Erfolg „getront“ worden; das ist diesmal erfolglos war, dürfen wir mit Recht als Entwicklung unsres Verbandes bezeichnen. Es ist ein fester Stamm von Kollegen vorhanden, den der Wert der Zentralorganisation erkannt, und die Notwendigkeit der Bezahlung eines den Verhältnissen angepaßten Beitrages begriffen haben.

Diese, die deutschen Kollegen vielleicht recht „historisch“ ammutende Schilderung war nötig, um den davon abhängigen Teil des Nachstehende verständlich zu machen. Unsern Verbände entstehen außer diesen willkürlich erzeugten auch noch eine große Reihe natürlicher Schwierigkeiten. Eine der größten besteht darin, daß die eingewandene Bevölkerung im Mauererberufe fast gar nicht vertreten ist. Die Bauwerke in der Schweiz werden nahezu ausschließlich von Ausländern ausgeführt. Den Hauptanteil an der Lieferung von Arbeitskräften für das Baugewerbe hat Italien, der deutschsprechende Teil besteht aus Reichsdeutschen und Oesterreichern (Tirolern). Die Einwanderung aus drei Ländern mit ganz verschiedener geschichtlicher Entwicklung läuft notwendigerweise der Arbeiterbewegung — hier unsern Verbände — den Stempel auf. Diese kann nicht einmal Süddeutschland, das auch eine starke Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte hat, herangezogen werden, da die Ausschließlichkeit nicht im entferntesten in solchem Maße vorhanden ist. Erfahrungsgemäß sind es aber auch nicht die besten Kräfte, die zur Auswanderung aus dem Heimatlande gebrängt werden. Ganz besonders Südb- und auch noch Mittelitalien (südt) jährlich viele Tausende von Analphabeten in die Fremde. Daß sich die Elemente nicht zur Organisation drängen, wird man ohne besondere Versicherung glauben, ebenso, daß sie einmal auf kurze Zeit sich selbst überlassen sind. Enorme Agitationsarbeit und damit verbundene hohe Kosten müssen dafür aufgewendet werden, zu denen die Erlöse zum größten Teil in gar keinem Verhältnis stehen. In der Schweiz gibt es einzelne größere Städte, in denen auf Grund der dort schon entwickelten Energie bei der Agitation starke Organisationen der Bauarbeiter sein müßten. Es waren auch schon oft ganz gute Anfänge vorhanden; kurze Zeit, und alles war wieder dahin. Warum das so ist, gewahrt man nicht auf den ersten Blick, auch dann nicht, wenn man schon über reichliche Erfahrungen in der Gewerkschaftsbewegung verfügt. Erst bei jahrelanger Beobachtung lernt man den Grund dieser Erscheinung kennen. Und worin liegt er in der Hauptsache? Der größte Teil der Bauarbeiter in der Schweiz richtet sein Augenmerk nur auf Augenblickserfolge; er hat kein besonderes Interesse daran, daß etwa erreichte Verbesserungen im nächsten Jahre noch vorhanden sind, denn er kommt ja im nächsten Jahre nicht wieder an diesen Ort, wenigstens ist es nicht sicher. Die wenigen am Orte ansässigen Kollegen sehen sich in jedem Frühjahr wieder einer fremden, unorganisierten Masse gegenüber, die berstandnislos und unwillend genug ist, sich dem Unternehmertum auf Gnade und Ungnade auszuliefern. Sie die neuen Antömmelinge unterrichtet und organisiert sind, ist oft die beste Gelegenheit vorbei, die sich geboten hatte, um irgendwelche Errungenschaften zu machen oder schon früher Ertrungenes zu befestigen.

Wie ganz anders ist a. B. der deutsche Mauerer daran interessiert, daß das einmal Ertrungene nicht wieder verloren geht. Er mocht am Orte, hat dort seine Familie, seinen Haushalt. Selbst die Hesse, Eichsfelder, Galtzier, Kaufinger und wie die Zugabig im deutschen Mauerergewerbe alle heißen, haben viel mehr Interesse an den Arbeitsbedingungen in den Orten, nach denen sie gehen, weil sie mit wenig Ausnahmen Jahr für Jahr nach dort zurückkehren. Es läßt sich aus dem Angeführten schon vieles erklären, was sonst für den Leser unverständlich wäre, und noch mehr wäre zu etablieren, bestünde nicht die Gefahr, daß die Ausführungen zu viel Raum einnehmen. Wir sagten schon, daß die Entimlung des Verbandes im inneren Ausbau zum Ausdruck komme. Bis zum Schlusse des Jahres 1900 konnte man die regelmäßige Quartalsabrechnung der Sektionen mit der Hauptkassennicht, genaue Feststellungen über die Mitgliederbewegung, Paß der verkauften Marken waren scheinbar, oft gar nicht zu machen, die Unregelmäßigkeiten in den Sektionskassen waren enorm und wenn es gelang, sie festzustellen, konnte man in der Regel mit Verlusten rechnen. Mit Beginn des Jahres 1908 wurden daher die Sektionen aufgefordert, regelmäßig am Quartalsberichten eine Abrechnung an die Hauptkasse zu liefern. Die Kassenerführung wurde in ein einheitliches, übersichtliches System gebracht. Jeder Sektion wurde ein Kassabuch geliefert, das durch Vordruck und Schema das Verständnis erleichtert und die zu leistende Arbeit auf ein

Minimum reduziert. Ueberhöchentliche Erwartungen hat die Verbandsleitung ja nicht gehabt, aber die Enttäuschung, die am Schlusse des ersten Quartals kam, hatte sie nicht erwartet. Wenn allein Unbequemlichkeiten die Veranlassung zur nebenstehenden Behandlung der Kassengeschäfte gewesen wäre, hätte man sich damit abfinden können, daß durch Unterricht mit der Zeit der Mangel behoben werde. Was man für unmöglich hält, trat dagegen ein: die Abrechnung wurde nicht nur als überflüssig bezeichnet, sondern an einem Orte direkt bezweifelt, da sie ein Ausfluß des Bürokratismus des Verbandsvorstandes sei. Erst im unklaren bald gelöst. Wieder war es der Beibehaltung des italienischen Verbandsorgans, der erst im geheimen, später ganz offen gegen den Abrechnungsmodus zu Felde zog. Unbekümmert um das alles, wurden dann die Quartalsabrechnungen von den Sekretären oder anderen Beauftragten gemacht. Es war dies um so leichter auszuführen, als Streiks und Lohnbewegungen im Jahre 1908 die Kräfte nicht anderwärts abzurufen.

Aus dem eben Angeführten dürfte hervorgehen, daß es ungeheuer schwer ist, Zahlen zu erhalten, die Anspruch auf absolute Richtigkeit machen können; mit der Zeit aber wird es möglich werden, auch in dieser Hinsicht eine Besserung herbeizuführen.

Die Gesamteinnahme des Verbandes betrug 1907 Fr. 53 150,57, wovon Fr. 12 287,80 Diverse sind, die nicht von den Mitgliedern aufgebracht wurden. Zu diesen diversen Einnahmen hat der deutsche Maurerverband Fr. 10 625 beigetragen, davon Fr. 5000 für den Streit in Basel. 1908 betrug die Gesamteinnahme in den Sektionen Fr. 45 292,76, Ausgaben wurden für:

Jahr	Verbands- setzungen	Pro- paganda, unabhängig von Sektionen	Streits und Aus- sperren	Gemein- verträge	Reise- unter- stützung	Rechts- schutz
1907	2170,25	6226,57	31292,90	*	134,-	510,85
1908	2836,77	6459,28	7421,76	402,-	498,-	538,80

* In der Streitunterstützung inbegriffen.

Jahr	Ver- bands- setzungen	Sächliche Ver- waltung	Beruf- liche Ver- waltung	Diverse	Kantel der Sektionen	Gesamt- ausgaben
1907	187,05	3748,87	4620,25	—	—	48880,74
1908	108,65	3348,60	4911,60	230,78	9929,78	36685,87

Die Mitgliederzahl auf dem Schlusse des Jahres 1907 etwa 3000, im vierten Quartal 1908 2554. Neuaufnahmen waren im Jahre 1908 2498 zu verzeichnen. Im ersten Quartal 1909 betrug die Mitgliederzahl 1321 im Aufhube 374 Neuaufnahmen, so daß im Jahre 1908 ein Verlust von 891 zu verzeichnen ist.

Streiks und Aussperren wurden 1907 18 geführt, davon 15 Streiks. Erreicht wurde:

Arbeitszeitverkürzung um 1 Stunde (11 auf 10) in 6 Fällen	(10 " 9) " 1 Fall	Zusammen... 18 Fälle
Ohne Arbeitszeitverkürzung		

Die Lohnerböschung durch die einzelnen Bewegungen betraf folgendermaßen:

Lohnerböschung pro Stunde	5 4 3 2 1	—	Cent
Diese	2 2 3 6 3 2		

Auf das Jahr 1908 entfallen 3 Streiks und 5 Aussperren. Beendet wurden 1 Streit mit vollem Erfolg (eine Stunde Arbeitszeitverkürzung und Lohnerböschung um durchschnittlich 10 Cent pro Stunde), 2 Streiks ohne Erfolg. Von den 5 Aussperren wurden 3 mit vollem und 2 ohne Erfolg beendet. Die Aussperren richteten sich samt und sonders gegen verachtete Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Zahlen darüber, wie viele Kollegen an den Bewegungen beteiligt waren, und auf wie viele sich die errungenen Vorteile verteilen können, nicht angegeben werden. Aufzeichnungen machen und Kontrolle über ist unsern Mitteln eine verpönte Sache. Wild und disziplinlos geht alles durcheinander bei einem Streit, trotzdem gibt es ältere Kollegen, die da sagen: „Das ist noch gar nichts, bei den früheren Suppenstreiks ging es noch viel toller her.“ Daraus wäre zu schließen, daß es schon etwas besser geworden sei und daß man auch dieses in die Rubrik „Entwicklung“ einreihen kann.

Der Verband gibt zurzeit zwei Verbandsorgane heraus, eins in deutscher und eins in italienischer Sprache, die beide von den Verbandssekretären redigiert werden. Das frühere Verhältnis, wonach ein italienisches Parteioorgan zu gleicher Zeit Verbandszeitung war, ist aus dem schon erwähnten Gründen gelöst und auch deshalb, weil die Verbandsleitung keinerlei Einfluß auf die Redaktion hatte.

Stoff ist das hier entrollte Bild keineswegs, die Entwicklung der Dinge in letzter Zeit jedoch zeigt nicht darauf hin, daß Grund zum Verzagen vorhanden sei. Die Zukunft wird noch gewaltige Arbeit erfordern; ein schwerer Boden ist zu beackern. Tarifkämpfe schaffen und der Glaube an den Sieg der modernen Arbeiterbewegung wird die Hindernisse überwinden. Nicht allzulange mehr und auch der Verband der Maurer und Ganblanger in der Schweiz wird würdig in der Reihe der internationalen Bauarbeiterorganisation stehen.

Zentralrankenkasse. („Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 9. bis 15. Mai sind folgende Beiträge eingegangen: Von der hiesigen Verwaltung in Wädorf M. 1000, Hamburg 500, Altona 400, Spanbau 400, Halle a. d. S. 300, Hamburg-Spandorf 200, Handbühnsheim 100, Kallberge 100, Erbenheim 100, Wehnau 100. Summa M. 3200.

Zuschüsse erhielten: Heubach in Hessen M. 200, Mehlendorf 200, Duisburg 150, Altenbrunlar 105, Heigen 100, Schinkel 100, Schwibus 100, Essen (Ruhr) 100, Würzburg 100, Gollerten 100, Reinfel 50, Alvensleben 50, Amund 50, Niederberg 30. Summa M. 1435.
Altona, den 15. Mai 1909.
Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen & Kollegen! Unterläßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigsten Vorkommnissen auf den Baustellen sogleich einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Berlin. Am 14. Mai stürzten zu Wilmersdorf auf dem Neubau Kantenerstraße 11 zwei Mitglieder unseres Verbandes, die Ruder Alf, Dammehagen und Gottl. Richter von der dritten Etage in die Tiefe. Ersterer kam mit einer geringen Verletzung am Ohr und einigen Quetschungen davon. Richter dagegen erlitt einen Bruch des rechten Oberarms und des linken Schließelbeins, sowie eine Rippenverstauchung. Beide wurden dem Krankenbureau am Urban überstellt. Das Unglück geschah beim Abputzen eines Kaminofens. Als der Träger den Kalk in den Kasten warf, brach die Streichkranz dicht am Gebinde ab. Der Träger sprang sofort in das Innere des Baues; die beiden Ruder stürzten, da die Stützung unter ihnen durch den Druck ebenfalls weiter brach, auf den Hof hinab. Sie wurden von den herbeieilenden Kollegen sofort befreit. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Stange keinen Bruch hatte und bei einer Krümmung in der vierten Etage schon einmal verwendet worden war. Jedemfalls hatte die Stange nicht die genügende Stärke, um dem Druck beim Kalkaufwerfen widerstehen zu können.

Woch u. m. Am dem Neubau des „Bochumer Anzeiger“ auf der Weststraße ereignete sich am 10. Mai, so berichtet man uns am 18. Mai, dadurch ein Unfall, daß infolge Ausschüttens die nicht abgetriebene Giebelwand von der benachbarten Schindlingschänke einstürzte, wobei ein Arbeiter verletzt wurde. Am 12. Mai ereilt am Bau des Unternehmens Nibel in der Brüderstraße in Weimar der Bauhilfsarbeiter Grundmann einen Unfall, indem ihn ein aus dem Dachgeschoß abgeworfener gemauertes Dachwandriegel an die Wade des rechten Beines traf und erheblich verletzte. Es muß als eine große Pflichtvergessenheit bezeichnet werden, so unvorsichtig zu handeln. Grundmann hatte seine Familie in Halberstadt verlassen, um hier seinen Lebensunterhalt zu erwerben; mittags hatte er die Arbeit aufgenommen, und nach einigen Stunden war er ein Krüppel.

Braunschweig. Am 15. Mai stürzte auf dem Neubau von Uße, in der Marienstraße, beim Abpringen vom Gerüst in ein niedrig gelegenes Fenster, ein Klempnerlehrling drei Stodwerke tief herunter. Mit anschließender schweren inneren Verletzungen wurde der junge Mann dem Krankenbureau zugeführt.

Deutsch-Krawarn. In Kautzen, Kreis Ratibor, ist am 6. Mai der vom Ostbauführer Urbich gehörende neuerbaute Kanjalk eingestürzt. Leider ist dabei ein junges Menschenleben zugrunde gegangen. Der Arbeiter Bassal ist von dem niederstürzenden Mauerwerk erschüttert worden und war sofort tot.

Das Unglück würde nicht entfallen sein, wenn die Spannweite über dem Saale richtig bemessen gewesen wäre, so aber hat wieder einmal das Sparen am unrichtigen Orte die Unheil heraufbeschworen. Als ein Glück muß man es noch betrachten, daß der Einsturz jetzt und nicht später geschah, denn zu Anfangen sollte das erste Langwergnügen in dem neuen Saale abgehalten werden. Wenn nun bei dieser Gelegenheit, wo Hunderte von Personen in dem Saale anwesend gewesen wären, der Einsturz erfolgt wäre, so würden fürchterliche Folgen daraus entfließen sein. Bemerkenswert ist noch, daß bei diesem Bau die Kollage, in der sich die Kollegen dieses Jahr infolge der Krisis befanden, von dem Unternehmer gehörig ausgenutzt wurde. Denn es wurden dort unsern Kollegen Stundenlöhne von 19 S und darunter bezahlt. Hoffentlich werden die an diesem Unglück Schuldigen nicht straflos ausgehen.

Geilbrunn a. N. Am dem Neubau des Unternehmers Michael Klob in der Steinstraße brach am 10. Mai ein Gerüst, wodurch der Maurer und zwei Hilfsarbeiter abstürzten. Die Hilfsarbeiter kamen mit dem Schweden davon, der Kollege Geiger ebenfalls; während Kollege Schwarz leicht verletzt wurde. Unser Kollege Wrahn aber kam unter einen 7½ Zentner schweren Stein so unglücklich zu liegen, daß ihm der rechte Fuß völlig abgedrückt wurde. Zu dem Unfall und dessen Entstehung sei hier noch folgendes bemerkt: Fünf Mann waren damit beschäftigt, einen Stein in der Größe von 1,20 m Länge, 0,70 m Breite und 0,30 m Höhe auf dem Mauergerüst weiter zu tragen. Durch diese ruderverfahrene Belastung brach ein Ziegel, der von der Mauer bis zur Streichkranz an der Länge von über 3 m frei zu tragen hatte. Man rechte nur das Gewicht der fünf Arbeiter, so muß man unbedingt zu der Ueberzeugung kommen, daß dann noch eine solche Belastung jederzeit gefährdend ist, überhaupt, wenn das Gerüstholz jahrelang der Witterung preisgegeben wird. Immer hört man von den Unternehmern, daß ihr Gerüstholz aus Geld koste, aber daß man es dann bei Nichtbenutzung unter eine Abdeckung bringt, scheint überflüssig. Man läßt es so nach und nach verkaufen. Und dies ist auch hier der Fall. Viele der Sölger und Dielen sind moosig und das zu unterfragen und die Benutzung solchen Gerüstmaterials zu unterfragen, müßte Sache unser hiesiger Baukontrolle sein. Und nun heißt es natürlich: Wo war der Baukontrolleur? Ja, der hat dazumalen andernweitige Beschäftigung aufgenommen, erhalten, daß es ihm ganz unmöglich ist, sich seinem eigentlichen Beruf zu widmen. Wann wird hier von der Stadtbauverwaltung für Abhilfe gesorgt? Wann endlich macht man unsern Baukontrolleur zu dem, was er sein soll, zum Baukontrolleur? Kurz, dieser Unfall zeigt uns, daß die Petition über Bauarbeiterchutz an die Regierung voll-

auf notwendig war, und es wäre nur zu wünschen, daß diese auch mit Erfolg durchgeführt wird.

Klosterlausitz. In unserm Nachbarorte Beienborn ereignete sich Montag, den 10. Mai, vormittags 8½ Uhr, ein schwerer Unglücksfall. An dem Erweiterungsbau des Bäckermeisters Gajneroth, der bis zum Abputzen fertiggestellt ist, waren die Maurer Traugott Fröhlich und Louis Fröhlich mit der Herstellung eines Schwebegerüsts beschäftigt; als sie den zweiten Stützpost (Gerüstbohlen) legen wollten, gab plötzlich ein Ausleger nach, und die zwei Kollegen stürzten in die Tiefe, sa 7 bis 8 m. Traugott Fröhlich war sofort tot, er hatte den Schädel gebrochen; Louis Fröhlich hat schwere innere und äußere Verletzungen erlitten. Der Ausleger war nicht gehörig abgekreist und verklammert; es fehlte an Rüstholz. Der tödlich Verunglückte hinterläßt eine Witwe und drei Kinder. — Dienstag, den 11. Mai, ereignete sich wieder ein Unfall, dem leicht wieder hätte ein Menschenleben zum Opfer fallen können, und zwar auf dem Umbau der Porzellanfabrik zu Hermannsdorf. Als ein Zimmermann eine Mauerlatte von 8 m Länge in die Höhe ziehen wollte, entglitt sie seinen Händen und schlug dem Maurer Schae aus Werdorf auf den Kopf. Der Getroffene brach sinnungslos zusammen und mußte mittels Wagen nach Hause gebracht werden. Die Verletzungen sollen errenlicherweise nicht lebensgefährlich sein. Den Wau führt Maurermeister Schäfer aus Hoba aus. Der Verunglückte war mit noch einigen Kollegen beim Abputzen von Ziegeln unterhalb der unabgetriebenen Arbeitshöhe der Zimmerer beschäftigt, was zwar gegen die Unfallverhütungsvorschriften verstößt, aber doch immer wieder gemacht wird.

* Das Bauunfall in Ettingen vor der Strafammer in Karlsruhe. Kollege Philipp Karlsruher schreibt uns:

Im vorigen Jahre habe ich in den Nummern 35 und 37 im „Grundstein“ unter Ettingen über ein Bauunfall berichtet, bei dem elf Kollegen verunglückten, einer ist davon gestorben. In jenen Artikeln wurde darauf hingewiesen, daß das Unglück nur deshalb geschehen konnte, weil keine durchgreifende Baukontrolle vorhanden war. Ich habe die Behörde als die Schuldige bezeichnet und dadurch dem Oberamtmann Dr. Schulz in Ettingen Gelegenheit gegeben, gegen mich eine Klage wegen Verleumdung anzukündigen. Diese Klage hat bis heute ihren Abschluß noch nicht gefunden und wird jedenfalls auch ein sehr stilles Begräbnis finden. Wie treffend mein Urteil damals war, die Behörde trägt die Hauptschuld an dem Unglück, beweist die Gerichtsverhandlung am 6. Mai. Aber auch, daß unsere Forderungen nach besserem Bauarbeiterchutz und durchgreifender Baukontrolle vollumfänglich erfüllt sind, ist hier wieder einmal selbsten bezeugt. Angeklagt war der Bauunternehmer Joh. Klein, Bautechniker in Ettingen, wegen fahrlässiger Tötung fahrlässiger Körperverletzung und Vergehens gegen § 330 des Reichs-Strafgesetzbuchs. 17 Zeugen und Sachverständige waren hinzugezogen. Der Rathsherr war folgender: Die Firma Gebrüder Buhl, Papierfabrik in Ettingen, ließ im vorigen Jahre durch den Architekten Walter in Karlsruhe Pläne für den Umbau eines Teiles ihres Anwesens anfertigen. Die Pläne lagen feinerzeit dem Bezirksamt Ettingen vor und fanden dessen Genehmigung. Im Sommer wurde dann auch zur Ausführung des Umbaus geschritten, zu dessen Beaufichtigung der 28 Jahre alte, schon zwölf Jahre im Baubandier tätige Angeklagte, ein Sohn des früheren Maurermeisters Klein in Ettingen, angestellt wurde. In den Plänen war vorgeschrieben, daß eine alte 50 cm dicke Mauer abzureißen und an ihrer Stelle eine neue 60 cm starke Mauer aufzuführen sei, da die stehende Mauer als zu schwach galt. Klein hat nun die alte Mauer nicht abreißen und auf ihr die vorgesehene Erhöhung der ganzen Mauer aufbauen lassen. Er gab an, aus den Plänen nicht erkennen zu haben, daß die stehende Mauer abgerissen werden müsse, obwohl im Kostenboranschlag der Wabruch wie die Neuaufführung im Einzelnen niedergelegt und genau berechnet war. Nachdem auf der zirkel a m hohen und 50 cm starken alten Mauer eine gleich starke Mauer bis zu 6 m in Bruchsteinen aufgeführt war, führte der neue Teil ein. Da dies zu einer Zeit geschah, in der gearbeitet wurde, forberte der Einsturz eine Anzahl Opfer. Die auf dem an der Mauer angebrachten Gerüste beschäftigten Arbeiter rief das zusammenstürzende Steinwerk mit hinunter. Welch schwere Folgen daraus entstanden, wurde schon angeführt. Klein hätte übrigens die drohende Gefahr voraussehen können, denn er war durch einen Brief des Architekten Walter gewarnt worden. Dieser hatte ihm am 23. Juli geschrieben, er habe bei dem Umbau wahrgenommen, daß bei der Art der Bauausführung nicht mit der gesetzlich vorgeschriebenen Sorgfalt verfahren werde. Für alle entstehenden Schäden sei Klein als Bauleiter haftbar und verantwortlich, worauf er ihn aufmerksam machen wolle.

In der Weisenaufnahme wurde zunächst festgestellt, daß bei diesem Bau kein verantwortlicher Bauleiter aufgestellt war, wie es die Landesbauordnung vorschreibt. Der Zeuge Buhl gab an, er habe am 19. Februar 1908 das Baugesuch an das Bezirksamt eingereicht. Die Baukommission sowohl als der Bezirksbaukontrolleur Schottmüller hatten gegen den Bau nichts einzuwenden; letzterer machte verschiedene kleine Vorbringen. Am 18. März 1908 wurde der Bau durch das Bezirksamt genehmigt und am 15. Juli mit dem Bau begonnen. Ein antistatistischer Bauleiter sei nicht aufgestellt worden, es sei das übersehen worden. Darauf erwiderte der Vorstehende wörtlich: „Es ist doch merkwürdig, daß dies gerade bei Ihnen übersehen wird und noch merkwürdiger, daß so etwas gerade bei Ihnen das Bezirksamt nicht merkt und nicht gefragt hat: Wo ist der verantwortliche Bauleiter? Im Jahre 1907 war es ebenfalls so, da war auch kein verantwortlicher Bauleiter aufgestellt. Gemäß einem für kommen mit dem Architekten Walter haben Sie selbst die Anstellung eines Bauführers zu sorgen. Daß die Bauaufsichtsbehörde damit einverstanden war, ist sehr auffallend.“

Alsdann befandete der Zeuge Architekt Walter, daß er mehreremale die Baustelle besucht hat. Die Verantwortung für die Grab- und Mauerarbeiten trug

Klein. Dieser habe die Abtragung der 50 cm-Mauer unterlassen, obwohl er aus den Plänen hätte erkennen müssen, daß deren Abtragung und die Errichtung einer neuen, 80 cm starken Mauer, vorgeschrieben war. Klein sei auch von ihm darauf aufmerksam gemacht worden, daß er für das Mauerwerk größere Steine verwenden müsse und daß das mit kleinen Steinen aufgeführte Mauerwerk wieder abzureißen sei. Auch hätte Klein bei der Mauer mehr Durchlöcher berücksichtigen müssen. Ein amtlicher Bauleiter sei nicht aufgestellt gewesen. Vorstehender: Wie kommt es, daß das Bezirksamt das übersehen? Uebersehen solche Dinge das Bezirksamt nur bei Gebr. Wuhl, oder auch sonst? Darauf meinte Walter: Im Jahre 1907 sei bei dem Bau, der durch den Baumeister Doll aufgeführt wurde, auch kein amtlicher Bauleiter aufgestellt gewesen.

Zeuge Bezirksbauleiters Schottmüller. Eittlingen gab an, daß er am 27. Juli eine Nachschau gehalten habe und hätte nichts zu beanstanden gehabt; es sei ihm bekannt gewesen, daß ein Bauleiter nicht vorhanden war, er habe aber vergessen, obwohl er dies hätte tun sollen, danach zu fragen. Unter der Leitung des Zeugen Architektens Geiger, eines Angelegten des Walter, wurden die Pläne für den Umbau angefertigt. Wie dieser Zeuge best, hätte aus ihnen Klein unfehlbar erkennen müssen, daß die alte Mauer abzureißen gewesen wäre. — Dem Zeugen Kolier Galtler, der das Dach auszuführen hatte, machte Klein den Vorschlag, das Dach auszuführen, ehe die Mauer in der ganzen Höhe erstellt sei. Er habe das nicht getan. Als die Mauer hochgebaut gewesen, habe er ein förmliches Angekündigt gehabt, an ihr zu arbeiten. Auch er habe mitgenommen, daß beim Bau keine Durchlöcher benützt wurden. Der Einbruch sei an der Ausspannung erfolgt, an welche das Dach hinkommen sollte. Der Angeklagte habe für das Mauerwerk keine Steine benötigt; darauf aufmerksam gemacht, sagte er, größere Steine man nicht hinaufzuführen.

Zeuge Fabrikarbeiter Pfeil gab an, daß in der Zeit des Mauererlebens der Fabrikbetrieb wie üblich war. — Zeuge Maurer Reumeier stand beim Zusammenbau auf dem Gerüst. Er erklärte, daß man den Gang der Maschinen am Mauerwerk etwas gespürt habe. Der Zeuge trug beim Einbruch Verletzungen am Kopf und Unterleib davon, an denen er heute noch zu leiden hat und die es ihm bis jetzt unmöglich gemacht haben, seinem Berufe wieder nachzugehen. — Die Zeugen Maurer Raich, Schellhammer und Reich berunglückten ebenfalls bei dem Einbruch. Sie sagten im wesentlichen das gleiche aus wie Reumeier.

Aus den Sachverständigen gutaachten war zu entnehmen, daß die Ausparung der Mauer der Hauptgrund des Einbruchs war. Dann sei aber auch schlechter Mörtel verwendet worden. Die kleinen Steine hätten nicht zur Ausführung der Mauer benützt werden dürfen. Es hätten entsprechend größere Steine in Verwendung kommen müssen. Die Schuld an dem Einbruch sei in erster Reihe auf das schlechte Mauerwerk zurückzuführen. Klein habe die Mauer ausgeführt, wie dies allgem. in ohne Uffsicht geschähe.

Der Maurer Ehrisman wurde derart schwer verletzt, daß er nach einigen Tagen starb. Die übrigen Maurer Seemann, Hippel, Reumeier, Raich, Schellhammer, Reich, Wölfe, Kappler, Diebold und Lumpy trugen zum Teil schwere, zum Teil leichte Verletzungen davon. Fünf davon sind bis heute noch nicht hergestellt und nur teilweise erwerbsfähig; sie beziehen eine 20 bis 30prozentige Unfallrente. Der Leptenante, Maurer Lumpy, befindet sich zurzeit noch in Friedrichsheim, bei ihm ist laut ärztlichem Gutachten nicht zu erwarten, daß er wieder vollkommen geheilt wird.

Der Staatsanwalt beantragte unter Hinweis auf die schweren Folgen des Unglücks eine entsprechende Gefängnisstrafe, da durch die Zeugen und Sachverständigen erwießen sei, daß durch die unsachgemäße Ausführung des Mauerwerks der Einbruch herbeigeführt wurde. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Stimpfe, trat für die Freisprechung des Angeklagten ein. Nach den Vorschriften der Landesbauordnung könne der Angeklagte nicht verantwortlich gemacht werden, denn es sei unerblicklich, dem Bezirksamt Eittlingen den Namen des verantwortlichen Bauleiters mitzuteilen. Das Gericht erachtete Klein im Sinne der erhobenen Anklage schuldig und verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis.

In der Urteilsbegründung wurde herangezogen, daß die Bauleitung für eine Verhütung von Unfällen zu sorgen habe. Es sei bedauerlich, daß von der Aufsichtsbekörde nichts geschähe, eine amtliche Bauleitung aufzustellen. Andererseits vermöge aber diese Nichtaufstellung den Angeklagten nicht zu entlasten, da er als Bauausführender verantwortlich bleibe. Ein Vorwurf könne aus dem Nichtabschreiben der alten Mauer gegen den Angeklagten nicht erhoben werden, da diesbezüglich gut gewesen sei. Aber das treffe allein den Angeklagten, daß er ein schlechtes Mauerwerk mit schlechten Steinen und ungenügendem Mörtel aufzuführen ließ. Daß dies nicht geschähe, hätte er Sorge tragen müssen im Interesse des Hauses wie aber auch im Interesse der daran beschäftigten Arbeiter.

Soweit der Gang der Verhandlung. Der Unternehmer ist mit zwei Monaten Gefängnis bestraft worden, und wir müssen unwillkürlich die Frage aufwerfen: Hätte das Unglück auch dann vorkommen können, wenn die Behörde in Eittlingen ihre Pflicht getan hätte? Wenn der Bauleiters Schottmüller sich seiner Aufgabe als Bauleiters bewußt gewesen wäre? Wir zweifeln daran, und zwar deshalb, weil Klein dann überhaupt nicht so weit gekommen wäre, die alte Mauer stehen zu lassen und die neue 10 cm Schwächer aufzuführen. Hieraus ergibt sich also logischerweise, daß nicht nur Klein, sondern die sämtlichen in Staatsdiensten stehenden Personen, die ihre Pflicht in solch großer Weise, wie hier geschähen, verlegt haben, vor den Schranken des Gericht zur Verantwortung gezogen werden müßten. Diese Herren läßt man laufen, und wenn sich ein Arbeiter noch erlaubt, an der Pflichtverletzung Kritik zu üben, dann hat er Staatsverbrechen begangen und wird zur Rechenschaft gezogen.

Der bestrafte Unternehmer Klein samt seinem verstorbenen Vater haben sich kurz vor dem Unglück darüber beileidigt gefühlt, daß man auf dem Bezirksamt in Eittlingen wegen der in ihrem Betriebe vorhandenen Mängel Beschwerde geführt hat. Der Bauleiters Schottmüller, der zu gleicher Zeit auch Maurermeister ist, konnte so recht innig mit seinem Kollegen Klein miffühlen, weshalb er, statt die vorhandenen Mängel zu beseitigen, die Mauer noch hinstellte, indem er sie nach dem Sofa fragte: „Wer wollte hier noch an der Harmonie zwischen Bauunternehmer und Bauleiters zweifeln?“ Schottmüller hat bei dieser Gerichtsverhandlung den Beweis selbst erbracht, daß er zu nichts weniger fähig ist, als zu einem Bauleiters. Damit er sich aber nicht allzu lange mehr den Kopf über seine Pflichterfüllung zu zerbrechen braucht, wollen wir ihm die Versicherung geben, daß wir ihm sehr gerne zum Ruhestand berufen wollen. Die Mauer werden nun noch etwas besser auf seine Tätigkeit Obacht geben.

* Bauarbeiterklub vor Gericht. Bis vor einigen Jahren war es in Braunschweig immer üblich, daß, wenn in der Durchführung der Bauarbeiten Mängel festzustellen waren, die Bauleiters die Bauleiters beauftragte, diese Mängel zu beseitigen. Die Angeklagten unres. Verbandes der Aufsichtsbekörde oder dem zuständigen Beamten Meldung davon machte, dann wurde Abhilfe geschaffen, ohne daß Bestrafungen eintreten. Das hat sich nun aber geändert. Seitdem wir energischer als bisher im Parlament und im Sachgang die Bauleiters kontrollieren aus Arbeiterkreisen verlangen, will man viel leicht durch gerichtliche Feststellungen die „Unfähigkeit“ der Arbeiter zu Kontrollieren nachweisen. Der in nachfolgender Sache vor Gericht vernommene Bauassistent erklärte auf die Frage des Richters, warum er die Arbeiter anzeigte, ob das Verbrechen sei: Die neuen härteren Unfallverhütungsvorschriften würden vielfach von den Arbeitern besonders, von den Malern und Dachbedeckern, aus Bequemlichkeit, nicht eingehalten. Wenn er die Bauleiters kontrolliere und er weise die Leute darauf hin, bekomme er nur ein Lachen zur Antwort, deshalb würde jetzt härter gegen die Arbeiter vorgegangen. Nach den Erläuterungen der Organisationsleitungen ist ein derartiges Verhalten, wie es der Beamte geschriebe hat, bei den Bauhandwerkern nicht bekannt. Der Streichlag, über die wir berichten, lag folgender Tatbestand zugrunde: Acht Kollegen, die auf einem Neubau arbeiteten, erhielten Strafmandate auf je 1/2 gegen die sie auf Veranlassung des Zweigvereins Verurteilung einliefen. Die Kollegen hatten überhand genommen, ohne daß ein Schutzgerüst vorhanden gewesen war. Es hatten jedoch Bauarbeiter und Maurer den Kolier darauf aufmerksam gemacht, der seinerseits dem Unternehmer davon gesagt hatte. Dieser war aber der Meinung, die Schutzgerüste seien nicht nötig. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht am 26. April wurden sämtliche Angeklagte freigesprochen und zwar aus folgenden Gründen: Die Angeklagten haben gegen die polizeilichen Strafverfügungen vom 23. Februar d. J. sämtlich rechtzeitig gerichtliche Entscheidung beantragt. Wie die Verhandlung ergeben hat, haben sie am 16. Februar auf einem Neubau des Schulstr. 34, hier, an zwei über die Sand auf gemauerten Giebeln mit Mauerarbeiten begonnen, bevor an den Giebeln die erforderlichen Schutzdächer angebracht waren. Dennoch haben sie sich hierdurch nicht strafbar gemacht. In der zur Ausführung des § 22 unterer Verordnung erlassenen Anweisung vom 20. Januar 1906 ist in § 1 zwar gesagt, daß die an der Leitung oder Ausführung von Bauarbeiten beschäftigten Bauhandwerker darauf zu achten haben, daß Unglücksfälle an der Arbeitsstelle und in deren Gefahrenbereich vermieden werden. Und es ist auch zweifellos, daß durch die erwähnte Unterlassung Unglücksfälle entstehen konnten. Die den Bauhandwerkern auferlegte Verpflichtung soll indes nach § 1 der erwähnten Anweisung nur insoweit ausgedehnt werden, als den Bauhandwerkern dieses bei Erfüllung ihrer Pflichtenheiten möglich ist. Nun haben die Angeklagten, wie aus der Vernehmung des Zeugen Schulte hervorgeht, sowohl ihren Kolier, wie auch ihren Meister auf das Fehlen der Schutzdächer aufmerksam gemacht, ohne daß daraufhin die Schutzdächer angebracht wurden. Mehr konnte man von ihnen billigerweise nicht erwarten, da sie nicht selbst beauftragt waren, Schutzdächer anzubringen. Die Unfallverhütungsvorschriften der Hannoverischen Bauvereins-Vereinsgenossenschaft, die der erwähnten Anweisung einverleibt sind, bestimmen demgemäß auch, daß die Herstellung der Schutzgerüste dem Betriebsinhaber und dem Betriebsbeamten obliegt, während sie eine gleiche Verpflichtung den Arbeitern nicht auferlegt. Auch hieraus ist zu schließen, daß die Bauhandwerker nicht selbst für die Errichtung der Schutzdächer zu sorgen haben, sondern, daß dies vielmehr nur dem Meister und dem Kolier obliegt. Aus diesem Grunde müßten die Angeklagten freigesprochen werden. Die Kosten des Verfahrens waren nach § 497 der Strafprozessordnung auf die Staatskasse zu übernehmen. Eine Veranlassung, die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse zu übernehmen, lag nicht vor. (Warum, sagt man nicht.) Es handelte sich in der ganzen Sache für den Zweigverein um eine Prinzipienfrage, und zwar dahingehend, ob die Arbeiter auch dann für Verstöße gegen die Schutzbestimmungen bestraft werden können, wenn sie vorher deren Einhaltung von dem Unternehmer oder dem verantwortlichen Bauleiter verlangt haben. Das ist nun, bernerflichterweise, vom Gericht verneint worden; mögen sich die Kollegen danach richten.

* Ein ganz absonderlicher Narr hat in der „Deutschen Arbeitgeber-Ztg.“ für das „Baugewerbe“ folgenden Miß über „Mißfolgen“ abtadeln dürfen: „Es ist nachgerade warm geworden. Die mildernde Lufte des Westertages und die einsetzende warme Witterung scheinen in manchen Köpfen einen Gedankenflug ausgelöst zu haben, denen ein anderer normaler Sterblicher beim besten Willen nicht zu folgen vermag. In gewissen Köpfen scheint es ein wenig zu rappeln, und zwar ein wenig sehr. Was sich die Raubummelanten an Frechheit und Unbesonnenheit herausnehmen, proteste tauschlich aller Beschreibung. Nicht genug damit, daß sie ostentativ faulenzen, setzen diese würdigen Götter der menschlichen Gesellschaft ihrer Freilegerei noch dadurch die Krone auf, daß sie an Unverfrorenheit alles, was bisher dagewesen ist, zu überbieten trachten. Man lese, höre und staune! In einer Hamburger Zeitung finden wir folgenden Inzerat:

Maurer I. Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß der Zentralverband der Maurer, Sektion der Zementierer, über eine Baustelle der Aktien-Gesellschaft für Beton- und Monierbau die Sperre verhängt hat, weil seiner Forderung, Arbeiter, welche am 1. Mai nicht feiert haben, zu entlassen, keine Folge gegeben worden ist. Lohnschußverband der Betonbauunternehmer Hamburgs.

Wenn man es nicht schwarz auf weiß vor sich hätte, vermächte man es tatsächlich nicht zu glauben. Man fragt sich unwillkürlich: Wohin gehört diese Notte? Ins Gefängnis oder ins Irrenhaus? Also, weil eine Anzahl vernünftiger, denkender, ehlicher Arbeiter die sich der Pflichten ihrer Familie und der Allgemeinheit gegenüber bewußt gewesen sind, sich nicht an Raubwindel beteiligt hatten, sondern pflichtgemäß ihrer Arbeit nachgingen und sich als anständige Menschen benahmen, verlangen die Herren der Welt Weltverschönerung dieser erklüchten Männer und verhängen über den Arbeitgeber, der natürlich nicht auf den treuen Widdinn der roten Gesellschaft eingehen kann und eingehen will, die Sperre. Wohin sind wir denn in unserm deutschen Vaterlande gekommen, daß so etwas überhaupt möglich ist? Dieser Terrorismus geht doch zweifellos zu weit. Es ist ein Lohn auf jede Kultur, ein Lohn auf die vernünftige Gesellschaftsordnung, daß sich so etwas überhaupt in einem Rechtsstaate ereignen konnte. Wir scheinen wahrlich weit genug gekommen zu sein, und wir können nicht umhin, der Arbeitgeberchaft den Vorwurf zu machen, daß sie von jeher zu gelinde und zu nachsichtig dem Raubtrummel gegenüber geurteilt hat. Wären sich alle Arbeitgeber von vornherein ihrer Pflichten bewußt gewesen, hätten alle so viel Standesbescheidenheit gehabt, wie man von ihnen voraussetzen darf, könnten derartige Frechheiten nicht vorkommen.

Dier bewacht sich wieder einmal das alte Sprichwort: Kinder und Narren reden die Wahrheit. In der Regel wollen ja sonst die Verdächtigten nicht zugeben, daß sie verrückt sind, aber unser Hamburg-Gesitener Narr hat alle Scheu abgestreift, er bekennet offen, daß es in seinem Kopfe nicht nur ein wenig, sondern sehr stark rappelt. Und das hebt schon, bei dieser Maßstäbe. Was mag da erst in den Hundstagen werden! Da wird wohl kaum so viel Eis produziert werden können, als die Deutsche Arbeitgeber-Ztg. für das „Baugewerbe“ verbrauchen müßte, um wenigstens einen epidemischen Deliration unter ihren Lesern vorzubringen.

Was besagter Narr über die Sperre gelesen haben will, widerspricht übrigens den Tatsachen.

Aus Unternehmerkreisen.

* Allg. Verichterstattung der „Deutschen Arbeitgeber-Ztg.“ für das „Baugewerbe“. In einem Artikel „Aberhand aus Hamburg“ in Nr. 20 der genannten Zeitung wird über eine Verhandlung des „Bundes der Maurer- und Zimmermeister“ mit den Vertretern der Maurer usw. das folgende berichtet: „Interessant sind die Wünsche der Hamburger Bauarbeiter in bezug auf die Arbeitszeit. In Hamburg wird auf den meisten Bauten um 7 Uhr mit der Arbeit begonnen. Fanatisch wollen die Arbeiter nun auch im Winter bei früherem Arbeitschluß an der Frühstückspause um 8 Uhr festhalten. Wenn man berücksichtigt, daß um 7 Uhr im Winter auf den meisten Bauten wegen mangelnden Lichtes überhaupt noch nicht gearbeitet werden kann und erst nach 8 Uhr eigentlich mit der Arbeit begonnen wird, so erscheint dieser Wunsch der Arbeiterchaft recht eigentümlich. Zur Arbeit kommen und frühstücken; in der Baupause politisieren und polemisieren, standhalten, agitieren und heben, das wäre so ein Programm für die Hamburger Bauarbeiter. Als man den Herren vorhielt, daß im Winter doch früher die Arbeit beendet würde und eine Frühstückspause doch tatsächlich zwecklos wäre, erhob sich großes Lamento, und auf die Vorhaltung, daß man die Frühstückspause doch nur zu obigen Zwecken benützen wollte, wußte man nichts zu erwidern.“

Nach dem von einem Mitgliede des Unternehmerbundes geführten Protokoll über die Verhandlung hat der Bundesvorsitzende, Herr Wühl, allerdings gesagt: „Die Frühstückspause wollen die Arbeiter doch nur zu Agitationszwecken verwerten; bei einer sechsmonatshündigen Arbeitszeit (im Winter) noch eine Frühstückspause zu haben, sei doch wirklich nicht gut zu machen.“ Nach demselben Protokoll hat aber Herr Hartwig, Vorsitzender des Zweigvereins der Maurer, prompt erwidert: „Es sei eine Erholung für die Arbeiter, eine halbe Stunde in der erwärmten Baubude zu frühstücken, besonders wenn die Leute weite Wege hätten; auch die Steinträger, die morgens genöthigt eine halbe Stunde früher anfangen, wünschten Beibehaltung der Frühstückspause. Agitationsarbeit brauchen sie während dieser Zeit nicht zu machen, dazu wäre am Abend Zeit genug. Die Herren Zimmermeister (Vorsitzender des Zweigvereins der Bauhofsarbeiter) und Lehmann (Vorsitzender der Zahlstelle des Zimmererverbandes) schlichen sich den Ausführungen an.“

Gewerkschaftliches.

Ueber Arbeitsmarkt und Streikerfolg schreibt Genosse Galver in der „Gewerkschaftlichen Correspondenz“:

Es ist keine neue Beobachtung, daß die Intensität der Streibewegung bei aufsteigender wirtschaftlicher Konjunktur zunimmt, während sie umgekehrt in Zeiten der Krise ermattet. Die Chancen, die Ware Arbeitskraft zu verwerten, sind eben während eines Aufschwungs besser, als wenn der Arbeitsmarkt von einem starken Ueberangebot bedrückt wird. Aber es genügt nicht, bei der allgemeinen Beobachtung stehen zu bleiben, sondern im Interesse der gewerkschaftlichen Tätigkeit den innigen Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkt und Streikerfolg näher zu untersuchen. Ergibt sich doch aus einer solchen Untersuchung, daß der Erfolg resp. Mißerfolg einer Streibewegung durch die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes in hohem Grade bestimmt wird. Je genauer die Arbeiter die Lage des Arbeitsmarktes nicht nur an ihrem Orte, sondern in der ganzen Branche und den Arbeitsmarkt im allgemeinen kennen, desto besser wird es ihnen gelingen, solche Streiks zu vermeiden, von denen man von vornherein fast mit absoluter Gewißheit sagen kann, daß sie erfolglos enden werden. Daß durch Vermeidung solcher Streiks nicht nur die Finanzen der Gewerkschaften gesichert, sondern daß auch unnötige Lohnverluste und Opfer der in Frage kommenden Arbeiter vermieden werden können, das bedeutet einen solchen Vorteil für die Arbeiterorganisationen, daß sich dadurch allein schon die genaue Beobachtung des Arbeitsmarktes lohnt. Ein Vergleich der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes mit den Streikerfolgen ergibt nämlich das überraschende Resultat, daß die Zahl der erfolglosen Streiks sich ziemlich genau mit der Höhe des Andranges deckt. Stellen wir nachstehend den durchschnittlichen Jahresandrang am gewerkschaftlichen Arbeitsmarkt der Prozentziffer der erfolglosen Streiks gegenüber, so erhalten wir nachstehende Reihen:

Jahr	Anhang am Arbeitsmarkt	Prozentfuß der erfolglosen Streiks	
		nach der amtlichen Statistik	nach der gewerkschaftlichen Statistik
1900.....	122,5	45,6	25,5
1901.....	166,0	54,1	32,6
1902.....	177,2	56,8	36,9
1903.....	147,7	45,9	28,5
1904.....	128,8	39,2	22,1
1905.....	119,9	37,6	21,0
1906.....	110,8	36,6	20,9
1907.....	117,9	42,9	22,0
1908.....	159,6	52,2	—

Die gewerkschaftliche Streikstatistik zeigt durchweg einen weit niedrigeren Prozentfuß der erfolglosen Streiks an als die amtliche Statistik. Im vorliegenden Falle kommt es nun gar nicht darauf an, zu untersuchen, welche Prozentziffer der Wirksamkeit am nächsten kommt. Ausschlaggebend ist nur, daß mit der Zunahme der Andrangsziffer auch stets der Prozentfuß der erfolglosen Streiks wächst, während er abnimmt, sobald der Andrang zurückgeht. In der vorstehenden Differenzreihe fällt der höchste Andrang in das Jahr 1902. Im nämlichen Jahre ist der Prozentfuß der erfolglosen Streiks sowohl nach der gewerkschaftlichen als auch nach der amtlichen Statistik am höchsten. Den niedrigsten Andrang hatten wir dagegen im Jahre 1906. Dem niedrigsten Andrang entspricht aber auch der niedrigste Prozentfuß der erfolglosen Streiks. Bewegt sich so die Prozentziffer der erfolglosen Streiks genau nach den Schwankungen des Andranges am Arbeitsmarkt, so gilt das gleiche von dem Prozentfuß der ganz oder teilweise erfolgreichen Streiks, nur mit dem Unterschied, daß hier mit dem fallenden Andrang der Prozentfuß steigt. Das allgemeine Bild zeigt sich auch, wenn man die Streiks nach Gewerben resp. nach Landesteilen verfolgt, nur daß in diesem Falle statt des Andranges im allgemeinen der Andrang in dem betreffenden Gewerbe resp. Landesteil gesetzt werden muß. Warum wir nun gerade gegenwärtig auf die Abhängigkeit des Streikerfolges von der Lage des Arbeitsmarktes hinweisen? Das geschieht aus dem Grunde, weil das Jahr 1909 besondere Voracht bei Lohnbewegungen erfordert. Es ist nicht mehr zu bezweifeln, daß der gewerkschaftliche Beschäftigungsgrad sich im laufenden Jahre nennenswert bessert, daß wir die Periode der Krise in der Hauptsache überwunden haben. Die Angaben der Besserung werden alsbald auch lebend auf die Streibewegung, wie sich das schon aus der Beobachtung der letzten Wochen ergibt. Es ist nun aber nicht zu übersehen, daß der Arbeitsmarkt gerade im laufenden Jahre, trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Besserung, noch unter dem Druck eines starken Ueberangebotes steht. Der durchschnittliche Jahresandrang wird aller Wahrscheinlichkeit nach noch höher stehen als im Jahre 1908, so daß bezüglich des Arbeitsmarktes das Jahr 1908 etwa dem Jahre 1902 während der Periode 1900/02 entsprechen dürfte. Der Prozentfuß der erfolglosen Streiks dürfte daher im laufenden Jahre wieder sehr stark ansteigen, falls nicht bei allen Aktionen, die zu einem Konflikt führen können, die Lage des Arbeitsmarktes besonders eingehend berücksichtigt und im Zweifelsfalle von einem Streik Abstand genommen wird. Gerade aus den Erfahrungen der früheren Jahre ist für die Gegenwart und für die Zukunft zu lernen, wie von vornherein ausbleibende Streiks vermieden werden können. Es läßt sich freilich nur immer von Fall zu Fall entscheiden; die Lage des Arbeitsmarktes ändert sich nicht nur nach Monaten und Wochen, sondern auch nach Gewerben, Landesteilen und einzelnen Orten, aber generaliter kann gesagt werden, daß fast durchweg noch aus dem Vorjahr und aus dem laufenden Jahre ein äußerst starkes Angebot auf dem Arbeitsmarkt resultiert, das den Andrang um offene Stellen und damit den Wettbewerb der Arbeiter untereinander das ganze Jahr hindurch noch sehr nachteilig für die Arbeiter beeinflussen dürfte. Die genauere Orientierung über die Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Gewerben und Gegen-

ben gibt über den Grad des Andranges Auskunft und zeigt, ob und mit welchen Aussichten ein Streik im einzelnen Falle unternommen werden kann. Hier tritt wieder evident zutage, wie wichtig eine ausführliche, periodische und aktuelle Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes für die Arbeiterorganisationen ist, wie notwendig es aber auch für die Arbeiterpresse wäre, daß sie sich mehr, als das bisher der Fall war, um die Berichterstattung über die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes kümmerte. Es ist unaussprechlich, daß die Arbeiterorganisationen im wohlverstandenen, eignen Interesse ihre Aktionen unter Berücksichtigung der Lage des Arbeitsmarktes vorbereiten und ausführen und unter Umständen lieber von ihnen absteigen, bevor sie einem sicheren oder höchstwahrscheinlichen Mißerfolge entgegengehen. Die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes bestimmt die Dynamik der gewerkschaftlichen Aktion. Eine genaue Kenntnis der Lage des Arbeitsmarktes aber setzt die Arbeiterorganisationen in den Stand, eine Arbeitsmarktpolitik zu treiben, durch die unnötige Kraftvergeubung verhütet wird und die Kräfte auf die Erreichung von Forderungen konzentriert werden, die nach Lage des Arbeitsmarktes aussichtsreich sind.

Wir haben dem nur hinzuzufügen, daß die Bedeutung des Arbeitsmarktes für die gewerkschaftlichen Aktionen von uns schon immer betont worden ist und daß man auch in den Kreisen unserer Mitglieder immer mehr Sorgfalt bei der Abschätzung der Konjunktur bei geplanten Bewegungen walten läßt. Daß die Arbeiterpresse der Pflicht, auf diesem Gebiete mehr zu tun, nicht in vollem Umfange genügt, liegt an der Schwierigkeit, die einschlägigen Verhältnisse im ganzen Lande kennen zu lernen. Wir wollen jedoch bei dieser Gelegenheit sagen, daß wir gegen die Mitte des Jahres wieder eine Uebersicht über die Lage des Arbeitsmarktes im Baugewerbe zu veröffentlichen gedenken und zwar, wie früher, auf Grund der Berichte unserer Gauvorstände.

Briefkasten.

* An die Besteller des „Stavobnik“. Es wird uns zum Vorwurf gemacht, daß mehrfach die bestellten Zeitungen in scheidlicher Sprache nicht in der richtigen Anzahl eingetroffen sind. Um weitere unnötige Anfragen zurückzuhalten, teilen wir mit, daß Wehrbestellungen auf den „Stavobnik“ immer erst für die übernächste Nummer ausgeführt werden können. Das liegt nicht an uns, sondern an der Geschäftsweise des Blattes „Der Stavobnik“ wird Dienstag gedruckt, da muß also dort die Auflage festgesetzt sein. Diese am Dienstag gedruckte Nummer kommt aber bei uns erst in der folgenden Woche mit zum Versand, so daß also alle Bestellungen, die wir Montags und selbst Sonntags erhalten, nicht mehr mit in die Auflage eingerechnet werden können. Das ist dann erst in der folgenden Nummer möglich, bis zu deren Versand dann 14 Tage verstrichen sind. Das ist nun einmal so, daran können weder wir, noch die böhmischen Kollegen etwas ändern. In einigen Fällen haben wir alte Nummern des „Stavobnik“ mitgeschickt, um einem von uns vermuteten Bedürfnis nach Agitationsmaterial entgegenzukommen; auch dies hat uns Vorwürfe eingetragen, weil man glaubt, es läge ein großes Versehen bei uns vor. Das war nicht der Fall; wir hatten im Gegenteil die besten Absichten dabei. Die Expedition.

Deutsch Eban. Solche Ehrenerkennungen nehmen wir doch nicht auf. Will jener D. B. die Verleumdung freiwillig zurücknehmen, so kann es in einer Versammlung ebenso gut geschehen.

Donauerschiffen, A. W. Wir werden in der nächsten Nummer darauf zurückkommen, für diesmal kam Dein Schreiben zu spät.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

L. Enniger, geb. am 29. Mai 1892, in den Verband eingetr. am 22. 9. 07 in Werden a. d. Ruhr, wird gesucht. Nachrichten sind dem Zweigverein Hannover, Fr. Meissner, Langestr. 2, zu senden.

Franz Winkel, Verb.-Nr. 344 021, geboren am 7. September 1880 in Frankendorf, wird in dringender Angelegenheit ersucht, dem Unterzeichneten seine Adresse mitzuteilen. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, wollen uns Mitteilung machen. [M. 1,80]

Ferdinand Schmidt, Ribbenfeld, Herzogstr. 3, 1. Et.

Düren.

Unter Zweigverein feiert Sonntag, den 23. Mai, im Lokale des Herrn Hub. Lapprol sein

Fünftes Stiftungsfest

bestehend in Konzert und Ball. Sämtliche Kollegen und Freunde des Verbandes sind hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

Merseburg.

Am ersten Pfingstfeiertag feiert der Zweigverein sein

Zehntes Stiftungsfest

verbunden mit Preisschießen und -Regeln am Tage abends: Theater und Ball. Hierzu werden alle Kollegen von Merseburg und Umgegend freundlichst eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

Sterbetafel.

Sab Dehnhausen. Am 8. Mai starb der Verbandskollege Georg Habel im hiesigen Krankenhaus im Alter von 84 Jahren an Lungentuberkulose. Berlin. Am 10. Mai starb unser Verbandsmitglied Ferdinand Vollendorf im Alter von 67 Jahren an Arterienverkalkung. Brandenburg a. d. S. Am 6. Mai starb unser treuer Verbandskollege Albert Herz in Magdeburg im 24. Lebensjahre an Herzschlag. Bromberg. Am 13. Mai starb unser Verbandskollege Ferdinand Zimmermann im Alter von 65 Jahren an Lungentuberkulose. Chemnitz. Am 12. Mai starb unser Verbandsmitglied Johann Finer im Alter von 27 Jahren an Keuchhusten. Götting. Am 6. Mai starb der Kollege Wilh. Bach im Alter von 66 Jahren an der Proktorierkrankheit. Götting. Am 5. Mai starb unser treuer Verbandskollege Johann Buchlitzki im Alter von 20 Jahren an Lungentuberkulose. Offen a. d. Ruhr. Am 3. Mai starb unser treuer Verbandskollege Heinrich Burk im Alter von 34 Jahren an der Proktorierkrankheit. — Zahlstelle Borussia. Am 11. Mai starb unser Verbandskollege Paul Matena im 21. Lebensjahre an der Proktorierkrankheit. Olgau. Am 7. Mai starb unser Kollege Bruno Berger im Alter von 28 Jahren an Herzschlag. Grünberg i. Schl. Am 9. Mai starb unser treuer Verbandsmitglied Robert Schulz in Pommisch Keßel im Alter von 62 Jahren an Gehirnentzündung. Kofstätt. Am 12. Mai starb unser Verbandskollege Wilhelm Behrens im Alter von 56 Jahren an Magenleiden. Mainz. Am 8. Mai starb unser Kollege Andreas Weith aus Hechtsheim im Alter von 61 Jahren an Lungentuberkulose. Rortorf. Am 8. Mai starb unser treuer Verbandskollege Hermann Braka aus Wismar im 19. Lebensjahre bei einer Operation. Rührberg-Birch. Am 12. Mai starb unser Kollege Joh. Christian Binder von Langenzern im Alter von 33 Jahren an Lungentuberkulose. Söhrleben. Am 11. Mai starb unser Verbandskollege Hermann Heinemann aus Gornshausen im Alter von 42 Jahren freiwillig aus dem Leben. Bängere Krankheit war die Ursache dieses Schicksals. Borsheim. Am 13. Mai starb infolge eines Unfallschicksals unser Kollege Wilhelm Sülze von Märzheim im Alter von 80 Jahren. Schweinfurt. Am 14. Mai verchied nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied Karl Heim im Alter von 86 Jahren an Lungentuberkulose. Jitau. Am 7. Mai starb unser Verbandskollege Friedrich Hentschke aus Dberwitz im Alter von 56 Jahren an Magenleiden. (S. e. ibrem. Anbentent)

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die Kranzspenden beim Begräbnis meines lieben Gatten

Carl Schwarz

tage ich allen, insbesondere dem Vorstände des Zentralsverbandes der Maurer Deutschlands, dem Zweigverein Gamburg, dem Vorstände des sozialdemokratischen Vereins für den dritten Hamburger Bezirk, den Vorständen des Bauführer- und Zimmererverbandes sowie den vielen auswärtigen Delegationen meinen innigsten Dank. Frau Friederike Schwarz.

Ludw. Steckel, geb. am 1. 10. 1879 zu Horn, Kreis Wroslungen, wird gebeten, seiner Schwester seine jetzige Adresse anzugeben. Frau Lina Seehase, geb. Seidel, Berlin O 34, Kopernikusstr. 28.

Adressen-Veränderungen.

(V bedeutet Vorstands-, K Kassierer-, L Verbetstafel, H Herbergt, Kz Kreisverrechnung wie angegeben bei.) Dessau: V Friedrich Niemann, Magdalenstr. 114.

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer. Sonnabend, den 22. Mai. Sensburg. Abends 8 Uhr im Gasthause des Herrn Stegkoll. Sonntag, den 23. Mai. Lübben i. d. M.-L. Nachm. 3 Uhr. Würzburg. Vorm. 10 Uhr im „Hofen“. Dienstag, den 25. Mai. Altenburg. Abends 6 1/2 Uhr im „Wiser“. Wichtige Tagesordnung. Mittwoch, den 26. Mai. Stargard i. Pom. Abends 7 1/2 Uhr im Lokale von Wilhelm Günther. Heringsplatz 2. Referent: Kollege Schauer. Z. B. Die Vornbermittlungs im Bezirk Stargard i. Pom. Mitgliedsbeitrag sind mitzubringen. Donnerstag, den 27. Mai. Grünberg i. Schl. Abends 6 1/2 Uhr bei Wam. Montag, den 31. Mai, 2. Pfingstfeiertag. Abends 1 Uhr im „Gasthof zum brünnigen Hause“ in Hahnenburg. Die in Berlin arbeitenden Kollegen sind ganz besonders eingeladen. Lychn. Nachm. 6 1/2 Uhr bei Herrn G. Hall.